mai

5/77 - DM 3,50

C4143 EX

konkret

Neue Serie:

Die Medizin-Mafia

KONKRET-Interview mit Juso-Chef Benneter:

Ein roter Abenteurer?

Feminismus-Diskussion:

Die Panther-Tanten kommen!

Italien Lire 1400
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Handbücher für Bürgerinitiativen

Roland Günter/Rolf Hasse
Handbuch für Bürgerinitiativen
Argumente, Berichte, Erfahrungen
250 Seiten; Paperback; DM 12,–

J. Boström/R. Günter (Hrsg.)
Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet
Berichte über Selbstorganisation im Ruhrgebiet
180 Seiten; DM 14,–

Projektgruppe Eisenheim
Rettet Eisenheim!
Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung im Ruhrgebiet
180 Seiten; DM 10,–

K. Spitzer/J. Günter/R. Günter
Spielplatzhandbuch
Ein kritisches Lexikon
250 Seiten; Paperback; DM 15,–

Brunnert/Ehrlinger/Philipsen
Die Dürrlewanger
Mieterbewegung in städtischen Modernisierungsgebieten. Herausgegeben von der ARCH+ Redaktion
160 Seiten; DM 12,–

Herausgegeben von einer Gruppe aus Darmstadt; ca. 180 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen); Paperback; DM 12,–

KKW
Fibel
für Bürgerinitiativen
VSA

Italien-Diskussion

Sozialismus für Italien
Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung
Aktuelle programmatische Vorstellungen der P.C.I.
220 Seiten; Paperback; DM 16,80

Berlinguer/Gramsci/Longo/Togliatti
Der historische Kompromiß
Mit weiteren Beiträgen von Amendola, Chiaromonte, Gruppi, Ingrao, Lama, Lombardo-Radice, Napolitano, Natta, Trivelli.
203 Seiten; Paperback; DM 14,–

Helga Koppel
P.C.I. (partito comunista italiano)
Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei.
160 Seiten; Paperback; DM 12,–

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosopie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

H.J. Behnke/K.G. Evers/K.F. Möller
Grundrente u. Bodenspekulation
Fallstudien zum städtischeen Veränderungsprozeß in Hamburg 1948–1975
160 Seiten; Paperback; DM 14,80

Bruno Taut
Architekturlehre
Grundlagen, Theorie und Kritik
ANALYSEN ZUM PLANEN UND BAUEN
VSA

Mit einem Vorwort von Goerd Peschken und Tilmann Heinisch.
200 Seiten; Paperback; DM 18,–
Bruno Taut (1880–1938) ist unter den wenigen sozialistischen Architekten der Weimarer Zeit wohl der entschiedenste. Bekannt war er besonders durch die Großsiedlungen, die er für gewerkschaftliche, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften in Berlin entworfen hat, z.B. die Hufeisensiedlung in Britz.

H.-J. Nörnberg/D. Schubert
Massenwohnungsbau in Hamburg
Materialien zur Entstehung und Veränderung Hamburger Arbeiterwohnungen und -siedlungen.
304 Seiten; DM 22,–

VSA informiert
über einen Ausschnitt aus seinem Verlagsprogramm. Die Bücher und Zeitschriften erhalten Sie in jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag. Informationen über das Gesamtprogramm können Sie mit beigehefteter Postkarte vom Verlag anfordern.

VSA, Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7
Postfach 360 307, 1000 Berlin 36

Projektgruppe
Arbeiterfotografie Bielefeld
Rationalisierung – für wen?
Reportagen: Arbeitswelt in der Krise (Versuche zur parteilichen Fotografie im Betrieb). 164 Seiten;
(Format 21x21 cm); brosch.; DM 15,–

H. Tomayer/E. Volland (Hrsg.)
Lachend in die 80er?
Satire im bürgerlichen Deutschland.
160 Seiten; Paperback; DM 15,–

Arno Münster
Antifaschismus, Volksfront und Literatur

VSA

192 Seiten; Paperback; DM 14,80

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 28. April 1977 · Heft 5/77

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günther Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

KONKRET-Intern 4

Leserbriefe 4

Benneter und die Folgen 8
KONKRET-Interview mit dem neuen Juso-Vorsitzenden

Trauer um Buback? 12
von Hermann L. Gremliza

KONKRET-Forum 13
Kritik am Feminismus-Heft von Ingrid Kolb und Sybille Plogstedt, eine Antwort von Hartmut Schulze

Butter statt Arbeitsplätze! 20
Hermann Peter Piwitt analysiert eine Ideologie

Demokratie in ihrer schmutzigsten Form 32
Henryk M. Broder über unser „Network"

Tode eines Staatsfeinds 34
von Peter Paul Zahl

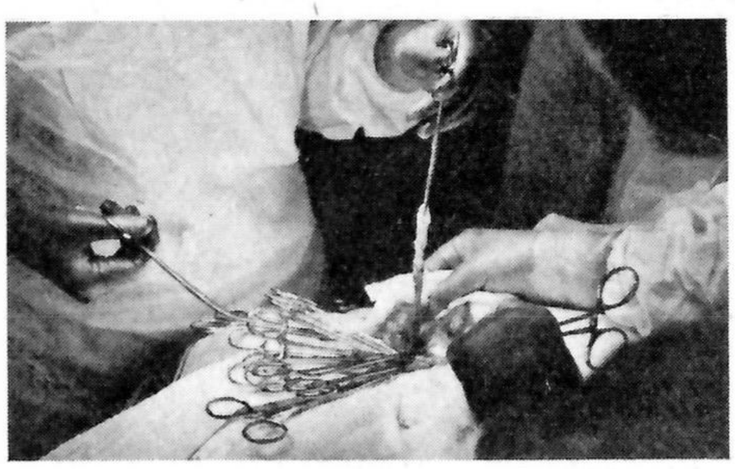
Die große Lüge mit den kleinen Wahrheiten 35
KONKRET-Serie über die Tagesschau

Martin Walser: Der Grund zur Freude 37
IX. Teil der Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

Fritz Lamm – ein Stück unserer Geschichte 44
Nachruf von Wolfgang Abendroth

Satire 48
von Georg Bungter, Hans Conrad Zander und Helmut Ruge

KONKRET ex-press 50



Die Medizin-Mafia 16
Die Nation hat neue Buhmänner – und diesmal völlig zurecht, was Kurt Blüchl in seiner neuen KONKRET-Serie über Ärzte und Pharmaindustrie beweist. Wie die Medizin-Mafia ihren Kritiker Blüchl („Die weißen Magier") fertigmachen will, steht auf Seite 18.

KONKRET-Magazin 23
Peter Kammerer kommentiert die Studentenunruhen in Italien: Prager Normalisierung? · Dieter Braeg beschreibt neue Formen der Sozialpartnerschaft: Betriebsrat oder Betriebsfest · Günter Amendt über einen neuen Stereotaxie-Skandal: „Fahrlässige Tötung" · Angelica Griem berichtet über eine Kampagne gegen CIA-Gegner in London: Insider raus!

Offener Brief an Ernst Albrecht 38
Der Schriftsteller Hans Christoph Buch, der in der Nähe von Gorleben wohnt, sagt dem Landesvater, was er von seiner Energiepolitik, seinen Knüppeleinsätzen und seinem Grinsen hält.

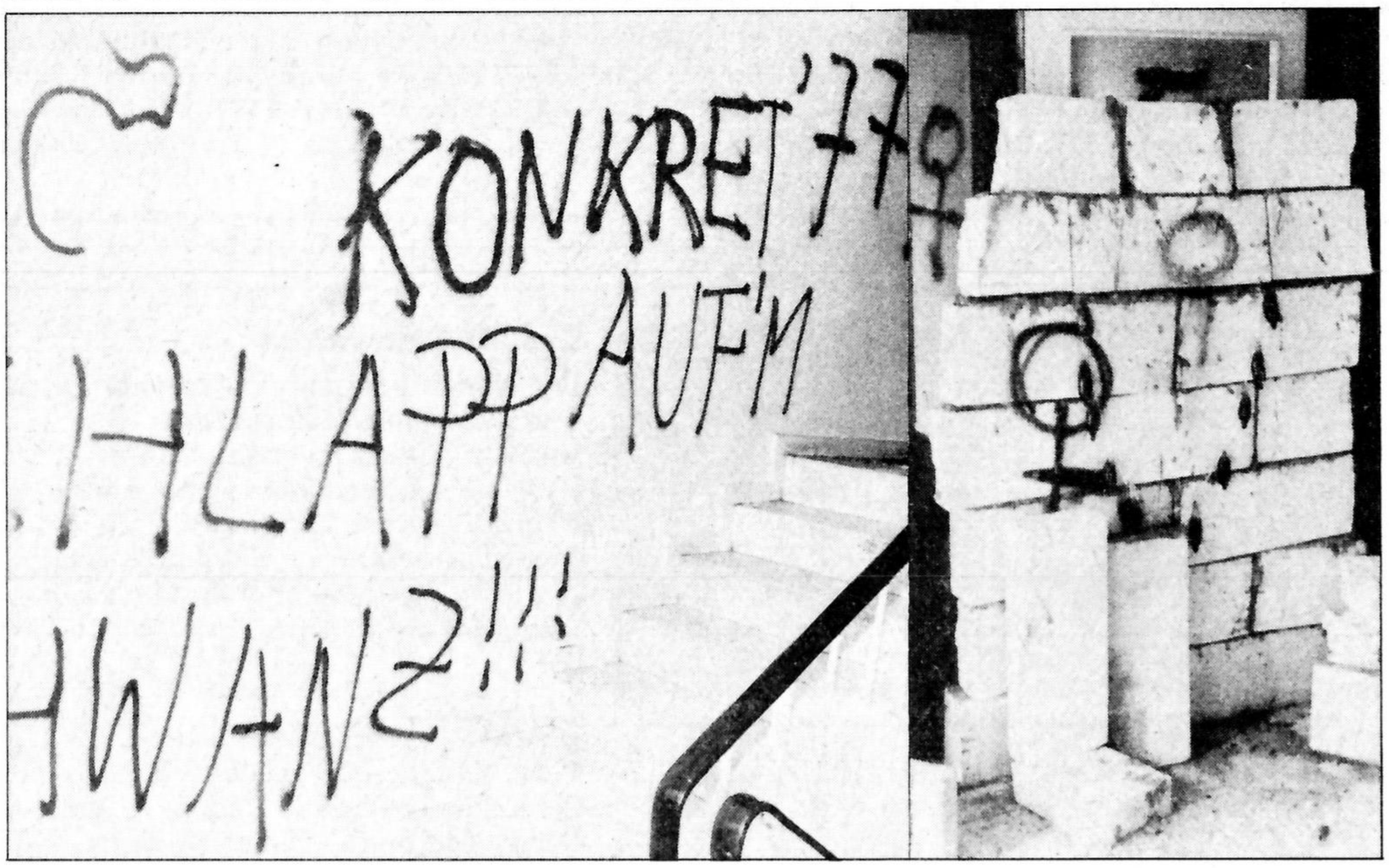
Der glückliche Intellektuelle in der Arbeiterbewegung 41
Wolfgang Abendroth hat in einem Gesprächsband eine – vorläufige – Bilanz über „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" gezogen. Wolfgang Fritz Haugs Beitrag über dieses Buch ist mehr als eine Rezension.

Ein Held, der Siggi heißt 45
Gerhard Zwerenz war beim Kicker von Offenbach zu Besuch. Er traf einen Siggi Held, der läuft und läuft …

Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 44 32 53–54
Herausgeber und Chefredakteur (verantwortlich für den Inhalt):
Hermann L. Gremliza
Titelfoto: Klaus Mehnert
Redaktion: Harmut Schulze (Politik), Ingrid Krüger (Kultur), Georg von Kieseritzky (Layout) · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (Verantworlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti

Jahresabonnemt DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. 1. 1977 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

konkret intern



„Na, Alterchen, geht dir die Muffe? Das ist ein pikanter Artikel, wirklich, du. Ah, ich bin ja so geil auf dich!" Mit diesem Anruf bei KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze fing's an. Am nächsten Morgen war die Tür zu seiner Privatwohnung mit „Frauenfeindlich"-Streifen überklebt. Und mit einem anonymen Brief „An Chauvi Schulz": „Schade, daß du so dumm bist! Bleibe doch bei den Toilettensprüchen, dabei kannst du auch unauffälliger onanieren."

In der Nacht darauf drangen mehrere Personen in das Bürohaus Rentzelstraße 7 ein, mauerten die Tür zu den KONKRET-Räumen zu und besprühten das Treppenhaus mit Kampfeszeichen und dem Spruch: „KONKRET 77 – SCHLAPP AUF'M SCHWANZ!" In einem Zettel an dpa übernahmen die „militanten Panther-Tanten" für den Überfall die Verantwortung – oder wie man das heißt, wenn man mit Sachbeschädigung Eigenreklame treibt und nicht für die Kosten aufkommen will.

Jeder wie er kann. Die Tagespresse veranstaltete ein ungeheures Bruhaha – unter dem Motto „Meinungsverschiedenheit unter linken Gruppen" („Frankfurter Rundschau"). Schön, wenn man sich die Welt so einfach einteilen kann: Links ist, wenn's Klamauk gibt. Da werden sich die Panther-Tanten, die mit Recht darauf bestehen, keine Linken zu sein, ohne schon zu wissen, was sie dann zwangsläufig sein müssen, mehr ärgern als wir, die wir wissen, daß die Bourgeoisie nicht nur zufällig Leute für links hält, die für die Emanzipation der Frau streiten. Daß ihre Angst zu häufig unbegründet ist, weil viele Feministinnen die objektiv linken Frauen-Interessen subjektiv rechts wenden – das zu ändern ist unser Ziel. Auch Feministinnen müssen für den Kampf um die Emanzipation der Frau gewonnen werden.

*

Kommen wir vom Hölzchen auf's Holz, von den Tanten zum Tandler, Gerold, Generalsekretär der CSU. Der hat in einem Brief an den SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr über die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten Klage geführt. Als Musterbeispiel verwies Tandler – laut CSU-Pressedienst – „auf einen Band der Schriftenreihe PDI-KONKRET, der im Februar erschienen war und in dem der Autor, der KONKRET-Herausgeber Gremliza, erklärt hatte, „... nur eine demokratische Armee läßt sich abbauen. Jede andere putscht. Diese Bundeswehr auch'. Es sei ein Fall ‚praktizierter Aktionseinheit', wenn im gleichen Band Prof. Dr. Reimund Seidelmann als Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission beim Bundesvorstand der SPD einen Beitrag beisteuere."

Seidelmann ist SPD-Mitglied. Gremliza auch. Und wenn beide im selben Buch publizieren, ist dies Aktionseinheit mit Kommunisten. Während Kontakte von Tandlers Chef Strauß mit General Spinola und griechischen Obristen keine Aktionseinheit mit Faschisten ist, sondern. Im übrigen ist es doch gleichgültig, wer die Behauptung über den Geist der Bundeswehr aufstellt – wenn sie nur zutrifft. Daß diese Bundeswehr jemals gegen Tandler oder Strauß oder deren Kontaktpersonen putschen würde, ist ja nicht behauptet worden. Der Genosse Egon Bahr aber sollte den Kameraden Tandler wissen lassen, daß die Partei des „demokratischen Sozialismus" über die richtige Politik für „eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" (beides: Godesberger Programm) nicht mit Adressaten portugiesischer Putschisten zu disputieren wünscht.

*

Peter Schier-Gribowsky, Sonderkorrespondent des NDR, hat den KONKRET-Herausgeber Gremliza auf ein Schmerzensgeld von 25 000 Mark verklagt. KONKRET hatte (3/77) berichtet, wie Schier-Gribowsky beim Hamburger Verfassungsschutz hinter einem NDR-Kollegen herrecherchiert hatte. KONKRET hatte Schier-Gribowsky mit einer für solches Tun im Sprachgebrauch allgemein üblichen Bezeichnung belegt, von der zuvor schon viele NDR-Kollegen Gebrauch gemacht hatten (wie auch aus dem Schriftsatz der Gribowsky-Anwälte hervorgeht). Eine ganz schön teure Ehre hat der Mann. Man sollte wohl auch mal zum Verfassungsschutz gehen und sich ein paar Informationen besorgen. Damit man entsprechend benannt wird und klagen kann. Wie soll unsereins sonst zu 25 000 Mark kommen?

*

Was wäre die Literatur in der Bundesrepublik ohne die Autoren, die auch für KONKRET schreiben. Sie müßten in diesem Frühjahr auskommen ohne

- Heinrich Böll: Einmischung erwünscht. Schriften zur Zeit (darunter alle KONKRET-Kolumnen). Kiepenheuer & Witsch.
- Gerhard Zwerenz: Die Westdeutschen. C. Bertelsmann
- Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Edition Suhrkamp
- Bernt Engelmann: Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777–1977. C. Bertelsmann
- Günter Herburger: Flug ins Herz. Roman. Luchterhand
- Alfred Andersch: Öffentlicher Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend. Diogenes
- Ludwig Fels: Alles geht weiter. Gedichte. Luchterhand
- Holger Strohm: Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen. Verlag Association
- Arno Münster: Argentinien – Guerilla und Konterrevolution. Trikont
- Wolf Biermann: Nachlaß 1. Noten, Schriften, Beispiele. Kiepenhauer & Witsch

Zu viel der Ehre

Noch nie hat ein KONKRET-Beitrag so heftige und so kontroverse Reaktionen ausgelöst wie die Titelgeschichte des April-Heftes: „Feminismus '77 – schwach auf der Brust". Hier ein kleiner Ausschnitt, anonyme Briefe wurden selbstverständlich nicht berücksichtigt

Die Befreiung der Frau wurde und wird zwar gerne von der sozialistischen Bewegung propagiert, wenn es aber an die Verwirklichung geht, schnell wieder vergessen. Und man erinnere sich zudem noch an die Auswüchse der Studentenbewegung, als der chauvinistische Spruch durch die Studentenbuden ging: „Wer einmal mit der gleichen pennt, gehört schon zum Establishment." Da müssen sich die Herren nicht wundern, wenn sie nun als Antwort auf all die schönen Sprüche radikal abgelehnt werden, ja gar nicht mehr als Linke gezählt werden.

Roswitha Jauris
Gießen

Eine intensive Auseinandersetzung wäre zuviel der Ehre. Deshalb nur ein paar Anmerkungen. Besonderheiten der Frauenbewegung, die männermordende Splittergruppe, werden genüßlich ausgewalzt. Man könnte leichtest die linke Bewegung runtermachen, wenn man sich an Abstrusem, was es da zuhauf gibt, hochzöge. Wer einen Funken Fairneß und linken Ansatz hat, tut's nicht. Frauen zu raten, mit „linken" Männern à la „KONKRET" zusammenzuarbeiten, kann man nicht mit gutem Gewissen.

Dann „Liebe zum Mann", die der gute Schulze als Grundvoraussetzung braucht. Eine bewußte Frau kann sich grade noch dazu durchringen, hin und wieder einen der rar gesäten Nicht-Macker zu lieben, nicht aber „den Mann" schlechthin.

Anne Mayer
Bochum

Wie hat der ehrenwerte Herr Schulze es bloß fertig gebracht, einen solchen Haufen widerlichem, hochmütigem und menschenverachtendem Gewäsch über das viel zu geduldige Papier auszubreiten? Wahrscheinlich ist es die zähneklappernde Angst des Herrn Schulze um seine jämmerlichen Privilegien, die ihn dazu treibt, die Frauen auf den St. Nimmerleinstag des „Sozialismus" Schulzescher Prägung zu vertrösten, wo das dann mit der Emanzipation schon so irgendwie klappen wird. Da meint er der „praktische Kampf" um die Emanzipation der Frau werde im DGB aufgenommen und nicht auf Frauenfeten, da glaubt er doch tatsächlich, die Bonzen im DGB, – die großen und die kleinen – würden aus lauter Einsicht ihre Privilegien und ihre Macht aufgeben und den Frauen zur Emanzipation verhelfen und kann sich wohl nicht vorstellen, daß Emanzipation auch geändertes Bewußtsein voraussetzt, und daß dazu auf Frauenfeten mehr getan wird (und zwar von den Frauen selbst!) als vom DGB während seiner ganzen Existenz getan wurde.

Jürgen Albrecht
Hamburg

Kaum jemand wird derzeit von unserer Bourgeoisie mehr gehätschelt, besser vermarktet als Schwarzer und Co. Hingegen sind in aller Welt Genossinnen und Genossen wegen ihres solidarischen antifaschistischen Kampfes gleichermaßen Objekt brutalster Repressionen. Damit ist der politische Frontverlauf deutlich markiert. Für die Folterknechte in Chile und anderswo ist der „kleine Unterschied" nur hinsichtlich der Befestigung von Elektroden für Elektroschocks erheblich. Die Unterschlagung der Tatsache, daß gerade hier Frauen wie Männer gleichermaßen betroffen sind (etwa auf dem Brüsseler Frauentribunal), signalisiert womöglich weit mehr als nur eine Aufkündigung der Solidarität.

Karl-Heinz Ruda
Oberviechtach

„Die volle Emanzipation der Frau und ihre Gleichstellung mit dem Mann..." – für ein Bebel zu seiner Zeit richtiges und fortschrittliches Ziel. Die Diskussion über die Veränderung der Gesellschaft hat sich seitdem weiterentwickelt (unbemerkt von einigen KONKRET-Autoren?), Gesellschaften haben sich seitdem verändert. Und deshalb wissen wir heute, daß „Gleichstellung mit dem Mann" bedeutet: Identifizierung mit männlichen Verhaltensweisen, mit männlichen Definitionen (auch En-

literatur ist LITERATUR
ist literatur ist...

NORBERT NEY
tendenzwendgedichte

NUR WENIGE DEBÜTS SCHIENEN DIESES JAHR EBENSO EINDRUCKSVOLL GELUNGEN...neys arbeiten sind kommunikativ, bevorzugen offene, zugängliche formen... wort- und bilderspiele, sinnvoller doppelsinn, elemente konkreter lyrik...---besprechungsdienst buch+bibliothek

-----17o seiten gedichte, texte, satiren mit ganzseitigen collagen des autors. dm 14, 8o

... ist ... BERNHARD HOFFMANN :

jens mark

"wer die gedankengänge und verhaltensweisen hochgezüchteter mittelstandsbabies näher kennenlernen will, der muß dieses buch lesen. ich meine jene babies mit glatter sozialisation, abitur, diplom in der tasche...und mit irre großen schwierigkeiten, ihre emotionen zu bewältigen, mit komplizierten launen, high and dry, wet and bäh !" ---ulrich jean marré

erzählung, ca. 16o seiten. dm 11, 8o

bestellung per v-scheck o. per vorrauszahlung auf postscheck l'hafen nr. 116581-677 an den verlag. porto frei. oder über jede buchhandlung, die ihren namen zu recht trägt.

...ist édition trèves

BITTE FORDERN SIE kostenlos UNSEREN NEUEN KATALOG AN !!! édition trèves, postf. 14o1, 55 trier 1

gels, Marx, Lenin ...), mit männlicher Geschichte – history!

Detlef Stoffel
Bielefeld

Ihr habt der Feministen-Diskussion Anstöße geliefert, die sie wahrscheinlich aus sich selbst heraus nie bekommen hätte. Das klingt zwar zum Teil arrogant, aber was sich auf dieser Szene heutzutage manchmal abspielt, provoziert ja solche Arroganz gradezu.

Inge Hundertmark
Essen

Ich hab von dem blödsinnigen Gemauer vor Eurer Redaktion gehört. Macht Euch nichts draus und weiter wie bisher. Feminismus kommt nicht von Feme. (Trotzdem mußte ich grinsen.)

Heike Büring
Bad Honnef

„Feminismus '77: Schwach auf der Brust – wie schwach und warum, untersucht H. Schulze." Hätte er sich sparen können, Tit(t)elbild zeigt es ja ganz klar: weil der Mann drauf und dran ist, sie einzudrücken.

Christine Ziegenhagen
Gaggenau

Auf die Erde zurück

Luis Corvalan: Warum ich zu Moskau ja sage (KONKRET 4/77)

Das Interwiev mit Luis Corvalan war eines der interessantesten Interviews, das ich in den letzten Monaten überhaupt gelesen habe. Nachdem UZ, elan oder die „roten Blätter" den Corvalan schon fast zu einem toten Denkmal hochstilisiert hatten, hat ihn Euer Interview wieder zurück auf die Erde geholt. Er steht jetzt als lebendiger und hervorragender Genosse wieder neben uns. Das Interview war mehr wert und überzeugender als sonst bekannte Interview-Rituale, die nach dem Motto laufen: „Ich werf dir den Ball zu und du schießt voll rein!"

Klaus Freisem
Bonn-Beuel

Bitte nochmal nachrechnen

Zur Tagesschau-Serie von Swantje Storm

In der letzten KONKRET-Ausgabe monierte Swantje Storm den Tagesschau-Sprachcode im Fernsehen: 17 Wörter pro Satz (im normalen Sprachgebrauch 7). Immerhin brachte die Autorin durchschnittlich L0 für ihren Artikel. Ich dagegen nur volksverbundene 4.

Bernd Büttelmann
Göttingen

VolksBlatt

Günter Wallraff beschrieb seine Erfahrungen mit der „Stasi von Köln", unter anderem mit Herrn Beisemann

Auf einem Foto in Eurer Märzausgabe sieht man den Kölner politischen Polizisten Beisemann, wie er in eine Zeitung starrt. Zu dem, was man von ihm verlangt gehört nicht, daß er lesen kann und noch weniger, daß er begreift, was er sieht. Er kontrolliert nur. Das „Kölner VolksBlatt", die einzige unternehmerfreie Zeitung Kölns. Wer aber im Gegensatz zu diesem Berufsschnüffler lesen will, was in dieser Zeitung drinsteht, der bekommt eine kostenlose Probenummer bei: Kölner VolksBlatt, 5000 Köln 1, Hohenzollernring 97.

Dreigeteilt? Niemals!

„Spaltet die BRD" fordert Gerhard Zwerenz in KONKRET 3/77

Dieser Beitrag ist eine interessante neue Variante sozialistischer (?) Strategiediskussion: Man verweise die BRD in die pränapoleonische Zeit, um lästige, weil schwarze Gebiete loszuwerden. Im Norden bricht dann der Sozialismus aus, und die Genossen vom Süden können ja dann gen Norden auswandern. Den Süden überläßt man seinem (reaktionären) Schicksal. Das ist natürlich entschieden einfacher, als auf breiter Ebene den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Warum? Nun, man befindet sich in guter Gesellschaft: Das „Regensburger Bistumsblatt", Hausblatt des katholischen Bischofs Graber, hat schon am 12. April 1976 die Gründung eines „deutschen Südstaates" vorgeschlagen.

Klaus Brandstetter
Stuttgart

Dreigeteilt? Niemals! Die Linke täte gut daran, sich auf nationale Traditionen zu besinnen und die der Rechten streitig zu machen. Das umso mehr als der Nationalismus zu Überheblichkeit und Fremdfeindlichkeit verkommen ist, während viele positive Traditionen aus dem Bewußtsein des großen Teils der Westdeutschen verdrängt wurden. Es seien nur die Bauernkriege erwähnt, deren Zentren in Schwaben und Franken lagen, die 48er Revolution, die Antikriegsbewegung von 1914–18, die in Bayern besonders stark war, der Matrosenaufstand und vieles andere.

Paul D. Gawron
Hannover

Johannes Mario Simmel:

„Nur, so einfach ist das nicht"

Bemerkungen zum Simmel-Interview in KONKRET 2/77

1. KONKRET hat auf dem Titelblatt gedruckt: „SIMMEL an seine Kritiker: ‚Leckt mich doch am Arsch!' Das stellt eine Verfälschung dar. Ich habe gesagt: ... aber nach dem Verkauf von 29 Millionen Büchern *könnte* ich wirklich in Deutschland den Kritikern sagen: Leckt mich doch am Arsch! Nur, so einfach ist das nicht! Es gibt nämlich auch in Deutschland stets sehr viele gute Kritiken über jedes neue Buch; dann gibt es Kritiken, in denen mir wohlwollend nachgewiesen wird, daß ich etwas falsch gemacht habe, daß irgendetwas nicht stimmt, oder daß ein anderes Buch besser war, was ich einsehen muß. Der Rest liegt tief unter der Gürtellinie, aber dagegen kann man nichts machen."

2. KONKRET hat dem Interview in Anführungszeichen die Überschrift gegeben „Es muß nicht immer die Bibel sein." Diesen Satz habe ich niemals gesagt. Ich habe gesagt: „Ja, obwohl ich früher der Meinung war, daß eigentlich nur die Bibel und das ‚Kapital' die Welt verändert hätten. Bei mir war es ein Roman über behinderte Kinder ‚Niemand ist eine Insel'. Da bin ich losgezogen über sämtliche Hilfsorganisationen, ob kirchlich oder nicht, und habe ihnen vorgeworfen, daß sie sich nicht genug um diese Kinder kümmern. In mehreren Ländern, in denen das Buch bereits erschienen ist, wurden daraufhin Gesetze geändert."

3. KONKRET hat gedruckt: „Vor etwa zwei Jahren sagten Sie in einem Interview, daß sich die europäischen Regierungen allmählich nach links, dem Sozialismus entgegen entwickeln würden. Inzwischen sieht das nicht mehr unbedingt so aus..." Ich habe geantwortet: „Sie haben mich un*vollständig* zitiert. Ich habe *auch* gesagt, daß ich glaube und hoffe, der Osten würde seinerseits den starren Kommunismus verlassen und dem Westen in aufgeweichter Form entgegen kommen." Diese ganze Antwort haben Sie im Druck fortgelassen und damit meine Meinung über das Ost-West-Verhältnis total verändert.

4. KONKRET hat meine Beantwortung nach der Frage über die Veröffentlichung meiner Romane in der DDR nur teilweise, unrichtig oder gar nicht gedruckt und so einen falschen Eindruck hervorgerufen. Ich habe gesagt: „Alles, was mit der DDR zusammenhängt, ist alles andere als schön. Meine Bücher erscheinen in vielen Ostblockstaaten, und eines ist auch in der DDR erschienen – *bis zum* ‚Vaterland'. Danach haben sie alle Beziehungen zu mir abgebrochen. Solange ich gesagt habe, im Westen sind die und die Mißstände, und die alten Nazis, solange war alles o.k. und ich war willkommen. Dann habe ich mir erlaubt zu sagen, es passiert ja auch bei euch genug, es gibt die Mauer und den Schießbefehl und politischen Zwang und Gefängnis für Regimegegner, ach, nur für Regime-*Kritiker!* ja seither kann ich nicht mehr über die Zonenautobahn fahren, alle meine Bücher sind in der DDR verboten, meine Filme werden nicht mehr gekauft, meine Fernsehinszenierungen und mein Theaterstück nicht mehr gezeigt. Wenn Freunde durch die DDR fuhren und hatten eines meiner Bücher im Wagen, wurde es ihnen weggenommen. Das ist ein Teufelskreis, das Ganze. Ich glaube nicht, daß ich in der DDR leben könnte. Ich wäre sofort eingesperrt. Das Unglück mit uns Deutschen ist, daß wir alles 250%ig machen müssen. Bei uns ist es doch immer noch so: ‚Und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein!'"

München, 19. 3. 1977

Johannes M. Simmel

Zum 1. Mai: Literatur zur Geschichte und aktuellen Politik der Arbeiterbewegung

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Internationale Bibliothek

Richard Löwenthal (Paul Sering): Jenseits des Kapitalismus
Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung

Unveränderte Neuauflage mit einer ausführlichen Einführung: Nach 30 Jahren

LVII, 268 S., br. 15,– DM

In seiner Einführung zu der in der ersten Nachkriegszeit viel gelesenen Schrift erläutert Löwenthal, was sich in den letzten 30 Jahren weltpolitisch – insbesondere ökonomisch – gewandelt hat und wo sich entsprechend seine eigenen Auffassungen geändert haben.

Günter Bartsch: Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus?
Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände

194 S., br. 15,– DM

Eine Übersicht über die Renaissance des Trotzkismus in den westlichen und östlichen Industrieländern und die Rezeption von Trotzkis Ideen in Entwicklungsländern.

Patrik von zur Mühlen: Rassenideologien, Geschichte und Hintergründe
Ca. 300 S., br. 20,– DM

In seiner Geschichte der Rassenideologien zeigt der Verfasser, daß solche Ideologien in Europa entstanden, wo reale Rassenkonflikte nicht existierten, daß sie biologische Unterschiede konstruierten, um Standesunterschiede und soziale Privilegien aufrechtzuerhalten, die ihre historische Legitimation verloren hatten.

Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution
Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19

2. erweiterte Auflage
484 S., br. 20,– DM

Georg von Vollmar: Reden und Schriften zur Reformpolitik
Ausgewählt und eingeleitet von Willy Albrecht

Ca. 300 S., br. 25,– DM

Von Vollmar (1850–1922) wandelte sich, wie hier dokumentiert wird, vom Befürworter der gewaltsamen Revolution zum konsequenten Reformisten.

Heinrich Laufenberg: Der politische Streik

2. Aufl.
260 S., br. 15,– DM

Laufenberg war der Führer der Opposition auf dem 2. Parteitag der KPD 1919, verließ mit der Mehrheit diese Partei und wurde einer der Gründer der KAPD.

Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie

Eduard Bernstein: Texte zum Revisionismus
Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Horst Heimann

VIII, 195 S., br. 8,– DM

Heimanns neue Deutung Bernsteins, wie sie in seiner Einleitung und in der Textauswahl zum Ausdruck kommt, wird Bernsteins „rechte Freunde" ebenso überraschen wie seine „linken Feinde". Bernstein, so Heimann, habe mit der Revision der Revolutionstheorie nicht das Ziel des Sozialismus aufgegeben, sondern Wege aufgezeigt, mit denen man diesem Ziel durch eine konsequente Reformstrategie näher kommen könne. Insofern sei er der geistige Vater der „Doppelstrategie".

Friedel Läpple: Gesundheit ohne Ausbeutung
Eine Alternative zum gegenwärtigen Gesundheitssystem

Ca. 130 S., br. 8,– DM

Läpples Alternativmodell zum Gesundheitswesen der Bundesrepublik stützt sich auf das vom WSI des DGB entworfene integrierte System medizinischer Versorgung, das durch die volle Selbstverwaltung der Versicherten eine Gesundheitsversorgung in deren Interesse gewährleistet.

Karl-Heinz Naßmacher (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie
Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung

256 S., br. 16,– DM

Kompetente Theoretiker und Praktiker versuchen eine Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Verlage
J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Neue Gesellschaft GmbH
Kölner Straße 143
5300 Bonn-Bad Godesberg 1

Informieren Sie mich regelmäßig über Ihre Verlagsprogramme.

Absender:

_____

_____

_____

_____

Benneter und die Folgen

In der SPD formiert sich eine neue Linke. Kleiner als die traditionelle, aber härter, konsequenter und illusionsloser. Wie stehen ihre Chancen?

Die Sozialdemokratie
ist die staatlich konzessionierte
Anstalt zum Verbrauch
revolutionärer Energien

Karl Kraus (1932)

Die Feststellung, die SPD bringe den Sozialismus nie, ist so wahr wie alt und langweilig. Von der Sozialdemokratie war immer „nur" eine Politik zu erwarten, die Frieden nach außen hielt, nach innen die schlimmsten Folgen kapitalistischer Wirtschaftsweise linderte und die bürgerlichen Freiheitsrechte schützte; betrieben von Männern, an deren persönlicher Ehrbarkeit nicht zu zweifeln war.

Die SPD feierte ihren größten Wahlerfolg, als sie alle diese Erwartungen erfüllen zu können schien – 1972. Sie mußten die Enttäuschung der Wähler quittieren, als ihr die Friedenspolitik aus dem Blick geriet, die Arbeitslosenzahlen stiegen und ihr honoriger Kanzler an einer undurchsichtigen Affäre gescheitert war – 1976. Das Mandat zum Weiterregieren verdankte sie bloß noch der Hoffnung, daß damit ein Regierungsantritt der Strauß-Dregger-Gruppe vermieden werden könne.

Inzwischen, nach der Großen Koalition der Wanzenstaats-Schützer, ist auch diese Hoffnung verblaßt: Die CDU/CSU regiert mit – und auch wo sie es nicht tut, wird offenbar, wie weit sich Sozialdemokraten dem bourgeoisen Sumpf angepaßt haben. Arbeitslose, Berufsverbote, Wanzen und dann noch Helaba und Rhein-Main-Flughafen – da streiken die geduldigsten SPD-Wähler.

In dieser Situation hilft sich die rechte SPD mit Selbstbetrug. Am hessischen Wahldebakel sei, so hieß es in der Bundestagsfraktion, der Verlust der Mitte schuld. Die Tatsache, daß es in Darmstadt, dem Erbhof der rechtssozialdemokratischen Familie Metzger, zu den schwersten Verlusten gekommen war, wurde von der Fraktionsmehrheit „abgelehnt".

Es war nicht zuletzt dieses, auch von Helmut Schmidt gern geübte Verfahren, offenkundig richtige Analysen schlicht für falsch zu erklären, wenn sie für die Mehrheit in der Partei kritisch sind, das einen Teil der Linken von der Illusion befreite, man könne mit einer Politik der schrittweisen Überzeugung und Kompromißbereitschaft weiterkommen. In der Bundestagsfraktion entschieden sich die Abgeordneten Hansen, Coppik, Schöfberger und Waltemate, ihren Genossen „die Grenze der Selbstachtung" (Hansen in KONKRET) zu zeigen. Während der Bundestagsdebatte über die Wanzen zeigten sie erstmals ihrem Kanzler, daß die Zeit blinden Gehorsams vorbei sei: Schmidt, der zum Regieren eben auch jede Stimme der Linken braucht, mußte schließlich ihrer Forderung, den staatsschützenden Justizminister Vogel nicht reden zu lassen, nachgeben. Ein Beispiel an Kleinem, das an Größerem Schule machen soll.

Auf ihrem Hamburger Kongreß vollzog auch die Mehrheit der Jungsozialisten ihre Abkehr vom Mauschlerdasein. Diese Jusos, die Benneter wählten, gaben zu erkennen, daß sie nicht länger die nützlichen Idioten sein wollen, die mit radikalen Worten linke Wähler für eine rechte Politik einfangen, sie damit von jeder Alternative fernhalten und, wenn die Wahlen vorbei sind, jeden Arschtritt in solidarischer Demut hinnehmen.

Für sie geht es nicht zuerst um die SPD und dann irgendwie um den Sozialismus, sondern zuerst und vor allem um Sozialismus. Die SPD erscheint ihnen als noch brauchbares Vehikel, sozialistische Positionen bekannt zu machen. Auch innerhalb der Partei, wo allenthalben ein „Verlust der Identität als Arbeitnehmerpartei" beklagt wird. Und wo diese Klage auf den marxistischen Begriff zu bringen ist: Den der Klasse und des Klassenkampfs.

Im Interview mit KONKRET formuliert der neue Juso-Vorsitzende Klaus-Uwe Benneter den Rahmen, den er sich für eine solche Politik gesteckt hat: „Die Mitgliedschaft in der SPD ist für uns kein Dogma."

KONKRET: Herr Benneter, Sie sind gewählt worden von einer Juso-Mehrheit, die eine konsequent sozialistische Politik verlangt. Diese Politik sollen Sie nun in einer Partei vertreten, in der Bruno Friedrich, Hans-Jochen Vogel und Herbert Ehrenberg das politische Klima mitbestimmen. Wie macht man das?

Benneter: Zu unserem Willen, konsequent sozialistische Politik zu betreiben, gehört auch, daß wir die SPD insgesamt zu einer konsequent sozialistischen Partei machen wollen. Sicher gibt es da viele Hindernisse, aber wir werden unsere Positionen in die Partei hineintragen.

KONKRET: Oder Sie werden rausfliegen. Das haben Sie ja gleich bei Ihrem Antritt als Bundesvorsitzender gesehen, als es um die Juso-Teilnahme am Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit ging.

Benneter: Wir haben in diesem ersten Konflikt alle Möglichkeiten ausgelotet und dann eine politische Entscheidung getroffen, als wir vor die falsche und uns aufge-

Juso-Chef Benneter, Vorgänger Roth, Voigt, SPD-Geschäftsführer Bahr

zwungene Alternative gestellt waren, entweder Mitarbeit in dem Komitee oder weiter sinnvolle Arbeit in der SPD. Noch ist der Punkt nicht erreicht, wo man sagen müßte, daß wir keine Möglichkeit mehr haben, innerhalb der SPD unsere Vorstellungen zu verbreiten.

KONKRET: Hat denn Egon Bahr dies Ultimatum nicht auch deshalb gestellt, weil er befürchten mußte, daß eine Beteiligung der Jusos an dem Komitee erstens zu einer schweren Erschütterung der Partei und zweitens zu einer Isolierung der Partei in der Bevölkerung führen würde?

Benneter: Erstens: die SPD hat hier wieder einmal gemeint, mit einer rein formalen Abgrenzung gegenüber Kommunisten die Vorwürfe von Seiten der Reaktion auffangen zu müssen. Zweitens hat sie versucht, die Ergebnisse des Hamburger Bundeskongresses, also meine knappe Wahl rückgängig zu machen, in dem man mich entweder ausschließt oder vor den Jungsozialisten insgesamt unglaubwürdig macht. Drittens zeigte dieses Ultimatum die Angst, neue Entwicklungen, wie sie sich grade in Westeuropa abzeichnen, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diskutieren zu lassen.

KONKRET: Sie werden sich also weiterhin von den westdeutschen Kommunisten nicht so wie die Gesamtpartei abgrenzen?

Benneter: Mit unserer Entscheidung, auf eine Mitarbeit in dem Komitee zu verzichten, haben wir nicht unsere Überzeugung aufgegeben, daß wir die Zusammenarbeit in der Bundesrepublik mit Kommunisten zwar nicht suchen, daß wir sie aber auch nicht vermeiden wollen, wenn es uns politisch sinnvoll erscheint und wenn es unseren eigenen Verband stärkt. Falls dies dann zu Konflikten mit der Partei führen sollte, werden wir auch diese Konflikte wieder politisch lösen. Was aber nicht heißt, daß wir uns in jedem Fall so verhalten werden, wie wir das jetzt in diesem Fall getan haben.

KONKRET: Das heißt, Sie würden vielleicht doch einmal den Parteiausschluß in Kauf nehmen?

Benneter: Für uns Jusos ist die Mitgliedschaft in der Partei kein Dogma, an dem wir nun in jedem Fall festhalten. Wir müssen *sinnvoll* mitarbeiten können. Wenn die Politik der Ultimaten Schule machen sollte, müssen wir uns freilich fragen, wie lange das noch geht.

KONKRET: Die Bevölkerung der Bundesrepublik scheint nach zwölf Jahren faschistischer Herrschaft und nach den fünfziger Jahren, in denen der Antikommunismus noch einmal seine tollsten Blüten getrieben hat, offenbar nicht in der Lage, mit Kommunisten zu leben. Gefährden die Jusos mit ihrer Politik in dieser Frage nicht die Regierungsfähigkeit der SPD?

Benneter: Die SPD schadet sich doch letztlich selbst, wenn sie weiterhin dieses Problem vor sich herschiebt, das nicht nur von Jusos an sie herangetragen wird, sondern auch von den Entwicklungen der Klassenauseinandersetzungen in Italien oder in Frankreich. Die SPD gerät hier einmal in Gefahr, sich in Europa in das konservativ-reaktionäre Lager treiben zu lassen. Und zum anderen gerät sie auch in Gefahr, antikommunistisch-emotionale . Vorurteile nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle zu mobilisieren, die in der BRD grundlegende gesellschaftliche Veränderungen schaffen wollen.

KONKRET: Also: Antikommunismus schadet der SPD selbst?

Benneter: Ja, sicher. Wenn Adenauer in den fünfziger Jahren auf die Kommunisten eingeschlagen hat, so wollte er damit doch nicht die zahlenmäßig irrelevante KPD treffen, sondern die Sozialdemokraten. Genau so, wie es jetzt wieder der CSU-Abgeordnete Sauer mit Herbert Wehner versucht.

KONKRET: Dem kann man auf zwei Arten begegnen: Entweder man sagt: wir haben mit Kommunisten nichts zu tun, wir teilen die Abneigung gegen Kommunisten. Oder man sagt, wir sind keine Kommunisten, wir sind aber auch keine Antikommunisten wie ihr.

Benneter: Die SPD ist von ihrer Tradition und ihrem Programm her verpflichtet, das Parteienspektrum als klassenspezifisches Spektrum anzusehen. Unter diesem Aspekt sind CDU und CSU die Parteien des Klassengegners während die Kommunisten unsere politischen Gegner, nicht aber die Klassenfeinde sind. Zum anderen meine ich, daß sich die SPD, solange sie sich von den Kommunisten nur formal und nicht dadurch positiv abgrenzt, daß sie selbst eine schlüssige Orientierung auf eine grundlegende Veränderung vorlegt, immer nur den Vorwurf zuzieht: Ein getroffener Hund bellt. Wenn die Reaktion sagt, Jungsozialisten haben hier wieder was Kommunistisches beschlossen oder Jungsozialisten haben mal wieder mit den Kommunisten zusammengearbeitet, so macht sie dies ja nicht, um mal wieder einen Juso zur Räson zu bringen, sondern um die ganze Partei ins Zwielicht zu setzen.

KONKRET: Das tun ja auch Teile der Partei.

Benneter: Ja, sicher, das ist natürlich ein deutlicher Hinweis darauf, daß wir auch starke Kräfte innerhalb der Partei haben, die gar nicht daran denken, das zu tun, was im Godesberger Programm formuliert ist:

soeben eingetroffen

Steigerwald

Der „wahre" oder konterrevolutionäre „Sozialismus" Was wollen Havemann, Dutschke, Biermann?

Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main
Reihe: Marxismus aktuell, Band 111, 145 Seiten, DM 7,00

collectiv-Buchhandlungen

Unser Sortiment

Politik/Zeitgeschichte
Gewerkschaftsliteratur
Jugend- und Kinderbücher
Unterhaltungsromane
Populärwissenschaft

5100 Aachen, Löhergraben 4
Adam-Kuckhoff-Buchhandlung
Telefon (0241) 36191
8600 Bamberg, Obere Brücke 3
Buchhandlung Ludwig Feuerbach
Telefon (0951) 24780
5060 Bergisch Gladbach 2 Bensberger Straße 128
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (02202) 35225
4800 Bielefeld 1, Feilenstraße 10
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0521) 63518
5300 Bonn, Oxfordstraße 17
Progress-Buchhandlung GmbH
Telefon (02221) 658433
3300 Braunschweig, Adolfstraße 1
Buchhdlg. Wissen u. Fortschritt/Filiale
Telefon (0531) 791988
2800 Bremen 1, Richtweg 4
Volksbuchhandlung
Telefon (0421) 323334
6300 Gießen, Schiffenberger Weg 1
Buchhdlg. Wissen u. Fortschritt GmbH
Telefon (0641) 78948
3400 Göttingen, Burgstraße 24
Wissen u. Fortschritt Buchhdlg./Filiale
Telefon (0551) 43918
2000 Hamburg 13, Johnsallee 67
Internationale Buchhandlung GmbH
Telefon (040) 4104572
3000 Hannover, Hamburger Allee 37
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0511) 313955
6900 Heidelberg, Plöck 64a
Buchhandlung collectiv
Telefon (06221) 12633
3500 Kassel, Werner-Hilpert-Straße 5
Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale
Telefon (0561) 15642
2300 Kiel 1, Falckstraße 16
collectiv-Buchhandlung
Telefon (0431) 92450

Unser Spezialgebiet

Bücher aller Sachgebiete aus Verlagen der DDR

Deutschsprachige Literatur aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern

collectiv literatur

6100 Darmstadt, Lauteschlägerstr. 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (06151) 75230
4600 Dortmund, Königswall 22
Buch International
Telefon (0231) 140880
4000 Düsseldorf, Ackerstraße 3
Heinrich-Heine-Buchhandlung
Telefon (0211) 350691
8520 Erlangen, Schiffstraße 5
Libresso-Buchzentrum
Telefon (09131) 22610
4300 Essen 1, Viehofer Platz 14
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (0201) 232014
6000 Frankfurt/Main, Goethestr. 31–33
Buchzentrum in der Goethestraße
Telefon (0611) 281090
6000 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56
Buchhandlung Johanna Kirchner
Telefon (0611) 751046
7800 Freiburg, An der Mehlwaage 2
Buchhandlung Walter Herbster
Telefon (0761) 25136
5000 Köln, Fleischmengergasse 31
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0221) 215770
4150 Krefeld, St.-Anton-Str. 86
Rosa-Luxemburg-Buchhandlung
Telefon (02151) 72249
6500 Mainz, Bilhildisstraße 15
Anna-Seghers-Buchhandlung
Telefon (06131) 24916
6800 Mannheim, U 2, 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0621) 15664
3550 Marburg, Am Grün 56
Buchhdlg. Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale
Telefon (06421) 26412
8000 München 40, Türkenstraße 66
Libresso-Buchhandlung
Telefon (089) 281767
4400 Münster, Steinfurter Straße 15
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (0251) 28077
2350 Neumünster, Kieler Straße 89a
Bücherstube Neumünster
Telefon (04321) 46865
8500 Nürnberg, Weinmarkt 12a
Libresso-Buchzentrum Sabine Weber
Telefon (0911) 221507
2900 Oldenburg, Am Damm 26
Volksbuchhandlung
Telefon (0441) 27742
8400 Regensburg, Glockengasse 7
Libresso-Buchhandlung
Telefon (0941) 561538
6600 Saarbrücken, Nauwieser Str 13
Buchhandlung Ienchen demuth
Telefon (0681) 36559
5900 Siegen-Weidenau, Auf den Hütten 20
Progress-Buchhandlung
Telefon (0271) 73060
7000 Stuttgart, Wilhelmsplatz 1
Buchhandlung Hornung und Steinbach
Telefon (0711) 246580
5600 Wuppertal 1, Gathe 55–57
Friedrich-Engels-Buchhandlung
Telefon (0202) 452853/456504

Unser Service

Wir besorgen innerhalb kürzester Frist jedes lieferbare Buch
Vermittlung von Reisen für „hansa-tourist"

„Furcht vor der Reaktion darf nicht allein das Handeln bestimmen"

eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen.

KONKRET: Angesprochen auf die Staaten Osteuropas haben bisherige Juso-Vorsitzende immer gesagt: Dort ist kein Sozialismus, die haben mit Sozialismus nichts zu tun. Sieht das der neue Bundesvorstand auch so?

Benneter: Die Entschiedenheit, mit der wir Menschenrechtsverletzungen in den osteuropäischen Staaten ablehnen, dürfte allen Jusos gemeinsam sein. Aber es wäre töricht, die Entwicklung dieser Staaten pauschal zu negieren, bloß um der bundesdeutschen Reaktion keine Angriffsfläche zu bieten. Wenn wir von den emotionalen antikommunistischen Kalten-Kriegs-Parolen runter wollen, müssen wir uns die Verhältnisse mal genauer ansehen – etwa die Art und Weise, wie dort Planungen erfolgen, wie die Arbeitnehmer an Planungen beteiligt werden, wie deren Vorstellungen, deren Bedürfnisse in die Gesamtplanung eingehen.

KONKRET: Das beantwortet die Frage natürlich noch nicht ganz: Hat das was mit Sozialismus zu tun oder nicht?

Benneter: Ja, es hat sicher etwas mit Sozialismus zu tun, daß es in den osteuropäischen Ländern keine Kapitalisten mehr gibt, daß die Produktionsmittel nicht mehr irgendwelchen Profitinteressen untergeordnet sind, sondern daß man dort schon durchaus den ernsten Versuch gemacht hat, die Produktion auf die Bedürfnisse auszurichten, und eben nicht darauf, daß die Dividenden stimmen.

KONKRET: Ihre Vorgänger als Bundesvorsitzende der Jusos sind immer vom Primat des Weiterregierens der SPD ausgegangen. Wann immer die Partei gesagt hat, das kann uns Stimmen kosten, haben sie zurückgesteckt. Gilt das für den neuen Bundesvorstand auch noch?

Benneter: Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn man meine Vorgänger so einschätzt. Aber dies mal unterstellt, würde ich schon meinen, daß für den neuen Juso-Bundesvorstand eine differenziertere Auffassung gilt. Wenn nur noch um der Regierung willen regiert wird, dann zählt der Primat des Regierens nicht.

KONKRET: Das Menetekel einer autoritären rechten Regierung aus Dregger, Stoltenberg und Kohl schreckt Sie also nicht so wie Ihre Vorgänger?

Benneter: Schrecken tut mich das schon. Nur, durch die aktuellen Vorgänge im Zusammenhang mit den Abhörskandalen und den entsprechenden Regierungsstellungnahmen auch grade von Sozialdemokraten, werden die Unterschiede zu einer Dregger/Strauß-Regierung immer undeutlicher. Wir Jusos konnten uns doch im Wahlkampf 1976 für eine SPD-geführte Regierung nicht deshalb vehement einsetzen, weil wir davon ausgingen, daß diese Regierung irgendetwas in Richtung Sozialismus verwirklichen würde, sondern weil sie die Chance offen halten sollte, für sozialistische Veränderungen mobilisieren zu können. Und dies gerät zunehmend in Gefahr, wenn diese Regierung sich so am Abbau demokratischer Rechte beteiligt.

KONKRET: Wenn nun diese Regierung weiter so verfährt wie sie mit Herrn Maihofer und Herrn Schüler bisher verfahren ist...

Benneter: ...dann wird dies dazu führen, daß die Jungsozialisten in einem Bundestagswahlkampf bestimmt nicht mehr in der Weise sich engagieren können, wie sie es, schon zähneknirschend, im letzten Wahlkampf getan haben.

KONKRET: Am gleichen Tag, als Sie in Hamburg gewählt wurden, wurde in Hessen bei den Kommunalwahlen der SPD die größte Niederlage ihrer Geschichte in diesem Land bereitet. Wie kommt es, daß die SPD Wochen nach der Wahl in Hessen immer noch fast ausschließlich die Wahl von Benneter und deren Folgen diskutiert?

Benneter: Die SPD-Parteiführung hat sich in meiner Wahl ein günstiges Fluchtfeld gesucht, um nicht so eingehend, wie das notwendig wäre, die Folgen dieses Wählereinbruchs diskutieren zu müssen. Ich habe die Befürchtung, daß auch diesmal weniger versucht wird, Lehren aus diesem Wahleinbruch zu ziehen, als sich einen innerparteilichen Sandsack hinzustellen, auf den man eindreschen kann, um die eigenen Versäumnisse zu kaschieren.

KONKRET: Was sind nach Ihrer Einschätzung die Hauptgründe für die Wahlniederlage in Hessen und andere Wahlniederlagen dieser Art?

Benneter: Zum einen, daß die SPD dem Wähler keine Orientierung bietet, wie die gegenwärtigen Krisenerscheinungen dauerhaft gelöst werden können. Zum andern sucht die SPD Erfolge bei mittleren oder rechten Wählern, weil angeblich links der SPD nur 0,5 Prozent und rechts 50 Prozent zu holen seien. Das ist Statistik statt Klassenanalyse. Und drittens war der größte Pluspunkt von Sozialdemokraten, daß sie als Personen integer waren, daß sie also nicht im Geruch von Korruption standen. Und das ist nun nach Helaba, Frankfurter Westend und Flughafen anders geworden.

KONKRET: Was wäre denn, wenn Benneter in diesem Land SPD-Kanzler wäre? Es gibt eine Reihe von Sachzwängen, die man zwar als Jungsozialisten-Vorsitzender, nicht aber als SPD-Kanzler vernachlässigen kann. Es gibt Verpflichtungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, die in Jahrzehnten eingegangen worden sind, gegenüber Unternehmern, auch in konzertierten Aktionen, es gibt Bündnisverpflichtungen, Rüstungsverpflichtungen. Eine Bundeswehr von einer halben Million Mann läßt sich nicht so leicht abrüsten, Geheimdienste und Polizeistreitkräfte lassen sich auch nicht so leicht auf das Maß zurückführen, das sie mal vor dem Baader-Meinhof-Rummel hatten. Ein Kanzler Benneter müßte damit rechnen, daß die

Reaktion, wenn sie merkt, auf was es rausgehen soll, gewalttätig wird. Würde da die Politik, die ein konsequent sozialistischer Kanzler betreiben könnte, nicht sehr der Politik ähneln, die Helmut Schmidt betreibt?

Benneter: Das glaube ich nicht. Sicher müßten längerfristige Verpflichtungen auch von einem konsequent sozialistischen Kanzler eingehalten werden, aber ich glaube, man macht sich was vor und das ist auch eine Alibi-Argumentation, wenn man sagt, daß die Sachzwänge keine Möglichkeit lassen, auch kurzfristig bestimmte Weichenstellungen vorzunehmen. Grade was zum Beispiel die Rüstungsproduktion angeht...

KONKRET: ...da hat der Vorstoß in Richtung Abrüstung, den Herbert Wehner gemacht hat, zu einem großen Aufheulen der gesamten rechten Presse in diesem Land geführt, zu schlimmen Ausfällen, ja zu verbaler Gewalttätigkeit von CSU-Abgeordneten. Wenn er da noch einen Schritt weiterginge, würde ein SPD-Kanzler – angesichts der fast totalen Beherrschung der Medienlandschaften durch die Rechte – das doch nicht überleben.

Benneter: Wenn man weiß, daß es sich hier im Grunde auch um Klassenauseinandersetzungen handelt, dann ist dieser Vorstoß von Herbert Wehner schon ein Vorstoß in die richtige Richtung. Nur darf man es nicht dabei bewenden lassen, so etwas in einem Interview anzudeuten, sondern dann muß man die Klasse, die wir vertreten, nämlich die Arbeitnehmer, dafür mobilisieren und für diese Vorstellungen gewinnen. Denn solche Klassenauseinandersetzungen werden nicht allein im Parlament entschieden, sondern die werden dann auch mit einem Kräftemessen draußen zu einer Entscheidung gebracht werden müssen. Ein konsequent sozialistischer Kanzler müßte jedenfalls nicht nur im Parlament regieren und auf Pressekonferenzen agieren, sondern der müßte auch für seine Vorstellungen mobilisieren und draußen eine Stütze im Kampf gegen die Reaktion und gegen die rechtsorientierte Presse suchen.

KONKRET: Furcht vor der Reaktion und ihrer Stärke ist bei Ihnen nicht sehr ausgeprägt?

Benneter: Man muß natürlich sehen, daß man sich nicht in ein völlig unkalkulierbares Abenteuer stürzt, aber man darf auch nicht die Furcht vor den noch sehr großen Möglichkeiten der Reaktion zum alleinigen Maßstab seines Handelns machen lassen. Denn sonst wird man höchstens den Status quo absichern helfen können und nie aus der Defensive rauskommen.

KONKRET: Wenn Sie vor der Alternative stehen, die SPD zu einer klassenbewußten Partei zu machen, wobei Sie in Kauf nehmen, zumindest vorübergehend Mitglieder und Wähler zu verlieren, oder die SPD weiterregieren und Stimmen sammeln zu lassen, wo sie will, um Schlimmeres zu verhüten – wie würden Sie da votieren?

Benneter: Die Alternative heißt, meines Erachtens, ganz anders: ob man bereit ist, überhaupt die gegenwärtigen Schwierigkeiten als grundlegende Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems zur Kenntnis zu nehmen. Das kann man sowohl in der Opposition als auch in der Regierung. ■

Zupfgeigenhansel

Zupfgeigenhansel singt Volkslieder.
Es dunkelt schon in der Heide.
Mein Vater wird gesucht.
Ich bin ein freier Bauersknecht.
Die bange Nacht. u.a.

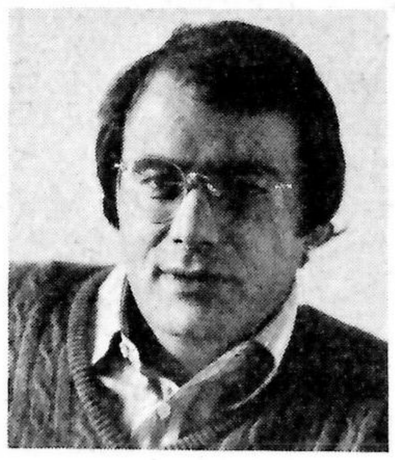
Eine neue Zupfgeigenhansel~LP.
Die zweite.
Überall im Fachhandel
Best.~Nr. L 19 F 902

Titelbild: Gertrude Degenhardt

Volkslieder bei „pläne„

pläne
Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25

GESAMTVERZEICHNIS
anfordern!



Hermann L. Gremliza

Trauer um Buback?

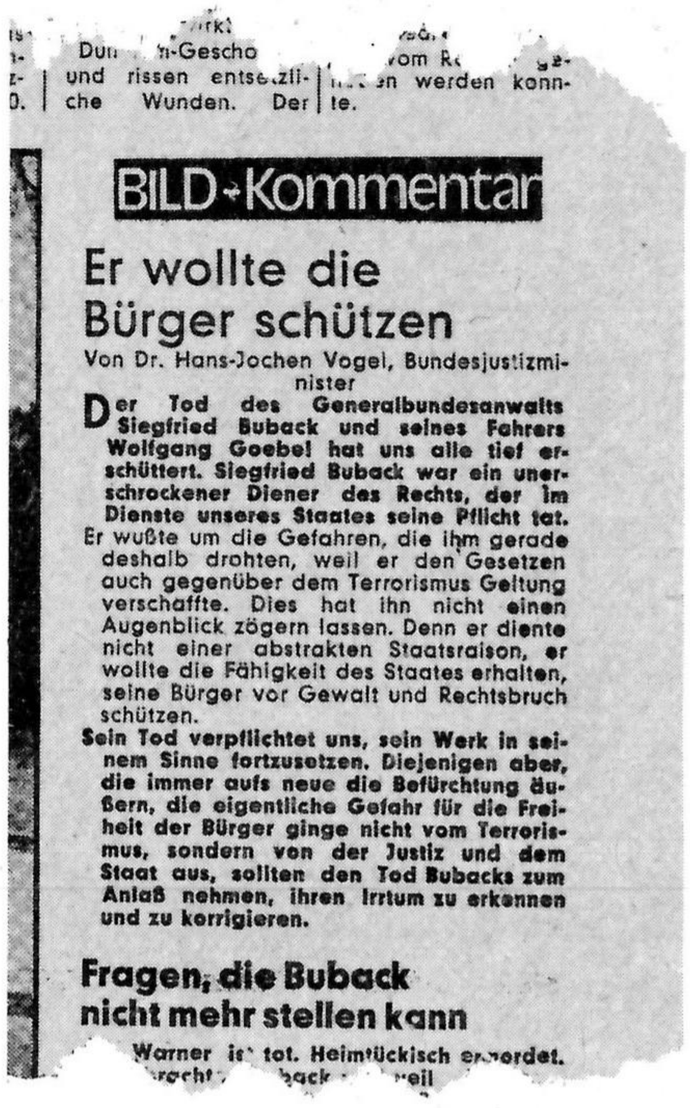


BILD-Kommentar

Er wollte die Bürger schützen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesjustizminister

Der Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und seines Fahrers Wolfgang Goebel hat uns alle tief erschüttert. Siegfried Buback war ein unerschrockener Diener des Rechts, der im Dienste unseres Staates seine Pflicht tat.

Er wußte um die Gefahren, die ihm gerade deshalb drohten, weil er den Gesetzen auch gegenüber dem Terrorismus Geltung verschaffte. Dies hat ihn nicht einen Augenblick zögern lassen. Denn er diente nicht einer abstrakten Staatsraison, er wollte die Fähigkeit des Staates erhalten, seine Bürger vor Gewalt und Rechtsbruch schützen.

Sein Tod verpflichtet uns, sein Werk in seinem Sinne fortzusetzen. Diejenigen aber, die immer aufs neue die Befürchtung äußern, die eigentliche Gefahr für die Freiheit der Bürger ginge nicht vom Terrorismus, sondern von der Justiz und dem Staat aus, sollten den Tod Bubacks zum Anlaß nehmen, ihren Irrtum zu erkennen und zu korrigieren.

Fragen, die Buback nicht mehr stellen kann

Mord gehört zum politischen Handwerkszeug der Reaktion. Sie macht davon Gebrauch, um Revolutionäre wie Rosa Luxemburg oder Che Guevara zu beseitigen. Sie liquidiert aber mitunter auch eigene Leute, deren Ermordung sie anderen anhängt – so starben Diem und Kennedy.

Die Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback paßt in die politische Logik solcher Morde. Wären die Schüsse in Chicago gefallen, hätte man keinen Augenblick gezweifelt. Die hilfswilligen Mörder von Karlsruhe haben wahrscheinlich auf eigene Rechnung gehandelt. Die Bundesrepublik hinkt da den USA immer noch ein Stück hinterher.

Nicht freilich in der kaltschnäuzigen Verwertung des Mordes. Da wird kein Mitleid mehr geübt, da wird nur noch seine Äußerung erpreßt: Wer nicht Trauer zeigt, ist ein Staatsfeind. Es besteht der Verdacht, daß so einer sich auch nach hundert Werbespots noch weigert, das neue Omo zu kaufen. Das ist der Warencharakter, auf den die ursprünglichen menschlichen Empfindungen Liebe und Trauer hieramts heruntergekommen sind.

Ich wünschte, Siegfried Buback wäre nicht ermordet worden. Aber ich weigere mich, ein trauerndes Mitgefühl bei Staatsschutzorganen anzuliefern, die jene Atmosphäre der Gewalt erst geschaffen haben, in der Bubacks gewaltsamer Tod möglich wurde. Der erste Tote hieß Benno Ohnesorg, und Kurras hieß der Schütze, der freigesprochen wurde.

Damals hat die Reaktion gelernt, wie man Terroristen herstellt: Man nehme ein paar empfindsame Bürgerkinder, zerstöre ihren Glauben an Recht, beleidige ihr Gefühl für Gerechtigkeit, lasse sie ein paarmal zusammenschlagen, spreche jeden angezeigten Polizisten frei, verurteile die Geprügelten wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, kriminalisiere das, was man „Umfeld" oder „Sympathisanten-Szene" nennt und blase ein Scharmützel am Rand der Gesellschaft zum Bürgerkrieg auf. Sind die ersten Terroristen fertig, behandele man sie so widerrechtlich, daß „Sympathisanten" entstehen, aus denen sich, siehe oben, wieder sehr brauchbare Terroristen herstellen lassen.

(Ich kenne eine junge Frau, der ein Hamburger Polizist 1967 vor dem Springer-Haus eine Platzwunde quer über den Kopf knüppelte. Noch heute gerät sie bei jeder polizeilichen Verkehrskontrolle in Panik.)

Siegfried Buback war ein Repräsentant dieser Politik, die sich Stunden nach seinem Tod wieder ganz auf der Höhe zeigte: Als über die Stammheimer Häftlinge verschärfte Isolation verhängt wurde. Es gab keinen Schimmer des Verdachts, von einem Beweis nicht zu reden, daß die Häftlinge irgendetwas mit der Karlsruher Tat zu tun hatten. Nicht einmal die verordnende Bundesanwaltschaft behauptete das. Die Haftverschärfung war, was es im Rechtssystem dieses Staates eigentlich gar nicht gibt: ein Racheakt. Und so sollte sie auch verstanden werden, damit sich vielleicht wieder einmal ein paar junge Leute in ihrem Rechtsgefühl treffen und in den „Sympathiesantenkreis" locken lassen, den man braucht, um weiter Bürgerkrieg zu spielen und so aus den zaudernden Bonner Regierungsparteien noch ein paar schlagkräftige Gesetze herauszuzwingen.

Es zeugt von der Cleverness der Akteure, daß sie sich das Lachen verbeißen können, wenn sie die Terroristen zu „der Herausforderung für unseren Staat" befördern. Rund um den Frankfurter Hauptbahnhof werden jede Woche mehr Gewaltverbrechen begangen als von sämtlichen Terroristen der Bundesrepublik in einem Jahr. Aber mit Hilfe einer gewalttätigen rechten und einer sensationsgeilen liberalen Presse gelingt es schließlich doch, das Publikum glauben zu machen, man benötige zum Einfangen einiger Dutzend Ausgeflippter einige tausend weitere Polizisten, einige hundert Panzerfahrzeuge, Maschinengewehre und schwere Munition. Sowie einen Schwung weiterer Notstandsgesetze, die das bislang illegale und deshalb unbequeme Abhören und Anwanzen von hunderten legaler Organisationen und tausender unbescholtener Einzelpersonen erleichtern.

Diese Politik lebt davon, daß die Terroristen nicht aussterben. Anderes hat sie nicht zu fürchten. Schüsse wie die von Karlsruhe machen sie nur stärker. Wer das verhindern will, muß bereit sein, den Damen und Herren Terroristen auch dann das Handwerk zu legen, wenn er verstehen kann, warum sie es geworden sind. Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen. Nichts trifft die Reaktion härter als das Abhandenkommen solcher „Gegner".

In der Bundesrepublik sterben täglich viele Menschen in Ausübung ihres Berufes. Sie werden Opfer einer menschenverachtenden Ausplünderungsgesellschaft, der jedes Stück Arbeitsschutz abgekämpft werden muß. Wir sollten uns vom Kampf gegen diesen programmierten Mord nicht durch ein Staatsbegräbnis für einen toten Staatsanwalt ablenken lassen.

BOA VISTA 4, Zeitschrift für Neue Literatur. Mit Beiträgen von Walter Thielsch · Frederike Frei · Peter Waldheim · Anna Thiele · Nathias Neutert Manfred Hennig · Bernd Gail Cailloux · Daniel Dubbe · Charly Wüllner · Kiev Stingl · Uwe Herms · Ralf Thenior. Edition BOA VISTA, Eulenstr. 72, Hamburg 50, Tel. 040/39 23 25

Feminismus-Diskussion

Ingrid Kolb

Redakteurin der Zeitschrift „Für Sie"

„Die Frauen dürfen so wenig auf die Hilfe der Männer warten, wie die Arbeiter auf die Hilfe der Bourgeoisie warteten."

August Bebel,

Feministinnen gelten den Bürgern als links, und den Linken als bürgerlich. Peter Boehnisch nannte sie in einer BamS-Kolumne „Brockenhexen unter roten Fahnen", „Gewitterziegen" und „Politfurien".

Der Kommunistische Bund Westdeutschland sprach, anläßlich einer 218-Demonstration, bei der die Frauen die Megaphone nicht den Männern überlassen hatten, von „eifersüchtig auf ihre Selbstdarstellung bedachten Weibern", die „ideologisch einen üblen Gestank" verbreitet hätten.

Links gleich rechts? Natürlich nicht. Eher schon: Mann bleibt Mann. Aber lassen wir den politischen Feind, der rechts steht, mal beiseite. Eine Diskussion mit ihm lohnt für Frauen so wenig wie eine Audienz beim Papst. Es stellt sich aber auch die Frage, ob sich ein Gespräch mit linksstehenden Männern und nicht-feministischen, linksstehenden Frauen noch lohnt.

Warum ist es so schwer, sie davon zu überzeugen, daß der Kampf der Frauen um ihre Emanzipation nicht einfach als letzter Waggon an das ohnehin dahinkriechende Züglein gehängt werden kann, das bei uns in Richtung Sozialismus dampft? Wenn sich die Männer mit der Frauenfrage beschäftigen würden, hätten sie die Antwort finden können. Aber sie tun es nicht. Es interessiert sie nicht. Keine Sekunde. Als das Buch „Sexismus" von Marie-Louise Janssen-Jurreit auf den Markt kam, in dem fast alles über dieses Thema nachzulesen ist, rief ein strammer Linker, Autor eines recht brauchbaren Kochbuchs unter anderem, bei uns an, um sich zu wundern: Das sei ja herzlos geschrieben, irgendwie kalt. Ob die Frau denn Kinder habe?

Männer müssen über die Frauenfrage nicht nachdenken. Denn Männer sind in allen Bereichen, die ihr Überleben sichern, von Männern abhängig. Den Männern gelten ihre vitalen Interessen, nicht den Frauen. Dazu kommt, daß ein Filter aus Angst und Vorurteilen ihr Denken blockiert, sobald sie unfreiwillig mit dem Thema konfrontiert werden.

Die italienische Feministin Maria Rosa Dallacosta hat zum Beispiel schon vor rund zehn Jahren bewiesen, daß Hausfrauenarbeit – entgegen der Marx'schen Theorie – sehr wohl produktive Arbeit ist. Dallacosta: „Die Arbeit der Frau im Haus besteht in der Produktion und Reproduktion einer ganz besonderen Ware, der Ware Arbeitskraft."

Marx hat definiert, daß ein Lohnverhältnis nur existieren kann, wenn die Fähigkeit zu arbeiten als verkäufliche Ware behandelt wird. Aber diese Ware ist keine Sache. Die Fähigkeit zu arbeiten, hat nur ein menschliches Wesen, das neun Monate getragen, dann gefüttert, gekleidet und aufgezogen wird. Alles Tätigkeiten, die außerhalb der Familie durchaus „vermarktet" werden können.

Wo bleibt die Bereitschaft der Linken, dieses Thema mit all seinen Konsequenzen einmal auf den Tisch zu bringen? Stattdessen werden wir immer wieder auf die sozialistischen Großwirtschaften, öffentlichen Speiseanstalten, Krippen und Kindergärten nach der Revolution vertröstet. Ganz abgesehen davon, ob solche Einrichtungen eine gute Lösung wären – wie lange sollen wir noch warten?

Es gibt nur „falsche oder richtige" Politik. So steht es im Vorspann zu Hartmut Schulzes Feminismus-Artikel in KONKRET. Ein guter Satz! Feministinnen wissen heute, daß Warten falsch ist, daß so engagierte, kluge Frauen wie Clara Zetkin in der Vergangenheit – weil sie es taten – eine falsche Politik betrieben haben.

Auf dem Internationalen Arbeiterkongreß 1889 in Paris konstatierte Clara Zetkin: „Wie der Arbeiter vom Kapitalismus unterjocht wird, so die Frau vom Mann." Doch sie hat diesen Interessengegensatz zugunsten des Interessengegensatzes Arbeit und Kapital unter den Tisch fallen lassen. Sie glaubte, das könne später wiedergutgemacht werden. Die Frauen, so erklärte sie (in der gleichen Pariser Rede), seien bereit, „an allen Mühen und Opfern des Kampfes teilzunehmen, aber ... auch fest entschlossen, mit gutem Fug und Recht, nach dem Siege die ihnen zukommenden Rechte zu fordern".

Das war eine Verzichtserklärung, wie sie heute von den Frauen wieder verlangt wird. Die Frauen erfüllten damals ihren Teil. Doch während des Umschwungs innerhalb der Partei zugunsten der „Realpolitiker", die über das Parlament an die Macht kommen wollten, landeten die Frauen wieder da, wo sie einmal angefangen hatten.

Der Sozialdemokrat Edmund Fischer bezeichnete entlohnte Frauenarbeit als „wider die Natur" und wollte die Frauen aus „der Bitternis des beruflichen Lebens" an den Herd zurückdirigieren. Clara Zetkin griff ihn scharf an – vergebens. Er bestimmte die Haltung der SPD zur Frauenfrage nach 1914.

Während des ersten Weltkriegs wurden die Frauen dann tüchtig in der Rüstungsindustrie eingespannt – unter Preisgabe aller Schutzbestimmungen –, nach Kriegsende, als die Männer zurückkamen, bedankte sich der Staat mit Massenentlassungen.

Männer waren und blieben die ökonomischen und sexuellen Platzanweiser der Frauen.

Es gibt eine Frage, die nicht intelligenter wird dadurch, daß Linke sie ständig wiederholen: Was hat Gabriele Henkel mit einer Fließbandarbeiterin gemein? Die Antwort schrieb schon 1968 Ulrike Marie Meinhof, der wohl niemand klassenkämpferisches Bewußtsein absprechen wird: „Um die Gleichberechtigung ... zu verhindern, kann auf die Diskriminierung der Frau, aller Frauen, nicht verzichtet werden ... nicht auf die Egalisierung aller Frauen in der Wesensbestimmung als Hausfrau und Mutter." Wie soll denn, so fragte Ulrike Meinhof weiter, „eine Arbeiterin um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen, wenn sie ihre Berufstätigkeit für eine Verfehlung ihrer wahren Bestimmung halten muß?"

Wie die Frau zu sein hat, dieses Bild übernahm die erste deutsche Arbeiterbewegung nahtlos vom Bürgertum. Mit allem, was dazu gehörte: Doppelmoral, Keuschheitsideal, Mutterschaftsideologie. Und daran hat sich bis heute nur wenig geändert.

Seit es die Frauenbewegung gibt, wird sie von der Linken unter Legitimationsdruck gesetzt. Ständig soll sie beweisen, wie „politisch" und wie „links" sie ist. Daß Feministinnen in Brokdorf dabei sind, registriert kein Mensch. Aber daß sie – in der Regel einmal in der Woche – die Tür hinter sich zumachen, das ist „spalterisch", „sektiererisch", „Gettobildung". Wo Papa den Daumen nicht drauf hat, findet Politik nicht statt.

Frauen müssen sich hinter verschlossenen Türen emanzipieren. Leider. Denn sobald sie die Tür auch nur einen Spalt öffnen, latschen die Männer herein und zeigen ihnen, wie man das macht. Frauen emanzipieren sich nicht gegen den Mann. Das ist Unsinn. Aber auch nicht mit ihm. Das ist noch größerer Unsinn. Sondern von ihm!

Und das müssen sie als Frauen tun, nicht als Sozialistinnen oder Kommunistinnen. Und Männer müssen lernen, daß sie darauf als Männer reagieren, nicht als Sozialisten oder Kommunisten. Wenn sie den Frauen anklagend vorwerfen, daß sie „bekämpft" würden, dann steckt dahinter etwas anderes, was ihnen viel mehr zu schaffen macht: Sie werden nicht gebraucht! ■

Sibylle Plogstedt

Redaktionsfrau der Frauenzeitung „Courage"

Es beginnt schon beim Titel: die gebräunt-behaarte Männerhand preßt den braunen Busen nieder – den rechten. Alles unter dem sexistischen Titel: „Feministinnen 77 – schwach auf der Brust". Und dann schreiben drei Männer und eine Alibifrau.

Männerpolitik gebe es für KONKRET nicht. Nur eine richtige und eine falsche. Weibliche Politik sei ein Interessenprodukt von verwirrten Feministinnen und der CSU. Ergebnis: KONKRET-falsche Politik.

Da nimmt der Schulze seinen ihm liebgewordenen linken Chauvinismus zusammen, um die ganze Frauenbewegung auf Hausmannsart in einen Topf zu werfen und zur Emma zu machen. Die Tendenz einiger Feministinnen, sich von der Linken abzugrenzen, sieht er nicht als Ergebnis einer Erfahrung von Frauen, die z.T. selbst jahrelang in einer sich immer mehr dogmatisierenden Linken gearbeitet haben und dort in ihren Forderungen stets zu kurz kamen. Er sieht nicht einmal, daß die meisten sich noch immer als links bezeichnen, auf Demonstrationen singen: „Ohne uns Frauen gibt's keine Revolution".

Wenn Feministinnen sich selbst systemsprengende Wirkung zuschreiben, weiß Schulze: „Da gackern ja die Hähne". Er beginnt dann plötzlich Frau Wex zu verstehen, statt sich als Linkem selbst Fragen zu stellen. Daß eine Frau Henkel nämlich trotz Klassenantagonismus etwas mit ihren Arbeiterinnen gemein hat, konnte August Bebel lange vor Schulze bejahen: „Immerhin haben die feindlichen Schwestern weit mehr als die im Klassenkampf gespaltene Männerwelt eine Reihe Berührungspunkte, in der sie – getrennt marschierend, aber vereint schlagend – den Kampf führen können. Das ist auf allen Gebieten der Fall, auf welchen die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung in Frage kommt." Nachzulesen in KONKRET. Berührungspunkte sind nicht dasselbe Programm. Und die Trennung der „feindlichen Schwestern" von bürgerlicher und autonomer Frauenbewegung gibt es noch heute.

Überhaupt sollte Schulze, dem es ohne Klassenstandpunkt „eben immer kraus" wird, die Geschichte der Arbeiterbewegung genauer studieren. Da heißt es bei ihm, daß gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit eine der ältesten Forderungen der Arbeiter- und Frauenbewegung gewesen sei. Falsch. Eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung war die Abschaffung der Frauenarbeit. 1867 hieß es in einer Resolution des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins: „Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Mißbräuche unseres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen elenden Zustand versetzt wird, indem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch immer hatte... Abhilfe gewährt nur die Beseitigung der Kapitalherrschaft". Hätte Schulze seinen Artikel vor 110 Jahren geschrieben, er hätte so ausgesehen wie diese Resolution. Und die heutige Frauenbewegung hätte – wie damals Luise Otto Peters – seine Position angegriffen: Sie sei „aller Gesittung und Humanität hohnsprechend". Weil die Sozialdemokratie die Forderungen der Frauen nicht aufnahm, kam es zur Spaltung. Nicht umgekehrt. Von Interesse wäre allein die Fragestellung gewesen, ob wir uns heute an einem ähnlichen Punkt der Trennung der Bewegungen befinden.

Auch das Marx-Zitat über die Meßbarkeit gesellschaftlichen Fortschritts an der „gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts – die Häßlichen eingeschlossen" ist bei Schulze falsch interpretiert. Einmal ist Marx hier im Gegensatz zu den unter Lasallschem Einfluß stehenden deutschen Gewerkschaften revolutionär. Und dann läßt sich die Nennung der Häßlichen nicht mit antiautoritärer Paschakritik beiseite schieben. Das haben die Parteischulungsbücher der DDR diesem Zitat bereits seit Jahren angetan, indem sie die Häßlichen strichen. Nicht einmal hier ist Schulze original.

Wenn Schulze Lenin zitiert, wird das Ergebnis nicht besser. Die öffentlichen Speiseanstalten, die „Keime des Kommunismus", gab es in der Sowjetunion in großer Zahl während der Militarisierung der Arbeit von Mann und Frau. Bereits während der Neuen Ökonomischen Politik – ab 1921/22 – kochten die Frauen wieder zu Hause. 1925 schreibt Alexandra Kollontai in ihrer Autobiographie, daß die Lage der Frauen schon wieder zaristischen Zuständen gleiche. Und während der Industrialisierung werden die öffentlichen Speisehallen sogar abgeschafft. Lenins Forderung nach einer Industrialisierung der Hausarbeit wurde bis heute nicht nachgekommen. Peinlich für Schulze, der mit dem Thema Hausarbeit durch den Hinweis auf den Sozialismus so schnell fertig werden will.

Dabei hätte die Hausarbeit – als Kernproblem der Frauenbewegung – wohl einer ausführlicheren Behandlung bedurft. Schulze – aus Angst um seine paar bei KONKRET verdienten Kröten – hat Angst, seiner Freundin für seinen gewaschenen Schlafanzug zahlen zu sollen und schiebt vor, daß sie dann noch abhängiger von ihm würde.

Nur: die Frauenbewegung hat nie gesagt, daß das Geld vom Ehemann kommen soll. Schon jetzt zahlt der Staat Kindergeld und gibt Steuervorteile für Verheiratete. Aber eben meistens dem Mann. Und die Arbeit machen die Frauen. Unbezahlt. Mindestens dieses Geld gehört den Frauen – aber eigentlich mehr. Schulze verbündet sich in der Argumentation gegen Lohn für Hausarbeit ausgerechnet mit Alice Schwarzer, gegen deren folgenlosen Feminismus er sonst zu Felde zieht. Und Alice Schwarzer hat zum Thema Lohn für Hausarbeit gesagt, daß ihr schon schlecht würde, wenn sie diese Forderung höre. Vielleicht setzt sie deshalb Frauenerwerbstätigkeit mit Emanzipation gleich.

Beim Thema Hausarbeit wäre es angemessen gewesen, die unterschiedlichen Strömungen in der Frauenbewegung aufzuzeigen. Schulze dagegen leitet die Differenzen aus eigenen Ängsten ab, zitiert Valerie Solanas, die Gerüchteküche, die der „Arbeiterkampf" über die satirisch-männermordende „Schwarze Botin" verbreitet, über „Mäxchen", den männlichen Fötus in Spiritus. Dabei gelingt ihm ein weiterer Angriff gegen Frauen: Samenbank und Geburt in der Retorte – igitt. Sollen doch die Frauen weiter die Kinder bekommen. Er, Schulze, hat damit nichts zu tun.

Aber er weiß, was wir Frauen tun sollen: Auf in die Fraueninitiative, mit ihnen in die Gewerkschaften (ohne frauenspezifisches Programm, versteht sich) und dazu die Bücher, die einen proletarischen Antifeminismus historisch verschweigen und heute weiter praktizieren. Dabei zeigt sogar der Artikel über die DDR-Frauen, daß den Frauen dort Hausarbeit – nicht Führungsposition – reserviert ist.

Der einzige Artikel, der es wert ist, weiter diskutiert zu werden, blieb für mich der von Günter Amendt, der es der Frauenbewegung als Verdienst anrechnet, daß zum ersten Mal in größerem Umfang Frauen durch die Frauenbewegung ihre Homosexualität leben. Und ich stimme mit ihm überein, daß es keine Forderung sein kann, Lesbianismus als Sexualitätsdogma allen Frauen abzuverlangen. ■

Hartmut Schulze

Autor des Artikels „Feminismus 77"

Diese Erwiderung gilt nicht den anonymen Anruferinnen, nicht den Drohbrief-Schreiberinnen und nicht den freimauernden Panthertanten. Sie alle sind von ihrem Wahn, sie hätten mit ihren Aktionen gegen KONKRET der Frauen-Sache gedient, so wenig zu heilen wie es vor Jahren Leute waren, die den revolutionären Prozeß dadurch beschleunigen wollten, daß sie einem damals linken Zeitschriften Herausgeber ins Bett pinkelten.

Meine Erwiderung gilt einigen der ernsthaften Reaktionen, die mich betroffen gemacht haben. Es war meine Absicht, eine sich entpolitisierende Diskussion über ein wichtiges Thema wieder auf eine politische Ebene zu heben. Und wer da, wie etwa Petra Meister in einem NDR-Kommentar sagt, „Schulze nennt in seinem Artikel mehr oder minder die Frauenbewegung einen kalten Kaffee", der kann meinen Beitrag nicht gelesen haben.

Wahrscheinlich ist Petra Meister in dem gleichen Vorurteil befangen wie Ingrid Kolb: „Feministinnen gelten den Linken als bürgerlich". Eben weil dieses Vorurteil falsch ist, weil die Linken, weil ihr Sprachrohr KONKRET den Kampf der Feministinnen nicht nur für berechtigt, sondern auch für notwendig hält, und weil wir befürchten, daß diese Bewegung in der Tat von bürgerlichen, kleinbürgerlichen Sponti-Frauen (zum letzten Mal:) zur Emma gemacht wird – deshalb das KONKRET-Heft „Feminismus '77 – schwach auf der Brust". Zu unterstellen, wir begrüßten diese Schwäche, das bringt nur böswillige Phantasie zustande. Und nur Bösartigkeit läßt unterstellen, wir hielten die repressive Männerhand auf dieser schwachen Titel-Brust für eine schöne Pose.

Aber auch bei vielen Leserinnen und Lesern, die sich mit dem Artikel sachlich auseinandersetzen, hat er offensichtlich Mißverständnisse ausgelöst. Zum Beispiel bei Ingrid Kolb, die mir unterstellt, ich diffa-

mierte die Selbstorganisation von Frauen als „spalterisch" oder „sektiererisch". Nein, autonome Frauengruppen haben bei der Bewußtwerdung eigener Unterdrückung, bei der Formulierung eigener Bedürfnisse und zur Herausbildung von Solidarität ihre unleugbare Berechtigung.

Und weil ich so etwas als Mann kaum noch schreiben kann, ohne als arroganter Chauvi zu gelten, zitiere ich Clara Zetkin: „Die unpolitische, unsoziale, rückständige Psyche der Mehrheit der Frauen, ihr isolierter Tätigkeitskreis, der gesamte Zuschnitt ihres Lebens, sind Tatsachen. Es wäre töricht, sie nicht zu beachten, absolut töricht! Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen." Mit Sicherheit hat Clara Zetkin hierbei nicht an infantile Hattu-manzi-manzi-Macht-Strategien von frustierten Elbchaussee-Feministinnen gedacht – die uns dann ja auch den Beweis für die Berechtigung unserer Kritik an ihrem Aktionismus buchstäblich frei Haus lieferten.

Clara Zetkin, Rosa Thälmann, Hilde Coppi und natürlich auch die große Alexandra Kollontai, die Sybille Plogstedt ganz verwegen zur Kronzeugin ihres Antisowjetismus machen will, stehen für eine proletarische Frauenbewegung, angesichts derer es schon eine gewaltige Chuzpe ist, von „proletarischem Antifeminismus" zu sprechen. Peinlich wird's, wenn mir Kollegin Plogstedt aufgibt, die Geschichte der Arbeiterbewegung genauer zu studieren – und dann mit einer Resolution des Lasalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die These widerlegen will, die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit sei eine der ältesten der Arbeiterbewegung. Das ist ebenso abwegig wie die Behauptung, die deutsche Arbeiterbewegung sei militaristisch, weil die SPD 1914 die Kriegskredite bewilligt hat.

So knapp wie möglich etwas marxistischer Grundkurs: Mit der Herausbildung des Kapitalismus wird der unfreie Mann zum doppelt freien Lohnarbeiter (frei von Produktionsmitteln bietet er seine Arbeitskraft frei zum Verkauf an) – das gilt aber auch, weil die neue Mechanisierung weniger Körperkräfte verlangt, für die Frau. Halten wir uns eher an Marx als an Plogstedt, ist diese Entwicklung historisch notwendig, somit fortschrittlich im Hinblick auf die Emanzipation der Arbeiterklasse und damit letztlich der Menschheit. Wenn die Organisation des Proletariats in industriellen Zentren die Vorbedingung für seinen Befreiungskampf ist, ist natürlich auch die Frauenarbeit eine „Vorbedingung der Frauenemanzipation" (Clara Zetkin) Frauenarbeit zerstört den alten Familienverband. Die Unterdrückung der Frau durch den Mann wird überlagert von der Unterdrückung der ausgebeuteten Frau durch den (oder die) Ausbeuter(in). Überlagert – nicht abgelöst. Dennoch hat die arbeitende Frau die Chance, durch größere wirtschaftliche Unabhängigkeit auch größere Unabhängigkeit vom Mann zu erlangen.

Wie groß diese Unabhängigkeit ist, hängt dann vom gewerkschaftlichen Kampf der Frauen ab. Sibylle Plogstedts Anmerkung, die Gewerkschaften hätten kein frauenspezifisches Programm, zeigt uns, daß eine Feministin, die als profilierte Sprecherin ihrer Bewegung angesehen wird, über ihr ureigenes Tätigkeitsfeld leider nur sehr unzureichend informiert ist. Da gibt es den Bundesfrauenausschuß des DGB, die Bundesfrauenkonferenzen, das „Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen", da gibt es Frauenarbeit in allen Einzelgewerkschaften, in allen Gewerkschaftsgliederungen. Und wenn diese Arbeit bisher noch nicht effektiv genug ist, dann liegt das nicht nur an männlichen Gewerkschaftsfunktionären, sondern auch daran, daß die Aktionsmöglichkeiten nicht ausreichend genutzt werden. Panthertanten haben hier allerdings so wenig zu suchen wie die leidige Gabriele Henkel.

Ja, Ingrid Kolb, ich wiederhole die Frage noch einmal, ein wenig abgewandelt. Ich frage jetzt nicht, was Gabriele Henkel mit einer Fließbandarbeiterin gemein hat: ich frage, um die Sache klarer zu machen, wovon sich denn Gabriele Henkel eigentlich emanzipieren soll. Von ihrem Gatten etwa? Wenn das unser Streitpunkt sein soll, daß Gaby immer noch unter Konrad liegt, dann muß es uns ja verdammt gutgehen. Haben wir Probleme!

Frau Henkel habe ich übrigens nicht in die KONKRET-Diskussion eingebracht, sondern Alice Schwarzer. Ein besseres Beispiel wäre vielleicht Liselott Linsenhoff gewesen. Die ist in der Tat in ihrem VDO-Werk „ökonomischer Platzanweiser der Frauen" – und das nicht in ihrer Funktion als Mann. Von dieser Sorte gibt's mittlerweile einen ganzen Klub: Die Bundesvereinigung der Unternehmerinnen. Sind die auch dabei, wenn es heißt: „Ohne uns Frauen gibt's keine Revolution"? Der kleine Unterschied ist hier so unerheblich wie die Haarfarbe.

Bebels Wort von den „feindlichen Schwestern" scheint da für erhebliche Verwirrung gesorgt zu haben. Aber Bebel sprach von der Trennung zwischen bürgerlicher und proletarischer (nicht etwa autonomer) Frauenbewegung. Und bürgerlich hieß vor hundert Jahren vor allem: den bürgerlich-revolutionären Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit noch immer verpflichtet. Nur vor diesem Hintergrund erhält Bebels Aufforderung an die bürgerliche Frauenbewegung, an die Citoyennes vom Schlage einer Luise Otto-Peters, Helene Lange oder Bettina von Arnim, sich der Proletarierbewegung Bundesgenossen zu suchen, einen Sinn.

Diese bürgerliche Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts jedoch hat heutzutage kaum eine Entsprechung. Das Bürgertum hat sich unter Verrat aller seiner Ideale zur menschen-(also auch frauen-)verachtenden Klasse der Monopolbourgeoisie entwickelt. Aber auch die proletarische Frauenbewegung ist schwach, so schwach wie die Arbeiterbewegung insgesamt. Als Surrogat finden wir in den siebziger Jahren kleinbürgerliche Eruptionen. Laßt mich noch einmal einen Klassiker anbringen – er konnte es so gut formulieren. Lenin: „Der durch die Schrecken des Kapitalismus „wild gewordene" Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist." Und wie unser Thema zugeschnitten schreibt er von der „Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seiner Unfruchtbarkeit, seiner Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'Mode'-Strömung bis zur 'Tollheit' fortreißen zu lassen".

Hier stehen wir dann in der Tat zu dem „Legitimationsdruck", den uns Ingrid Kolb vorwirft. Denn die Sache, um die es geht, ist zu wichtig, als daß sie von fiebrigen Panthertanten sabotiert werden dürfte – zu wichtig auch für jeden einzelnen politisch denkenden Mann: die Emanzipation der Frau. Nicht einen letzten Frauen-Waggon wollen wir an das dahinkriechende Züglein in Richtung Sozialismus hängen, sondern möglichst eine zweite Lok.

Dennoch wäre es zynisch, die Frauen mit ihren Nöten auf den Sozialismus zu vertrösten. Sollte mein Artikel diesen Eindruck erweckt haben, möchte ich ihn korrigieren und entschuldigen mit der Unmöglichkeit, solch ein komplexes Thema auf fünf KONKRET-Spalten oder auch in dieser Erwiderung befriedigend abzuhandeln. Vor allem ist wohl das zentrale Problem der Hausarbeit zu kurzgekommen. Sicher ist es unbillig, doppelt belastete Frauen mit der sozialistischen Vision einer zur öffentlichen Industrie entwickelten Hauswirtschaft hinzuhalten (wenngleich immer noch realistischer und menschlicher als mit der Golem-Vision einer zur öffentlichen Zucht-Industrie entwickelten Mutterschaft).

Daß Hausarbeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft dient, ist weder von Maria Rosa Dallacosta originell herausgefunden worden, noch widerspricht es der Marx'schen Theorie, wie Ingrid Kolb meint. Im Gegenteil ist dies eine Grundaussage des „Kapital". Verkauft der Arbeit„nehmer" seine Arbeitskraft, erhält er dafür mit seinem Lohn auch das Entgeld für ihre Reproduktion. Kein alleinstehender Arbeiter käme auf die Idee, für seine Hausarbeit von jemand anderem als seinem „Arbeitgeber" Lohn zu verlangen. Eine alleinstehende Arbeiterin auch nicht. Das Problem entsteht erst, wenn die Hausarbeit zu einer entfremdeten wird, wenn die Frau außer für ihre eigene auch noch für die Reproduktion der Arbeitskraft ihres Mannes zu sorgen hat. Durch eine Bezahlung dieser entfremdeten – ob durch den Mann oder durch den Staat – wird das Problem jedoch nicht gelöst, sondern zementiert.

Ein Schritt zur Emanzipation dagegen ist die Aufteilung dieser Arbeit zwischen den Partnern. Ein weiterer ist die Vergrößerung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frau durch Erwerbstätigkeit. Ein dritter ist der solidarische Kampf um menschenwürdige Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und gerechtere Entlohnung. Von Mann und Frau. ■

KONKRET-Serie von Kurt Blüchel (1)

Die Medizin-Mafia

Die Krankheit, vor der sich Bürger dieses Landes am meisten fürchten, ist der Äskulaps: Der Patient wird zunächst ausgenommen, dann mit zweifelhaften Präparaten ausgestopft und schließlich zur Wiederholung der Behandlung weitergereicht. Die Ärzte und Pharmakonzerne werden dabei immer reicher, die Kranken immer ärmer. Wie lange noch?

Der amerikanische Präsident Abraham Lincoln soll einmal gesagt haben, es sei wahr, daß man alle Leute eine zeitlang zum Narren halten könnte, man könne sogar einige Leute für alle Zeiten zum Narren halten, aber nicht alle Leute für alle Zeiten.

Eine wesentlich geringere Meinung von der geistigen Potenz seiner Mitmenschen hat der Präsident des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV), Dr. med. Kaspar Roos, Köln. Er hält die Bevölkerung rundweg für doof: „Ich bin nach wie vor der Meinung, die Goebbels mal artikuliert hat: Es genügt, die gleichen Dummheiten immer wieder zu wiederholen; am Ende sind alle davon überzeugt, daß es richtig ist."

Welche der beiden Seiten, der ehemalige US-Präsident oder Hitlers Propagandaminister – und mit ihm der bundesdeutsche Arztfunktionär –, schätzen die Öffentlichkeit realistischer ein?

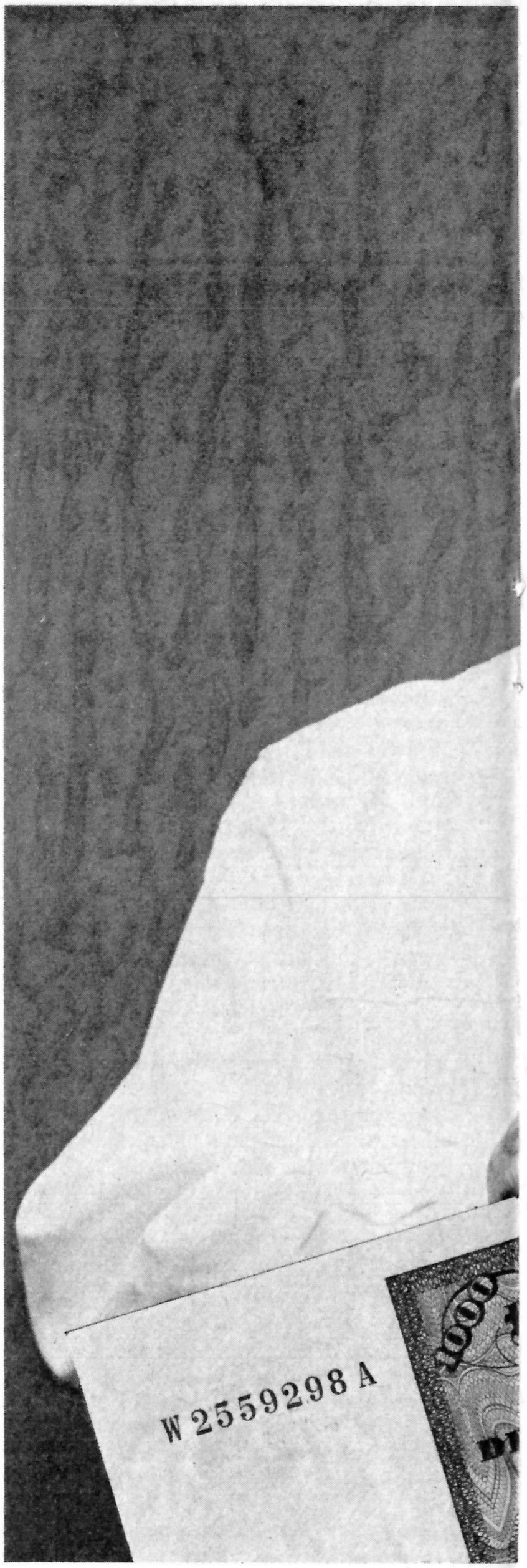
Das Ergebnis einer im März dieses Jahres durchgeführten Repräsentativ-Umfrage hat auf dem Sektor Gesundheitswesen eine gewisse Klarheit gebracht. Bisher haben es nur Papst Paul VI., als er das Pillenverbot erließ, und die Fluglotsen, als sie den Flugverkehr lahmlegten, fertiggebracht, was aufgrund ihrer jahrzehntelangen Verdummungspolitik jetzt auch den „weißen Magiern" gelungen ist: mehr als 90 Prozent der Bevölkerung – der Patienten! – gegen sich aufzubringen.

Was ist passiert? Immerhin rangiert der Arztberuf in der Gunst der öffentlichen Meinung seit Jahren unangefochten an erster Stelle.

Jeder kennt das Märchen von „des Kaisers neuen Kleidern". Darin geht es um zwei Betrüger, die für den Kaiser angeblich die schönsten Kleider der Welt anfertigten, in Wirklichkeit aber nur täuschend mit Schere, Nadel und Faden agierten, ohne irgendetwas „Stoffliches" zustandezubringen. Da sie jedoch erklärten, daß nur derjenige ihre „Meisterwerke" sehen könnte, der die nötige Begabung für sein Amt habe, bewunderte der ganze Hofstaat – um nicht amtsuntüchtig zu erscheinen – die fiktive Pracht, die den splitternackten Kaiser „zierte". Das ging allerdings nur so lange gut, bis ein naives kleines Mädchen den Mund aufmachte und sagte: „Der Kaiser hat ja gar nichts an!" Erst jetzt wurden die beiden Betrüger, die inzwischen goldene Berge eingeheimst hatten, festgenommen.

Im bundesdeutschen „Gesundheits"-Wesen (genauer müßte man eigentlich sagen Krankheitswesen) spielt sich durchaus etwas ähnliches ab. Der fundamentale Unterschied zum Märchen des Hans Christian Andersen besteht lediglich darin, daß die katastrophalen Zustände auf dem Arzt- und Arzneimittelsektor nicht den Stoff für eine unterhaltsame Geschichte, sondern für einen bitterernsten Tatsachenbericht liefern.

Die Entwicklung im deutschen Gesundheitswesen hat heute ein Stadium erreicht, das ohne Dramatik als unerträglich bezeichnet werden darf. Jetzt ist es an der Zeit, Krach zu schlagen. Jetzt heißt es trommeln statt träumen. Denn wenn das Boot, in dem wir sitzen, leck geschlagen ist, kommt es nicht so sehr auf die Stimmlage des Notrufs an, sondern in erster Linie darauf, daß er gehört wird. Den festgefahrenen Meinungen und dem betonierten Berufsethos der Ärzte – von dem der Pharmaproduzenten ganz zu schweigen – ist mit Erbauung ohnehin nicht beizukommen, wenn



eine fühlbare Kurskorrektur angestrebt wird. Ohne radikale Eingriffe ist auf diesem Gebiet nichts mehr zu erreichen.

Die ärztlichen Standesorganisationen und das Gros der Arzneimittelhersteller haben aus dem Tempel der Heilkunst eine Börse gemacht. Die medizinische Fachpresse, die geeignet wäre, den gigantischen Handel zu entlarven, ist machtlos, da sie ohne die Inserate der pharmazeutischen Industrie und das Wohlwollen der ärztlichen Standesfunktionäre nicht bestehen könnten. Es gibt aber auch kein Gesetz, das den Tempelschändern das Handwerk legt, die im Namen des Hippokrates taube Nüsse mit unverständlichen Phantasienamen versehen und, mit märchenhafter Propaganda verbreitet, teuer verkaufen. In fast allen zivilisierten Ländern gibt es strenge Arznei-

mittelgesetze, die plumpe Irreführung der Bevölkerung verhindern – nur in der Bundesrepublik nicht. Immerhin könnte mit einem guten Arzneimittelgesetz erreicht werden, daß die Flut der minderwertigen – wenn nicht gar schädlichen – Medikamente vom Markt verschwindet und die wenigen guten Mittel billiger werden.

Selbst das neue Arzneimittelgesetz, das am 1. Januar 1978 in Kraft treten soll, schützt die Profitinteressen der Pharmaindustrie auf Kosten der Patienten. Es ist eine Karikatur der freien Wirtschaft, wenn 20 Firmen das im wesentlichen gleiche Medikament unter 20 verschiedenen Markennamen, die nach Möglichkeit dem Namen eines anderen sehr geschätzten Medikaments zum Verwechseln ähnlich klingen, vertreiben. Dies ist nicht nur in wissenschaftlichem und finanziellem Sinne eine Verschwendung, sondern auch medizinisch eine Gefahr. Manche Ärzte beklagen sich zwar darüber, daß durch die verwirrende Fülle der Bezeichnungen Unheil angerichtet werden könne; in einer rationellen Gesellschaft aber müßte die Ärzteschaft insgesamt doch einen Weg finden – wenn sie nur wollte –, die Patienten mit reinen, hochwertigen Arzneimitteln zu versorgen, und zwar zu Preisen, die nicht durch Werbetätigkeit rivalisierender Firmen und Produkte maßlos aufgebläht sind.

Zwei simple Beispiele mögen das verdeutlichen: Eine wirkungsvolle Dosis Rizinusöl (10 Gramm) ist in allen Apotheken für 13 Pfennig, aber auch für 2,50 Mark zu haben – je nachdem, ob der Arzt die preiswerte Apothekenabfüllung oder die teuren Rizinus-„Kapseln" eines Pharmaherstellers verschreibt. Gichtkranke haben die Wahl zwischen einer Tagesdosis für 37 Pfennig oder für 1,10 Mark – wenn ihnen ihr Arzt diese Wahl läßt. Ähnlich ist es bei Vitaminpräparaten, Antibabypillen, Schlaftabletten oder Schnupfenmitteln.

Zudem nehmen Millionen Herz- und Lebermittel ein, die nicht helfen. Für die Pflege dieses Marktes – genauer gesagt: zur Verschleierung des tatsächlichen Wertes ihrer Erzeugnisse – bringt die pharmazeutische Industrie in der Bundesrepublik jährlich mehr als eineinhalb Milliarden Mark an Werbungskosten auf: pro Arzt und Jahr mehr als 10 000 Mark. Diese Verschwendung finanzieren die Krankenversicherten. Sie zahlen die Zeche – mit Geld und Gesundheit.

Für 28 500 Mark ließ Frau Katharina Focke, die als Gesundheitsministerin inzwischen das Handtuch warf, den Bundestagsabgeordneten Horst Ehmke ein Gutachten zur Frage erstellen, ob der – inzwischen verabschiedete – Arzneimittelgesetzentwurf mit der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Zur Klärung dieser Frage hätte die Lektüre des Grundgesetzes genügt. Dort steht: Jeder Bundesbürger hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Dieses verbriefte Recht ist im neuen Arzneimittelgesetz – ohnehin nur ein kläglicher Torso des ursprünglichen Entwurfes – weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Trotz aller Gnade, die die Richter im Contergan-Prozeß ganz offensichtlich vor Recht ergehen ließen, betonten sie in ihrem Einstellungsbeschluß: „Dennoch darf die auch jetzt noch bestehende Gefährdung des Arzneimittelverbrauchers nicht gering bewertet werden. Auch heute noch sind Arzneimittelhersteller, insbesondere infolge einer immer noch fehlenden staatlichen Kontrolle, der Versuchung ausgesetzt, wirtschaftliche Gesichtspunkte den berechtigten strafrechtlich geschützten Interessen der Patienten überzuordnen."

Aber nach wie vor bedürfen die Bundesbürger einer Bärennatur; denn nach wie vor dürfen den Menschen hierzulande mit Medikamenten Chemikalien eingeflößt werden, die in anderen Ländern längst verboten sind, weil sie im dringenden Verdacht stehen, die Nieren zu zerstören oder Krebs hervorzurufen. Unsere Gesundheitspolitiker sehen gelassen zu, wie vor allem amerikanische Pharmakonzerne mit dem deutschen Patienten „Meerschweinchen" spielen. Und das nicht nur wegen einer allzu laschen Arzneimittelgesetzgebung. Zufällig ist die Bundesrepublik – wie eine Ende 1975 vorgelegte Studie des Kieler Universitäts-Instituts für Weltwirtschaft belegte – auch das teuerste Pharmaland der Welt. Und es wird immer noch teurer. 1965 waren Medikamente im europäischen Ausland nur um 8,7 Prozent billiger als in der Bundesrepublik, 1975 dagegen schon um 34,3 Prozent.

Kein anderes Land gibt für die Gesundheit seiner Bürger auch nur annähernd soviel Geld aus wie die Bundesrepublik. Deutschlands niedergelassene Ärzte sind die reichsten Mediziner der Welt. Diesen Platz an der Sonne finanzieren vor allem die 53 Millionen Kassenpatienten, die heute schon 12 Prozent ihres Lohnes als Krankenkassenbeitrag abführen müssen. Obwohl noch so manche ärztliche Praxis, so

Kurt Blüchel, Autor der Bücher „Die weißen Magier" und „Das Medizin-Syndikat", hat die Macht der Mafia zu spüren bekommen:

Was Ralph Nader, der Schrecken der amerikanischen Automobilfabrikanten, für die Technik, das scheint der Kölner Publizist Kurt Blüchel für Ärzte und Arzneimittelhersteller in der Bundesrepublik Deutschland zu sein: Ein unablässig bohrender und quängelnder Kritiker all dessen, was sich in Operationssälen und Sprechstundenzimmern, in ärztlichen Standesorganisationen und pharmazeutischen Laboratorien tagtäglich ereignet. Der gebürtige Franke gilt heute als aufsässigster und hartnäckigster Medizinkritiker, obgleich seine Gegner alles tun, um ihm das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Seit Mitte 1974, als sein erster Medizinschocker „Die weißen Magier – Das Milliardengeschäft mit der Krankheit" die Bestsellerlisten eroberte, ist eine beispiellose Prozeßlawine über den Autor hinweggerollt. Indes: er scheint nicht gewillt, aufzugeben. Auch Blüchels jüngstes Werk „Das Medizin-Syndikat", eine radikale Zäsur der ärztlichen Funktionärs-Clique, stieß auf schärfste Ablehnung bei den Betroffenen, aber auch auf begeisterte Zustimmung – nicht nur bei Patienten mit einschlägiger Erfahrung. Packend schildert Blüchel darin die Entwicklung einer Berufsorganisation, die sich in Jahrzehnten ohne jede Kontrolle von außen zu einem undurchsichtigen Machtgebilde deformierte: „150 bis 200 Arztfunktionäre in einer Hierarchie, die mit subtiler Gesinnungsschnüffelei und selbständiger Gerichtsbarkeit jede Kritik in den eigenen Reihen rigoros unterdrückt, bestimmen die Gesundheitspolitik unseres Landes."

Kurt Blüchel, als ehemaliger Chefredakteur einer internationalen Ärztezeitung, Pressesprecher eines großen Ärzteverbandes und eines Pharma-Konzerns profunder Kenner des bundesdeutschen Medizintrusts, hat sich einer Aufgabe angenommen, die bislang von Regierung und Massenmedien noch immer mit vornehmer Zurückhaltung angefaßt wird. Ein Großteil der westdeutschen Laienpresse, die Seiten über Seiten für eine an Primitivität manchmal kaum zu überbietende Berichterstattung verschwendet, hat Blüchels letztes Buch kurzerhand totgeschwiegen. Mehrere Berichte von ARD und ZDF wurden – zum Teil nachdem sie sendefertig produziert waren – nicht gebracht bzw. auf „unbestimmte Zeit verschoben", teils ohne Begründung, teils mit dem Hinweis: der Autor Blüchel und seine Bücher brächten dem Sender nur unnütz Ärger ein.

Um den Autor eines unliebsamen Medizinbuches in Mißkredit zu bringen, wandte Axel Springers „Welt" bereits bei Erscheinen der „Weißen Magier" im Frühjahr 1974 eine Methode an, die selbst von Ärzten als „grob manipulativ" bezeichnet wurde. Blüchels früherer Arbeitgeber, der Kölner Arzneimittelkonzern Dr. Madaus & Co. versuchte gar schon vor Erscheinen des ersten Buches seinen früheren Pressechef Blüchel bei Bertelsmann-Boß Reinhard Mohn als unseriösen Schreiberling zu denunzieren. Als diese „krumme Tour" nicht zum erhofften Ziele führt, attakkierte die pharmazeutische Industrie den Medienriesen Bertelsmann unmittelbar. Ebenfalls noch vor Erscheinen der „Weißen Magier" wandten sich mehrere Pharmahersteller – später auch der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie – an die Geschäftsleitung der Mohnschen „Adressen-Zentrale" in Gütersloh und forderten Satisfaktion für das ihnen durch Blüchel zugefügte Ungemach. Presseberichten zufolge drohten „dem mächtigen Medienkonzern Bertelsmann ... wegen dieses Buches möglicherweise wirtschaftliche Sanktionen" („Kieler Nachrichten" vom 16. 5. 1974). „Das Millionengeschäft jedoch", so der „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 5. April 1974, „das der Bertelsmannverlag mit dem Verkauf von Fachadressen abschließen wollte, haben die zunächst interessierten Arzneimittelfirmen platzen lassen."

Angesichts der schließlich bedrohlich angewachsenen Prozeßkostenrisiken um seine Existenz fürchtend, sah sich Blüchel im Juli 1974 gezwungen, einen von Madaus und einigen anderen Firmen diktierten „Schweigevertrag" zu unterzeichnen, den die 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln im Oktober 1976 mit der Bemerkung kommentierte: „Blüchel ist nicht verpflichtet, den Namen Madaus nie mehr in den Mund zu nehmen – ein allgemeiner Maulkorb und Privatzensur sind nicht möglich." Unter dem Kapitel „Dunkle Vergangenheit, dunkle Gegenwart", in dem Blüchel in seinem Buch „Das Medizin-Syndikat" die Praktiken von Ärzten und Pharmafirmen unter Hitler schildert, dürfe sich der Autor durchaus mit den Vorgängen im Hause seines früheren Arbeitgebers auseinandersetzen. Den Madaus-Leuten war die Sache immerhin fünf Einstweilige Verfügungen mit einem Streitwert von 3 Millionen DM wert. Dafür, daß schließlich insgesamt neuneinhalb Zeilen im „Medizin-Syndikat" per Gerichtsbeschluß geschwärzt bzw. unkenntlich gemacht werden mußten, wurde Blüchel und sein Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, auf 750 000 Mark Schadenersatz verklagt.

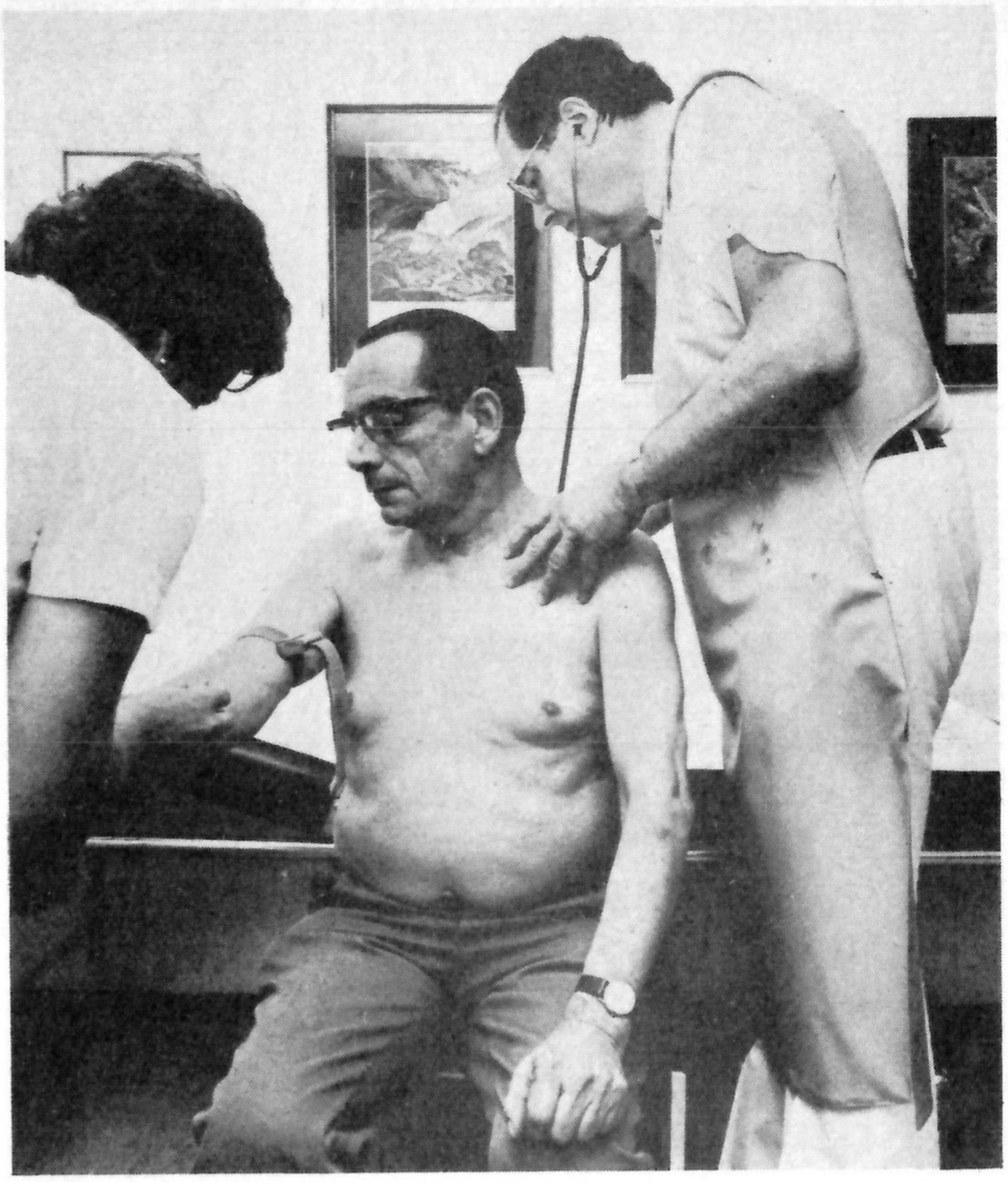
manches Krankenhaus und so manche psychiatrische Klinik bestenfalls einem medizinischen Schmierentheater gleichen, obwohl fast 6 Millionen Menschen in der Bundesrepublik von weniger leben müssen als ihnen vom Sozialamt zustehen würde, wird das Gros der deutschen Ärzte geradezu fürstlich honoriert. Mögen Krisen die Weltwirtschaft schütteln, ein Millionenheer von Arbeitslosen Regierungen ins Wanken bringen, das Geschäft der Ärzte mit der Krankheit blüht und gedeiht. Selbst 1975, also im Jahr des wirtschaftlichen Nullwachstums, konnten die 50 000 Kassenärzte eine Zuwachsrate von 1 Milliarde Mark verbuchen – das waren pro Arzt 20 000 Mark mehr als im Jahr zuvor. Heute übersteigen die Einkünfte eines Durchschnittsarztes die Einkünfte eines Durchschnittshandwerkers um das Neunfache!

Die Sparkommissare von Bund und Ländern kratzen Geld in den letzten Ecken zusammen, damit die Kasse wenigstens einigermaßen stimmt. Nur die Ecke der niedergelassenen Ärzte haben sie bislang sträflich vernachlässigt. Wieviele Millionen – vielleicht sogar Milliarden – dort sinnlos verpulvert werden, wieviele Ärzte zu moralischen Krüppeln degenerieren, die allzu skrupellos nur dem Gewinn statt dem Hippokratischen Eid nachjagen, erhellt aus der Tatsache, daß ein einzelner Arzt innerhalb eines halben Jahres 100 000 Mark zuviel kassierte, und dieser Vorgang von den verantwortlichen Ärztegremien als „völlig normal" bezeichnet wird. Die Finanzpraktiken eines Professor Sewering sind nach eigenem Bekunden keineswegs nur Ausnahme, sondern vielmehr ein publik gewordener Fall ständigen Fehlverhaltens.

Wie Maden im Speck haben die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte während der letzten zehn Jahre in den Krankenkassenmilliarden geschwelgt. Nun sehen sie plötzlich ihr Schlaraffendasein von „dunklen Mächten" bedroht: Ein Gesetz zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen soll u. a. der ärztlichen Honorarorgie ein Ende setzen. Gesundheit erscheint als ein zu hohes Gut, als daß man es einem höchst bedenklichen Erwerbsprinzip und den Ärzten allein überlassen dürfte. Gesundheit kann deshalb in Zukunft wirtschaftlich wie politisch nur als „öffentliches Gut" betrachtet werden, gemäß der Definition des Staates als Sozialstaat, der seine Bürger sozial sichern und vor privatwirtschaftlicher Übervorteilung schützen soll.

Wenn die Fortschritte der Medizin allen zugutekommen sollen, wenn außerdem – wozu uns nicht zuletzt bevölkerungsstatistische Aussichten zwingen – die Gesundheitsvorsorge ausgebaut und effektiver gestaltet werden soll, dann muß die ärztliche Versorgung in jeder Hinsicht rationalisiert werden – sonst enden wir im finanziellen Chaos. Rationalisieren aber heißt vor allem Kontrolle, heißt Zusammenarbeit und Abbau der bestehenden Schranken; und zwar sowohl zwischen ambulanter und stationärer ärztlicher Tätigkeit als auch zwischen freier Praxis und öffentlichem Gesundheitsdienst.

Um das System insgesamt gerechter zu machen, sind wahrscheinlich drastische Beschränkungen der persönlichen Freiheit vor allem der niedergelassenen Ärzteschaft nicht zu umgehen, etwa vergleichbar der allgemeinen Wehrpflicht. In jedem Fall ist die Vorstellung vom Doktor als einem legi-



Ärzte-Funktionär Sewering (r.): Gesundheit darf nicht dem Erwerbsprinzip überlassen bleiben

timen Honorar-Unternehmer, der sein Vermögen mit dem Mißgeschick seiner Patienten macht, altmodisch, abstoßend und zum raschen Verschwinden verurteilt. Es ist – und ähnliches gilt für die pharmazeutische Industrie – nur noch eine Frage der Zeit.

Wo immer bisher Rationalisierung und gerechtere Ordnung im Gesundheitswesen auch nur andeutungsweise versucht wurden, hat sie die frei praktizierende Ärzteschaft erbittert bekämpft. Und meistens mit Erfolg. Wird sie auch diesmal Sieger bleiben? Streikaufrufe sind bereits angekündigt, und in Hannover sowie im Oldenburgischen sperrten die Ärzte aus Protest gegen das Ehrenbergsche Kostendämpfungsgesetz ihre Patienten aus.

Nun hat es irrationale Reaktionen zu allen Zeiten gegeben, wenn die Existenz bestimmter Berufszweige angeblich oder tatsächlich gefährdet schien. Die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts sind dafür ebenso ein Beispiel wie die Fluglotsen des 20. Jahrhunderts. Rücksichtslosigkeit einer gut organisierten Minderheit von „Unersetzlichen" sollte heute allerdings nicht mehr genügen, ein zivilisiertes 60-Millionen-Volk wie das der Bundesrepublik auszunehmen. Die Herrschaft der reichen Nobel-Herren im weißen Kittel muß ein Ende haben. *So* wehrlos, wie das Medizinsyndikat offenbar meint, ist unsere Gesellschaft nun wieder nicht.

Mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren soll nach Vorstellungen des Bundes der Steuerzahler künftig die öffentliche Verschwendung von Steuergeldern bestraft werden. Die Notwendigkeit, die Verschwendung von Krankenversicherungsbeiträgen zu stoppen, scheint angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen mindestens ebenso dringlich. In den USA sind Ärzte-Honorare längst einer strengen Preisbindung unterworfen: 1972, bestimmte die US-Preiskommission, durften Rechnungen höchstens um 2,5 Prozent höher ausfallen als im Jahre 1971 – und das auch nur dann, wenn sich die Steigerung mit erhöhten Behandlungskosten rechtfertigen ließ. Die Flucht in die Zahl der Fälle und technischen Verrichtungen ist – selbst wenn sie tatsächlich erbracht werden – sogar in den Vereinigten Staaten abgeschnitten.

Eine Gemeinschaft, die es versäumt, ihre Gesetzgebung auch den Veränderungen der sozialen Umwelt laufend anzupassen, setzt ihre wirtschaftliche Existenz aufs Spiel. Deshalb werden wir auch mit den jüngst erkannten Problemen der Gefährdung unserer sozialen Sicherheit so lange nicht fertig werden, solange selbst nachgewiesene Ausbeutung kranker Menschen weiterhin lediglich als Bagatelldelikt einer auf Leistung getrimmten Gesellschaft behandelt wird.

Wenn wir unseren mühsam errungenen Lebensstandard nicht eines gar nicht allzu fernen Tages an ein übermächtiges Medizinsyndikat wieder verlieren wollen, brauchen wir so bald wie möglich einen neuen Straftatbestand: das „Verbrechen gegen die soziale Sicherheit". Wir alle müssen umlernen, rasch und gründlich, wenn wir nicht tatenlos mit ansehen wollen, daß man unser Land einem Diktat egoistischer Cliquenwirtschaft unterwirft. Wir müssen endlich anfangen, uns zu wehren. Wer aus Gewinnsucht zur Zerstörung unserer sozialen Sicherheit beiträgt, muß vom Gesetzgeber darüber belehrt werden, daß er sich kriminell gegen die Allgemeinheit vergeht.

Noch dürfen wir Menschen, die das tun, was der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Dr. med. Hans-Joachim Sewering, getan hat, nicht Verbrecher nennen, ohne eine Beleidigungsklage zu riskieren. Wir müßten Herrn Sewering gegen diese Bezeichnung sogar in Schutz nehmen. Noch gibt es kein Gesetz, das unsere Gesellschaft vor solchen Tätern schützt, ein Gesetz zum Schutz vor Sozialverbrechern. Schafft es endlich. ■

problemata

Ursula Apitzsch
Gesellschaftstheorie und Ästhetik bei Georg Lukacs bis 1933
Ln DM 38,–, StA DM 28,–

Hermann Baum
Lucien Goldmann
Marxismus contra vision tragique?
Ln DM 38,–, StA DM 28,–

August Nitschke
Soziale Ordnungen im Spiegel der Märchen
Band 1: Das frühe Europa
Band 2: Stabile Verhaltensweisen der Völker in unserer Zeit
Je Band:
Ln DM 38,–, StA DM 28,–

Friedrich Frommann Verlag
Günther Holzboog GmbH & Co.
Postfach 50 04 60
D-7000 Stuttgart 50

frommann-holzboog

Bücher
Plakate
Schallplatten
Prospekt anfordern
Plakaterie
Schildgasse 19 · 8500 Nürnberg

Bürgerinitiativen: wo, wie?

Wyhl Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv
Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert. Herausgegeben von Nina Gladitz.
Politik 65. 176 Seiten. DM 9.50

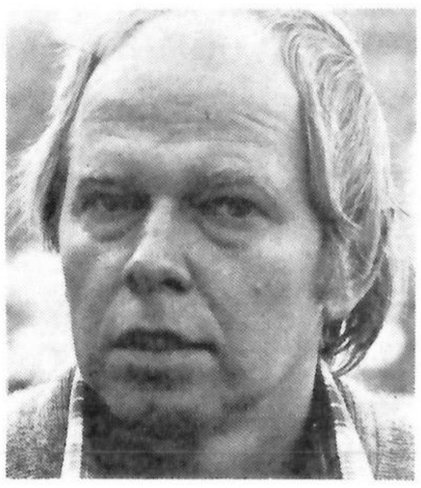
Elsaß Elsaß: Kolonie in Europa. Hrsg. »Jean«
Ein Bericht aus elsässischer Sicht. Lieder, Berichte, Bilder **Politik** 74. 128 Seiten. DM 8.50

Regionalismus
Tintenfisch 10 Thema: Regionalismus
Herausgegeben von Lars Gustafsson. 5 Thesen zum Regionalismus v. Robert Jungk, ein Dossier, zahlr. Bestandsaufnahmen. 128 Seiten. DM 9.80

Wagenbach

Hermann Peter Piwitt

Butter statt Arbeitsplätze!



Arbeitslosigkeit ist menschenverachtend. Aber die Arbeit, die diese Gesellschaftsordnung zu vergeben hat, ist es auch. Wenn Gewerkschafter Arbeitsplätze beim Kernkraft- und Waffenbau der Arbeitslosigkeit vorziehen, wird's pervers

Vor sieben Jahren schrieb ich einmal: „Nach den hierzulande gültigen volkswirtschaftlichen Gesetzen ist ein abstürzender Starfighter-Pilot produktiv: Er ‚schafft' Arbeit."

Das war damals schon nicht sehr originell. Keynes jedenfalls, als er dem Kapitalismus mit einem ironischen Kehraus noch einmal auf die Beine half, war 1936 schon klar genug: Er setzte – beschäftigungspolitisch – auf Erdbeben und Kriege und empfahl den Bau von Pyramiden. „Zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für die Toten, sind doppelt so nützlich wie einer, jedenfalls nützlicher als zwei Eisenbahnen von London nach York", heißt es in der „Allgemeinen Theorie"; und: „Das Graben von Löchern im Erdboden wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das reale Einkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren."

Inzwischen witzelt es aus allen Ecken: Dieter Hildebrandt verlangt im Fernsehen die Wiedereinführung der Todesstrafe: weil sie Arbeitsplätze für Henker schaffe. Horst Stern zitiert das im „Spiegel"; und auch „Pardon" (3/77) blödelt fleißig mit. Dabei gibt es in Westdeutschland unproduktive Arbeit, Arbeits*kraft*vernichtung spätestens seit dem Ende der Wiederaufbauphase. Nur haftete den Rüstungs- und andern arbeitsplatzsichernden Wegwerfgütern immer noch der Schein eines Nutzens an.

Dagegen steht die letzte sozialdemokratische Regierung der BRD heute da, wo die letzten Regierungen Weimars standen, als sie Notstandsarbeiten anordneten. Aber wenn sie wenigstens dazu den Mut hätte, die Regierung Schmidt, nämlich Erde bewegen zu lassen! Zwar würden die Menschen dadurch nicht besser leben, wie Keynes behauptet. Andererseits würden Erdarbeiten auch nicht unbedingt zu einer Verschlechterung des Lebens führen – so wie sie uns von Kernkraftwerken und neuen Betonpisten im Wert von 59 Milliarden bis 1985 blüht.

Hier unterscheidet sich Keynes von seinen Zauberlehrlingen, dem IG Bau-Steine-Erden-Chef Sperner zum Beispiel, der den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen bei einem eventuellen Baustopp für KKWs bejammerte. Pyramiden bauen wäre zwar sinnlos, aber ungefährlich. Was dagegen Sperner verlangt, ist nicht nur sinnlos, sondern gemeingefährlich: Ihm und vielen seiner auf Wachstum versessenen Gewerkschaftskollegen ist es egal, ob Arbeiterfamilien noch längere Wege zu noch verwüsteteren Naherholungsgebieten zurücklegen müssen; ihm ist es gleichgültig, daß zusätzliche Energie aus KKWs Hunderttausende von Arbeitsplätzen in anderen Branchen wegrationalisieren hilft; Klimaveränderung, Strahlungsgefahren, Wärmebelastung von Flüssen? Pfeifendeckel! Hauptsache, Bauarbeiter haben für ein paar Jahre „zu tun". Man tut, als sei Arbeit das Ziel unserer Bedürfnisse und nicht die Güter, die in Massen zur Verfügung stehen – auch ohne Vollbeschäftigung und ohne daß die Kapazitäten ausgelastet sind.

Kürzlich habe ich einen Blick in die Produktionshallen von Beyersdorf/Hamburg werfen können. Es gibt da Sortierarbeiten für Frauen, die in nervenzermürbender Geschwindigkeit von Hand verrichtet werden müssen. Es gibt weiter einfache Maschinen, an denen mehrere Frauen zugleich arbeiten. Und es gibt komplizierte, die lange Arbeitsgänge vollautomatisch verrichten. So eine Maschine kostet ein paar Millionen. Diese Millionen stammen aus dem Erlös für Produkte, die bis dahin von Hand, bzw. an relativ einfachen Fertigungsanlagen hergestellt wurden. Das heißt, die vollautomatische Maschine hätte nicht gebaut werden können, wären die Arbeiterinnen vorher im tatsächlichen Wert ihrer Produkte vergütet worden. Sie besteht also zum größten Teil aus nicht vergüteter Arbeit. Arbeiter und Arbeiterinnen haben damit einen Anspruch auf die Güter, die sie produziert, bzw. auf deren Wert in Geld – auch wenn die Maschine ihre Arbeit überflüssig macht.

Obwohl das so ist, bleiben Gewerkschaftsführer und Politiker fixiert allein auf Arbeitsplätze, sie fragen nach dem „Luxusgut Arbeit", statt nach den Gütern, den Wohnungshalden und Butterbergen, den Weinseen und Rindfleisch-Cimborazzos, die auch ohne Vollbeschäftigung zur Verfügung stehen.

Warum das so ist, wissen wir: Zum einen steht der Widerspruch der Aneigner dagegen, die Güter nach den Bedürfnissen derer zu verteilen, bzw. zu handeln, die als Produzenten Anspruch auf sie haben. Denn dieser Widerstand ist Gesetz im Staat, den die Delegierten der abhängig Arbeitenden mittragen helfen. Also wird die Auseinandersetzung auf den Nebenkriegsschauplatz „Arbeitsplätze" verlegt.

Das ist die Außensteuerung. Sie ist stark; aber sie wäre nicht so übermächtig, käme ihr nicht entgegen die Innensteuerung durch eingefleischte Vorstellungen von Wert und Würde der Arbeit an sich, wie sie schon Marx kritisierte: Es stimmt, daß Marx den Wert der Arbeit wiederentdeckt hat. Aber nicht als Tugend, als erstrebenswertes Gut, sondern als wirtschaftlichen Faktor, ohne den Bodenrente und Kapital (um die es in der traditionellen Nationalökonomie fast allein ging) nicht denkbar waren. Erst mit den Epigonen kehrt ein moralisches, ein bürgerlich-luthe-

Arbeitslose : Der Kampf muß um die Güter gehn!

risches Moment in den Arbeitsbegriff zurück, abzulesen etwa am „Gothaer Programm" der SPD, wo es heißt: „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur." Dazu Marx: „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso die Quelle der Gebrauchswerte wie die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist: der menschlichen Arbeitskraft."

Marx' Kritik (Wolfgang Harich weist in „Kommunismus ohne Wachstum?" darauf hin) ist heute so aktuell wie nie zuvor. Daß die nicht in Dienst genommene Natur – Sonnenlicht, sauerstoffproduzierende Wälder und Algen, Grundwasser und Quellen, Vögel und Bodenbakterien – eine Produktivkraft sein soll, und zwar die größte die wir haben, ist eine Herausforderung an die jahrhundertelang eingeseelten Programme. Zumal seitdem menschliche Arbeit zusätzlich einen Wert bekommen hat durch die, die sie jederzeit knapp machen können: die Besitzer von Boden und Maschinen. Daß auf diesem Hintergrund sozialistische Regierungen, die für alle immer und überall Arbeit vorrätig haben, sich geradezu als Wohltäter fühlen können – das nur am Rande. Jedenfalls findet die „UZ" (Zeitung der DKP) nichts dabei, uns von den glücklichen Dreischicht-Arbeiterinnen im Eichsfeld zu erzählen – so als sei in drei Schichten arbeiten bereits eine menschenwürdige Alternative zur Arbeitslosigkeit. Aber ist sich nicht die staatstragende Öffentlichkeit in Ost und West in diesem Punkt einig?

Bei Rolf Dieter Brinkmann heißt es einmal: „Der Stolz, ein Arbeiter zu sein, ist für den, der arbeitet, eine gräßliche Erfindung." Als ich diesen Satz vor zwei Jahren zum erstenmal las, war ich zornig. Inzwischen verging kaum ein Tag, an dem nicht irgendwie in der Öffentlichkeit das „psychische Elend" derer beklagt wurde, die nicht stolz darauf sein dürfen, Arbeit zu haben, „Arbeiter zu sein". Dieses Elend existiert. Aber es ist darum noch lange nicht vernünftig. Im Gegenteil, es ist so unvernünftig, wie aus dem Fenster springen, weil es im Schrank spukt. Und wer Arbeitslose in ihrem „Recht" auf psychisches Elend noch bestärkt, handelt verantwortungslos. Denn in den bestehenden Industriegesellschaften gab es die wert-volle, menschenwürdige die „unentfremdete" Arbeit bisher nicht, unter deren Fehlen zu leiden sich lohnte. Leiden kann man hier vernünftigerweise nur unter Mangel an Gütern, bzw. an Geld, mit dem sich die in Überfluß vorhandenen Güter kaufen ließen. Trotzdem fragen Gewerkschaftler und Politiker nicht: Was brauchen wir? Sondern: Was schafft Arbeitsplätze? Und den Unternehmern kann das nur recht sein: denn mit dem Argument, daß Arbeitsplätze verloren gehen könnten, ist solche Art von Politik jederzeit erpreßbar. Und noch die menschenfeindlichste Produktion wird gutgeheißen, solange sie Arbeitsplätze sichert. Ob Kernkraftwerke oder Waffen für Krisenherde: „Hauptsache, die Firma hat Aufträge und ich habe Arbeit." So wird sie eingeübt, die Schicksalsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, in der es am Ende keine Parteien mehr gibt, sondern nur noch Deutsche...

Zum Glück wächst gerade bei jungen Arbeitern die Einsicht, daß die Güter, die mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft für alle bereitgestellt werden könnten, erstrebenswerter sind als die Arbeit selbst. So antworteten 1972 bei einer Umfrage von Allensbach auf die Frage: „Glauben Sie, es wäre am schönsten, ohne Arbeit leben zu müssen?", 39 Prozent der unter

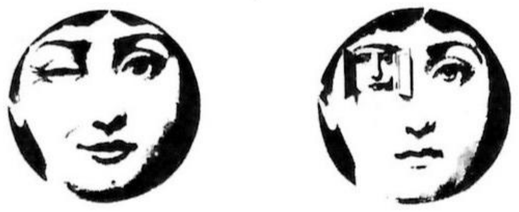
„Warum soll ich bei den vielen Büchern auch noch das KURSBUCH abonnieren?"

Weil das KURSBUCH zuverlässig und nachhaltig wirkt gegen Einbahn-Gehirne, Staub-Lungen, Haltungsschäden, Spezialisten-Würmer, Dogmatismus!

1977 erwartet Sie:

Kursbuch 47: Frauen März

Frauen schreiben über: Emanzipation macht Angst/Unter lauter Männern/ Als Animierdame im Nachtclub/Frauen in Kneipen/Auf der Suche nach der verlorenen Frau/Frauen-Bilder im Aufbruch/vor 300 Jahren: Troubadora und Meisterin/vor 200 Jahren: das schöne Eigentum/Rockerbräute, Treberinnen, Hauptschülerinnen / Oberschülerinnen über sich selbst/Power-Frauen!/Schwester wohin geht die Reise - Skizzen eines wundersamen Aufenthalts



Kursbuch 48: 10 Jahre danach Juni

Zur Geschichte der Neuen Linken/ Dogmatismus, Verdinglichungen, Verhärtungen, Emanzipation als Mode, Marxismus als Konjunktur/Überprüfung linker Begriffe/Spuren der alten Neuen Linken im bürgerlichen Alltag/ Zur politischen Dialektik der Bürgerinitiativen/1976-77: Neue Initiativen - gibt es eine neue Neue Linke?/Warum und wofür engagieren wir uns eigentlich: Sozialismus-Begriff und politische Perspektiven

Und zwei weitere Hefte: 49: „Sinnlichkeiten", 50: „Wozu Gewerkschaften?"

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten - im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto*.

An den Rotbuch/Kursbuch Verlag
Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30
Ich abonniere das Kursbuch ab:

_____

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

_____

_____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach Das kleine Rotbuch zu.

* Neu-Abonnenten erhalten als Morgengabe eine Tüte voll früherer Kursbogen (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z.B. „Der schmale und der breite Weg", „Das Große Hoffmans-Comic-Gesellschafts-Spiel", „Kurzer Lehrgang zur Geschichte der Umwelt", „Fahnenkorrektur".

DEUTSCHE ERSTVERÖFFENTLICHUNG

Karl Marx

DIE GESCHICHTE DER GEHEIM-DIPLOMATIE IM 18. JAHRHUNDERT

ÜBER DEN ASIATISCHEN URSPRUNG DER RUSSISCHEN DESPOTIE

Die Brisanz des Marx-Textes und der darin enthaltenen Problemstellungen liegt darin, daß in der scheinbar spezialisierten Diskussion über die Analyse der russischen Produktionsverhältnisse und Überbauformen die Grundlagen für eine radikale Neuinterpretation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, des Stalinismus – samt seiner ideologischen Zersetzungs- und Abfallprodukte – gelegt werden, die über eine ideologische Position hinausgeht und zu der Frage vorstößt, ob nicht in den russischen Produktionsverhältnissen und ihrer Einbettung in den Weltmarktzusammenhang die Tendenz zu Formen der ökonomischen und politischen Despotie angelegt ist.

✸

Mit einem ausführlichen Kommentar von D.B. Rjasanov:

„Karl Marx über den Ursprung der russischen Vorherrschaft in Europa".

✸ ✸

und einer Einleitung von Bernd Rabehl:

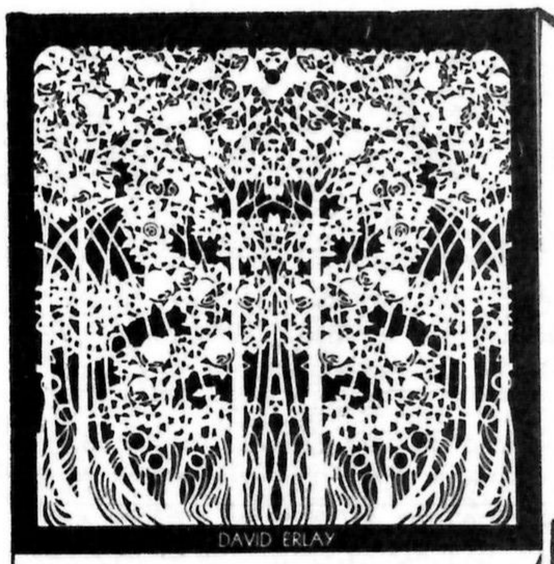
„Die Kontroverse innerhalb des russischen Marxismus über die asiatischen und westlich kapitalistischen Ursprünge von Gesellschaft, Kapitalismus und zaristischem Staat in Rußland".

✸ ✸ ✸

ca. 250 Seiten,
Erscheint im Mai ca. DM 25,--

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE
Eine Auseinandersetzung mit dem Archipel GULag und weitere Beiträge
100 Seiten – DM 7,80

olle&wolter Postfach 4310, 1000 Berlin 30



Verwunschene Gärten Roter Stern
Heinrich Vogeler und seine Zeit
VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS

Wolfgang Bittner (Hg.)
Astel Böll Degenhardt
Drewitz Fried
Halbritter Hannover Kittner
Mechtel Ostermeyer
Parnass Schütt Spoo
Staeck Ulrichs
Volland Wallraff Zahl
Zingerl Zwerenz

Strafjustiz

Ein bundesdeutsches Lesebuch

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS

Verlag Atelier im Bauernhaus, 2802 Fischerhude 9,80 DM 17,60 DM

Dreißigjährigen mit Ja gegenüber 22 Prozent im Jahr 1962.

An solchen Antworten zeigt sich nicht nur, daß die seelische Abrichtung auf die bürgerlich-lutherischen Köstlichkeiten von Mühe und Arbeit nicht mehr funktioniert; sie geben auch eine wachsende Ahnung von dem zu verstehen, was sein könnte: ein kybernetischer Kommunismus zum Beispiel. Ob wir ihn wirklich wünschen sollen, ist etwas anderes. Denn in ihm wären wir zwar einen Haufen Arbeit los. Aber wäre der Fall out einer totalen Automation der Umwelt und dem ökologischen Gleichgewicht überhaupt zuzumuten? Würde er nicht alle jene selbstverständlichen Güter vernichten helfen, nach denen wir heute schon ausgehungert sind? Womit will die Industrie werben für eine Zigarette, die freimacht, wenn sie die letzten Raubvögel ausgerottet hat – und damit eine wesentliche Erinnerung an Freiheit?

Die Werbung zeigt es täglich: der stärkste Motor des Konsums von Industriegütern ist unser Verlangen nach dem Gebrauchswert der Naturgüter. Der „Hunger" der Menschen nach einer frischen Waldwiese, nach einer sauberen Brandung ist so gewaltig, daß sie sich krummarbeiten für Industriegüter, sobald die Werbung dafür die Erinnerung an Waldwiesen und saubere Strände wachruft. „Entfesselung der Produktivkräfte", die dem massenhaften Verlangen nach der Produktivkraft Natur nicht Rechnung trägt, führt in eine Gesellschaft des Grauens. Gleichgültig, ob es dann an Sauerstoff oder nur an Raubvögeln fehlt.

Technologischer Fortschritt, d.h. Produktivitätszuwachs, kann nur *ein* menschenwürdiges Ziel haben: nämlich mehr und mehr Menschen von Arbeit zu befreien und trotzdem die Versorgung mit Gütern für alle zu sichern. Dieses Ziel ist aber bekanntlich nicht immer und überall mit einem besseren Leben vereinbar. Nicht, weil technologischer Fortschritt notgedrungen Arbeits-lose und damit, wie es heißt, Elend schafft. Das tut er nur nach Maßgabe des herrschenden Massenwahns. Sondern weil er immer wieder mit dem Naturhaushalt kollidiert, in dem wir als Wesen unter vielen wirtschaften müssen.

Es kann deshalb nur *einen* Indikator geben dafür, was wo zukünftig von Hand, maschinell oder – arbeitskräftesparend – von „Chips" getan werden soll: das ökologische Gleichgewicht. Mit dessen Funktionieren verträgt sich dann allerdings die weitere Betonierung des Landes sowenig wie der Bau von Kernkraftwerken. Im ersten Fall werden Werte vernichtet, nur damit Menschen etwas „zu tun" haben. Im zweiten wird Sorge um Arbeitsplätze nur vorgeschützt, während man sich um Leben, Gesundheit und Umwelt einen Dreck schert. In beiden Fällen jedenfalls geht es wiederum nicht um Güter (seien sie nun menschlicher Arbeitskraft oder der nicht in Dienst genommenen Natur zu verdanken), sondern um Arbeitsplätze, bzw. um Wirtschaftsimperialismus. Die Bundesrepublik als gigantisches Testgelände für das erhoffte globale Atomgeschäft: Das ist der Traum, an den sich nicht zuletzt große Teile der Arbeiterschaft klammern, getreu dem Grundsatz des alten Joseph Chamberlain: „Democracy wants two things: Imperialism and social reform." Sprich: die einzige Hoffnung, Bedürfnisse zu befriedigen, liegt in der Ausweitung der Zustände, die deren Befriedigung verhindern.

„. . . daß Arbeit ein Wert in sich ist", schrieb kürzlich Peter Bachér in „Hör zu". Bei den Nazis hieß das: „Nur ein Indogermane besteigt einen Berg um seiner selbst willen." Aber auch gedankenvolleren Leuten geht der Irrwitz nicht schwerer über die Zunge: „Die Armen (der Dritten Welt) wollen Arbeit. Keine Kreditalmosen." So Norbert Blüm kürzlich im „Spiegel". Als ob es der Mangel an Arbeit wäre, der sie arm machte; als ob die Armen nicht genug um die Ohren hätten, wenn die Besitzer von Boden und Maschinen in ihren Ländern ihnen nur für sich selbst zu sorgen erlaubten! „Recht auf Arbeit"? Gut und schön. Wichtiger ist zu begreifen, daß jeder ein Recht auf die Güter hat, die gesellschaftlich hergestellt werden, ja, sogar der Jugendliche ohne Lehrstelle! Denn wo ein Unternehmer die Arbeitsleistungen seiner „Mitarbeiter", die er sich angeeignet hat, seinen Kindern vererben kann; müßte da nicht mit größerem Recht ein Schweißer die Arbeitsergebnisse einer von ihm mitgebauten Maschine seinem arbeitslosen Sohn hinterlassen können? Aber solange das Selbstverständliche absurd klingt, werden „Schweinchen-Schlau"-Matthöfer und Stoltenberg mit seinem dreimal gelifteten Grinsen uns weiter erzählen, daß der Verlust von Arbeitsplätzen durch Wachstum nur durch weiteres Wachstum auszugleichen ist; und daß das so und nur so sein kann, so wahr 237 Äpfel und 356 Birnen 593 Pflaumen ergibt. „Fachmann" ist dann, wer Äpfel und Birnen am schnellsten zusammenzählen kann.

In diesem Jahr werden wieder zigtausend Bauarbeiter entlassen werden. Das geht jetzt schon seit Jahren so. Denn, vorausgesetzt, sie wären erschwinglich, gäbe es heute bereits genug neue Wohnungen, um den Bedarf zu decken. Trotzdem hat sich noch kein Politiker und kein Fachmann im Land darüber Gedanken gemacht, was wir eigentlich produzieren wollen, wenn den meisten Menschen hier alles zur Verfügung stünde, was sie brauchen. Müßten demnach Millionen als Arbeitslose Entbehrungen in Kauf nehmen, weil ihnen das Einkommen fehlt, die Güter zu kaufen?

Der Ausweg heißt nach wie vor: Wirtschaftsimperialismus. Oder wie Wilhelm Liebknecht es nannte: „Export der sozialen Frage". Tatsächlich leben wir mit den von uns über die Terms of Trade zur Ader gelassenen Völkern der Dritten Welt bereits wie unsere Eltern mit Auschwitz. Die Terms of Trade gleichen denen der Westzonen nach dem II. Weltkrieg, als ein Bauer für zwei Pfund Butter ein Chippendale-Zimmer eintauschen konnte. Und am Horizont sichtbar wird eine Komplizenschaft zwischen Arbeit und Kapital nach US-Vorbild, die den westdeutschen Arbeitsplatzbesitzern gestatten, sich im Urlaub zu den fernsten billigen Ecken der Welt karren zu lassen, um dort „imperial race" zu mimen, während sich die Arbeitslosen in verwüsteten Naherholungsgebieten in ihrem „psychischen Elend" selbst zerfleischen dürfen...

Dieser Zustand kann dauern. Wie lange? Bis die soziale Frage, zur deutschen Frage geworden, wieder einmal von außen gelöst werden muß. ■

Radikalauer von Winfried Thomsen

Die SPD kann man am besten auf Ultrakurzwilly empfangen.

Gibt es noch ein Gorleben nach dem Tode?

Das Risiko des Reaktorunfalles ist ungefähr so groß, wie die Chance im Lotto zu gewinnen. Und haben Sie vielleicht schon mal im Lotto gewonnen?

Maihofer hat lange Beine, und Sewering kurze Finger. Oder?

Die SPD schmückt sich mit Federn, die sie ihrem linken Flügel gerupft hat.

Stimmt es, daß in Washington eine Vance Außenminister ist?

Das Bundesinnenministerium hat einige Einbrecher neu eingestellt und auf das Grundgesetz vereidigt.

Der Bewerber gab zu, einen übergesetzlichen Durst gehabt zu haben und deshalb in das Lokal eingebrochen zu sein. Er wurde in den öffentlichen Dienst eingestellt.

Wer im Gefängnis abhört, verhindert Selbstmorde.

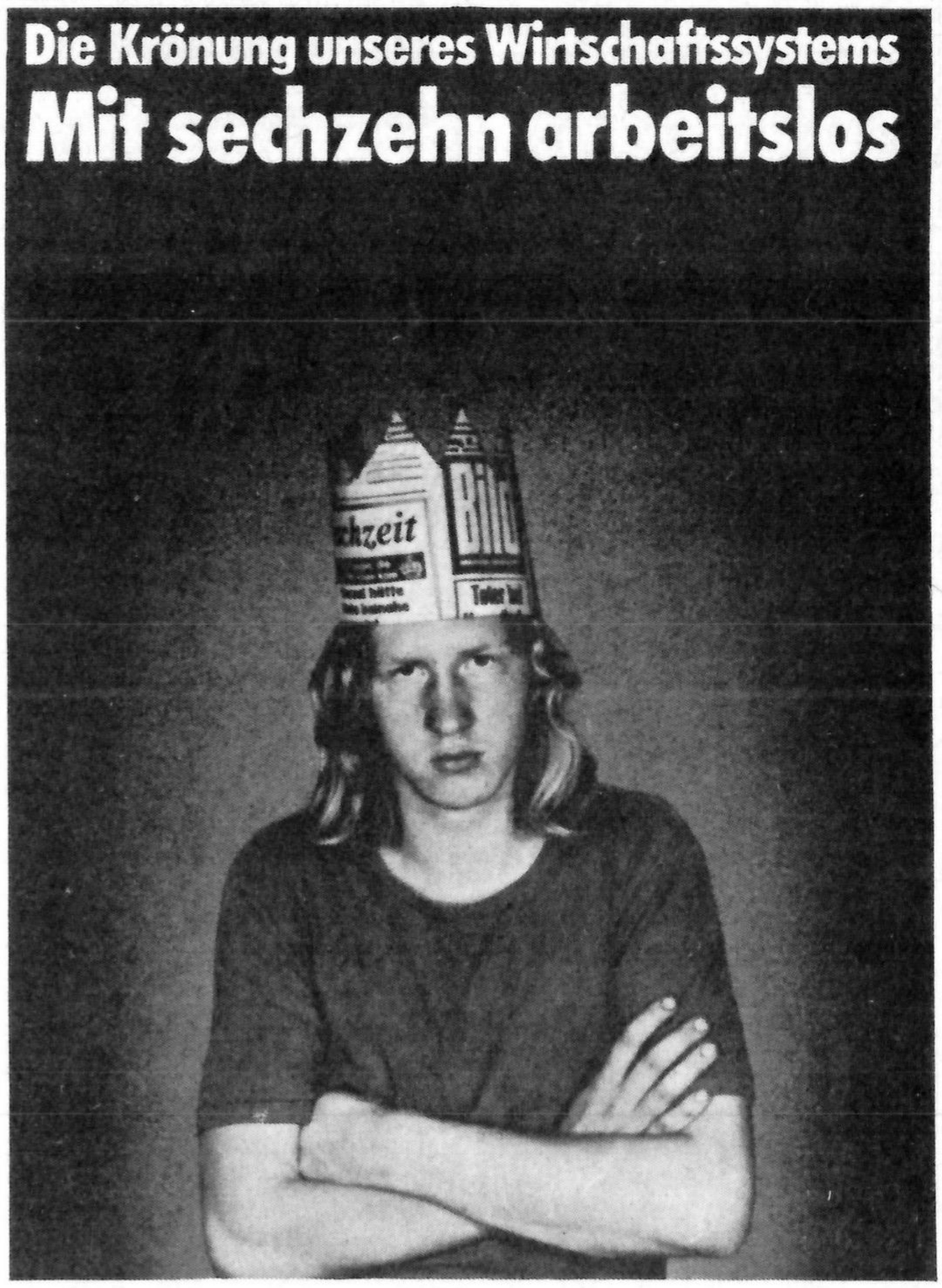
Helmut Schmidt sucht einen Entsorgungspark für die Ergebnisse sozialliberaler Politik.

Kleine Anfrage: Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein ehemaliger Extremist Industrieverbands-Präsident ist?

Ernst Albrecht strahlt noch 24 000 Jahre.

Helmut Schmidt backt nur noch ganz kleine Arbeitsplätzchen.

Plakat von Klaus Staeck



Eine schöne Wirtschaft

KONKRET bemüht sich, eine zentrale Aussage des bundesdeutschen Unternehmer-Präsidenten zu belegen

Otto Wolff von Amerongen, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, bei einer Rede in Paderborn: „Höhere Konsumkraft garantiert keineswegs höhere Investitionen, aber höhere Investitionen garantieren höheren Konsum." Also: Wenn investiert wird (und das geht laut Wolff nur bei „maßvoller Lohnpolitik" = Reallohn-Stopp), wird mehr produziert, also mehr konsumiert. Da man, wenn man mehr konsumieren soll, mehr Geld braucht, kann sich Wolffs These nicht auf Lohnempfänger, sondern nur auf Unternehmer, Lottogewinner, Erben und Diebe beziehen. Die Einkünfte der letztgenannten sind volkswirtschaftlich schlecht steuerbar. Bleiben die Unternehmer. Höhere Investitionen garantieren höheren Konsum der Unternehmer. Richtig, Wolff.

Die Praxis von Industrie und Handel bestätigt die Theorie ihres Präsidenten. 82 Prozent aller vom ifo-Institut befragten Firmenleitungen gaben Personalkosten-Senkungen als Hauptmotiv von Investitionen an. Eine Umfrage der Commerz-Bank ergab, daß jedes zweite bundesdeutsche Unternehmen gegenwärtig weitere Entlassungen plant.

Hoechst-Werte Arbeitslosigkeit

Der von der Bundesanstalt für (?) Arbeit errechnete Jahresdurchschnitt einer künftigen Arbeitslosenquote von 1,5 Millionen dürfte also reichlich knapp kalkuliert sein. Das sind ihre Zahlen ja heute schon. Zu den gegenwärtig offiziell gemeldeten 1,2 Millionen Arbeitslosen kommen nach Angaben der IG Metall 300 000 nicht mitgezählte Arbeiter, die an Umschulungskursen teilnehmen und weitere 600 000 nicht registrierte Erwerbslose. Ganz zu schweigen von den nach Hause geschickten Gastarbeitern. Noch in diesem Jahr, so der DGB, werden 372 000 Arbeitsplätze verschwinden. Am stärksten werden die Angestellten betroffen sein: In den nächsten fünf Jahren werden die Arbeitsplätze von zwei Millionen Angestellten wegrationalisiert.

Die Tendenz ist halbweltweit: Die Dresdner Bank legte kürzlich eine Untersuchung vor, nach der in den entwickelten kapitalistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt mehr als 220 Millionen Menschen ohne Arbeit sind – 18 Millionen in Westeuropa, USA und Japan, davon sind 40 Prozent jünger als 25 Jahre. Der Bankbericht: „In den letzten Jahren erreichte die Arbeitslosigkeit ein Ausmaß, wie es die Industrienationen seit 40 Jahren und die Entwicklungsländer in ihrer ganzen neueren Geschichte noch nicht erlebt hatten."

Hoechst-Werte Profit

Am gleichen Tag, an dem die Dresdner Bank diese Untersuchung veröffentlichte, kündigte sie für ihre Aktionärsversammlung am 5. Mai den Vorschlag einer 20prozentigen Dividenden-Erhöhung an. 20 Prozent bekommen auch die Aktionäre der Bayerischen Vereinsbank und der Kundenkreditbank. Deren Couponschneider kriegen außerdem noch einen 5prozentigen „Jubiläumsbonus".

Reibach überall: Die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung analysierte die Erträge von 140 „börsenorientierten" Unternehmen. Durchschnittlich stiegen ihre Erträge 1976 um 25 Prozent. Nach den jetzt vorliegenden Geschäftsberichten gehören zu den Spitzengewinnern des Vorjahres die Farbwerke Hoechst und der Medien-Multi Bertelsmann. Hoechst steigerte seinen Gewinn um mehr als 40 Prozent auf 786 Millionen Mark (bei einem Weltumsatz von 23,2 Milliarden Mark – auch dies ein Hoechst-Wert). Bertelsmann (Umsatz: 2,4 Milliarden Mark, geplant für 1977: 2,9 Milliarden) hat 1976 einen Überschuß von 55 Millionen Mark gemacht. Die Degussa steigerte ihren Profit im Krisenjahr 1975/76 gar um 70 Prozent auf 102 Millionen Mark. Und Bayer um fast 50 Prozent. Noch ein paar Zahlen aus dem Bayer-Geschäftsbericht: Der Chemie-Konzern erhöhte 1976 seinen Umsatz um 21,4 Prozent auf 9,65 Milliarden Mark. Als Gewinn vor Steuern, der den Aktionären eine Dividende von 17 Prozent sichert, weist Bayer 867 Millionen Mark aus. Die

Abschreibungssumme von 648 Millionen Mark, die Investitionen von 633 Millionen und die Aufstockung des Grundkapitals um 220 Millionen Mark hinzugerechnet, ergibt die Summe von 2,368 Milliarden Mark. Jeder der 64 336 Beschäftigten erwirtschafteten damit – Löhne und Gehälter abgerechnet – 36 886 Mark. Diese Zahl steht nicht im Geschäftsbericht.

Und wie wird's in diesem Jahr aussehen? Die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung erwartet, daß die Unternehmergewinne insgesamt das Niveau von 1976 „wiederum erreichen oder sogar leicht darüber liegen". Die Gewinnentwicklung werde 1977 „weiterhin durch Rationalisierung und Export' bestimmt.

Export wohl auch von Arbeitsplätzen. Bayer will zum Beispiel in den nächsten fünf Jahren 1,2 Milliarden Mark in den USA investieren. Vor allem aber steigen die Investitionen in den Billiglohn-Ländern. Neuester Hit: Tunesien. 5000 Arbeitsplätze wurden in den letzten Jahren aus der Bundesrepublik dorthin verlagert. Zwei Drittel davon aus der Textil-Industrie. In dieser Branche wurden bei uns allein im letzten Jahr 10 000 Arbeitsplätze vernichtet. Eine gelernte Näherin verdient in Tunesien 1,30 Mark in der Stunde. So weiß das „Handelsblatt" auch, daß das „niedrige tunesische Lohnniveau" für BRD-Investoren die „Hauptattraktion" ist.

Ziemlich deprimierend, diese Depression. Und wo bleibt das Positive? Vielleicht hier: Am 31. 12. 1976 hatte der DGB einen neuen Mitglieder-Rekord vorzuweisen: 7 400 021 organisierte Arbeiter und Angestellte. Macht was draus!

Per saldo mortale

Nach Brüsewitz hat's ziemlich lange keinen Selbstmord aus politischen Gründen mehr gegeben. Oder doch? Nehmen wir den Polizei-Bericht von München und Oberbayern von einem einzigen Wochenende im März:

● Die 29jährige Kellnerin Christa Schroll springt aus dem 15. Stockwerk eines Münchner Hochhauses. Sie ist sofort tot. Am Tag zuvor wurde ihr von ihrem Arbeitgeber, den „Warsteiner Stuben", fristlos gekündigt, weil sie eine Krankmeldung nicht rechtzeitig eingereicht hatte.

● In Weilheim glaubt ein erkrankter Kraftfahrer seinen Arbeitsplatz nicht halten zu können und vergiftet sich mit Auspuffgasen seines Wagens.

● Auf die gleiche Art nimmt sich ein 32jähriger Tankwart aus München das Leben, weil er gesellschaftliche Isolierung und Ignoranz nicht mehr ertragen konnte.

● In Glonn bei München erhängt sich ein 20jähriger Schüler. Wegen einer 4 in Mathematik fürchtete er um seinen Notendurchschnitt. Er sollte Medizin studieren, um die elterliche Praxis übernehmen zu können.

● In Dachau stürzt sich ein 20jähriger Arbeiter vom Balkon eines Hauses. Nach Abschluß einer Facharbeiterlehre fand er keine Arbeitsstelle. Der stellvertretende Polizeichef von Dachau meint auf Befragen: „Das ist doch für uns alltäglich."

Für Kurt Tucholsky war unsre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung „per saldo mortale". Das ist sie auch für die, die Arbeit haben: Alle zwei Stunden stirbt ein Arbeiter nach einem Arbeitsunfall. Leichtere Arbeitsunfälle passieren alle 13 Sekunden. Von den gesetzlich vorgeschriebenen 80 000 Sicherheitsfachleuten gibt es nur 13 000.

Gute Hoffnung am Kap

Ja, ja, die Bundesregierung ist gegen die Apartheid-Politik des südafrikanischen Vorster-Regimes. Aber das muß ja den Bonner Botschafter in Johannesburg nicht gleich davon abhalten, gemeinsam mit dem südafrikanischen Wirtschaftsminister auf einer Veranstaltung des „Bildungswerks der Essener Wirtschaft" über Auslandsinvestitionen zu verhandeln. Begrüßt von Botschafter Eick fuhren im März 35 Bildungswerker, Unternehmer und Funktionäre der Industrie- und Handelskammer Essen, ans Kap der Guten Hoffnung auf Extraprofite. Für die Antiapartheid-Bewegung in der BRD „ein krimineller Versuch der Vorbereitung wirtschaftlicher Ausbeutung und der Verletzung von Menschenrechten".

Atomkraft? Ja, bitte

30 000 Unterschriften von KKW-Befürwortern wurden am 22. März Bundeskanzler Schmidt von Betriebsratsvorsitzenden verschiedener Energie-Unternehmen übergeben. Gesammelt wurden sie meist von den Betriebsräten oder Arbeitsdirektoren selbst. Denn wer möchte nicht gern Betriebsrat bleiben, wenn er's einmal ist. Bei „Interatom" jedoch, mittlerweile durch Gesinnungs-Kündigung bundesweit bekannt, weigerte sich ein Betriebsrat, sich für die Unter(nehmer)schriften-Aktion einspannen zu lassen. Am Schwarzen Brett des Betriebsrats hängte er folgenden Kommentar aus:

„Ungewohntes geschieht. Am Arbeitsplatz tauchen Mitglieder des Betriebsrates auf und fragen – nein, nicht ob man mit Arbeit und Arbeitsplatz zufrieden ist und was man gern geändert sähe – sondern ob man nicht durch Unterschrift einen Aufruf unterstützen will, in dem allerlei Positives zum steigenden Energieumsatz allgemein und zur Kernenergie im besonderen gesagt wird.

Nicht gegen den Inhalt des Aufrufs wird hier polemisiert. In aller Schärfe jedoch verurteile ich die Art, in der diese Aktion durchgeführt wird. Die vor einiger Zeit von Mitgliedern des Deutschen Atomforums aus ähnlicher Motivation heraus durchgeführte Unterschriftenaktion war dagegen ein Musterbeispiel demokratischer Gesinnung.

Hat man sich eigentlich überlegt, welche Lawine man hier losgetreten hat?

– War man sich nicht im klaren, daß hier der erste Schritt in Richtung Gesinnungsschnüffelei getan wird, ein Schritt, den zu tun sich die Geschäftsleitung aus naheliegenden Gründen gescheut hat?

– Hat man nicht gesehen, daß der Zwang zur auch für Vorgesetzte und Kollegen erkennbaren Entscheidung die, welche aus durchaus achtbaren Gründen nicht unterschreiben wollen, aus der gern zitierten Solidarität ausstoßen kann?

– Was ist das für eine Politik, welche die in der letzten Betriebsversammlung selbst aufgestellte Forderung auf das Recht, ja die Notwendigkeit offener Diskussion zum Für und Wider der Kernenergie als hohles Pathos erkennen läßt?

– Wie will man verhindern, daß Mitarbeiter, die nicht unterschreiben wollten, Nachteile hinnehmen müssen, bis hin zu der Aufforderung, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen?

Nochmal, nicht gegen den Inhalt des Aufrufs richtet sich dieser Kommentar. Aber ein Verfahren, welches in einer solch kontroversen Thematik die Mitarbeiter regelrecht unter Druck setzt, eine ganz bestimmte Meinung zu haben und auch zu äußern, konnte von mir nicht unwidersprochen hingenommen werden."

Wenige Tage später wurde der Betriebsrat seines Amtes enthoben. Begründung: „Mit diesem Papier wird gezielt eine Diffamierung der Betriebsratsmitglieder gegenüber der Belegschaft betrieben, sowie eine nicht gerechtfertigte Ausnutzung des BR-Mandats vorgenommen."

Knüppel für Gegner, Audienz für Befürworter: Helmut Schmidt nimmt KKW-Ja-Unterschriften entgegen

KONKRET berichtete

● über die Haftentlassung des Nazi-Verbrechers Rosenbaum (KONKRET 2/77, Peggy Parnass: Auge um Auge?). Dem presserechtlich Verantwortlichen des „Arbeiterkampf" (Zeitung des Kommunistischen Bundes), Kai Ehlers, wurde jetzt vom Hamburger Landgericht unter Androhung einer Ordnungshaft von bis zu zwei Jahren und eines Ordnungsgeldes von bis zu 500 000 Mark verboten, „Plakate, auf denen die Anschrift des Antragstellers (Rosenbaum) im Zusammenhang mit seinen Straftaten und/oder der darauf ergangenen

Verbotenes Rosenbaum-Plakat

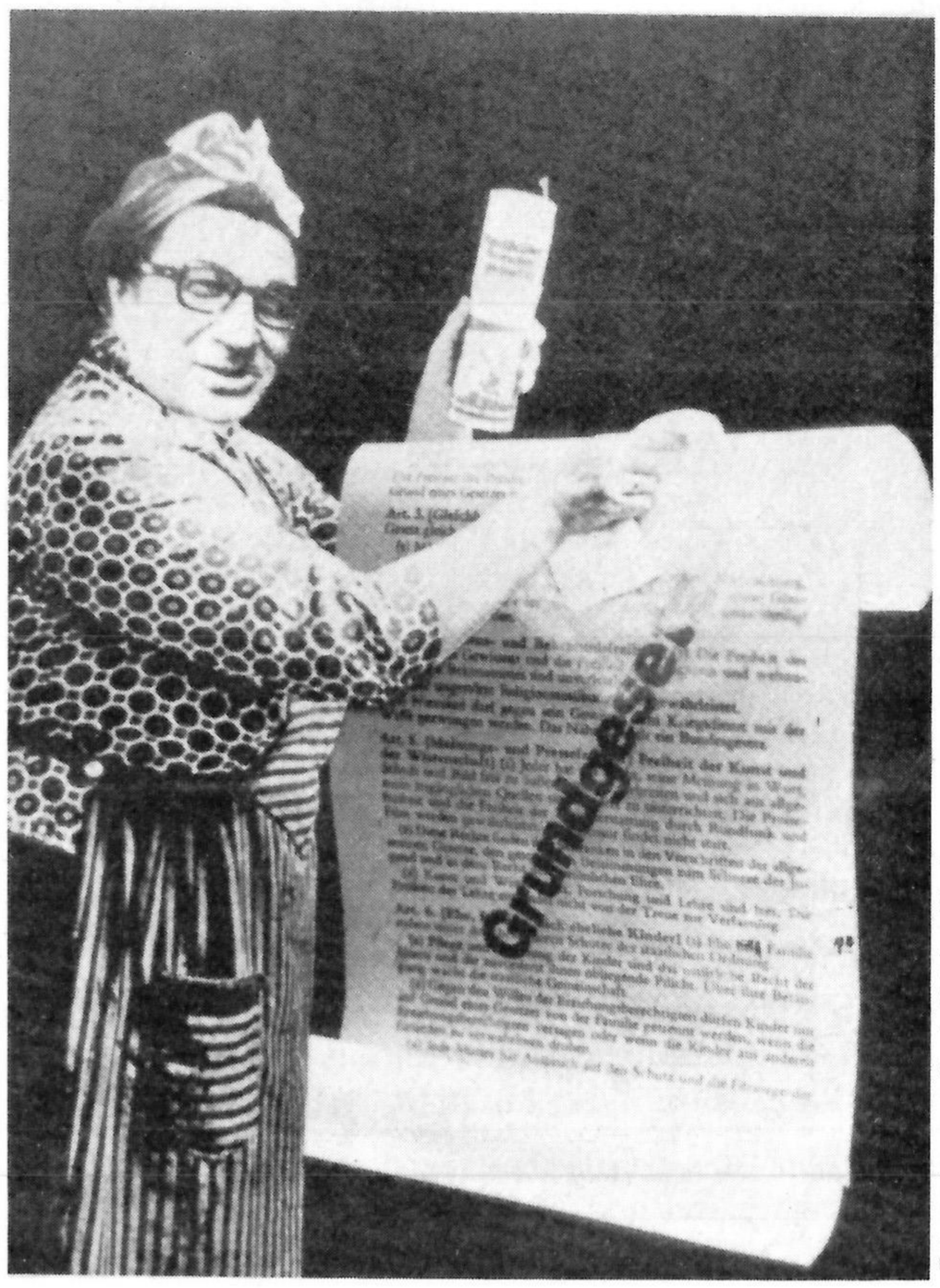
Verurteilung genannt ist, zu veröffentlichen". Außerdem wurde ihm auferlegt, solche „Plakate, die in Hamburg insbesondere an Häuserwänden und Telefonverteilerkästen angebracht sind, umgehend zu entfernen". Rosenbaum wurde 1961 wegen Mordes in 148 Fällen zu lebenslanger Haft verurteilt, vor einigen Wochen jedoch auf freien Fuß gesetzt.

● über die Bevorzugung von Prominenten-Kindern bei der Studienplatzvergabe in Bayern (KONKRET 2/76). In mehrmonatiger Arbeit untersuchte eine Kommission des Bayerischen Landtags 160 Fälle und kam zu dem Ergebnis, daß bei der Hälfte der Bewerbungen „einschlägige Bestimmungen nicht beachtet wurden". Vor allem, so drei der Kommissionsmitglieder, sei „die erstaunliche Tendenz aufgefallen, daß ärztliche Gutachten für Kinder von Ärzten nicht nur mit sichtlichem Wohlwollen und mit großzügiger Überschreitung des rein ärztlichen Bereichs formuliert waren, sondern von einigen Universitäten auch mit der gleichen Wohlgefälligkeit aufgenommen und gewertet worden sind."

● über die Weigerung der damals noch sozialdemokratischen Landesregierung von Niedersachsen, die Universität Oldenburg nach Carl von Ossietzky zu benennen (KONKRET 8/75). Gegen den Willen aller Hochschulgremien entfernte im Sommer 1975 ein Arbeitskommando unter Polizeischutz den Namen des Friedensnobelpreisträgers vom Universitätsgebäude. Dabei kam es zu Übergriffen der Beamten gegen Studenten und Angehörige des Lehrkörpers. Einer der Geprügelten, der Lehrerstudent Wilfried Krallmann, wurde jetzt vor Gericht gestellt und wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu 375 Mark Geldstrafe verurteilt. Und wahrscheinlich zu Arbeitslosigkeit. Denn mit diesem Urteil hat der heutige Lehramtsreferendar Krallmann einen Vorstrafen-Vermerk in seiner Personalakte.

● über „Tod in Spraydosen", die Gefahr, daß wir uns nicht nur Schweißgeruch weg-, sondern auch Krebs, Genveränderungen oder gar eine globale Öko-Katastrophe herbeisprühen (KONKRET 12/76). Seit dem 1. März sind im US-Staat Oregon sämtliche Sprays mit Ozon zerstörendem Fluorkohlenwasserstoff verboten. Die Washingtoner Umweltschutzbehörde bereitet ein Verbot für die gesamten USA vor: Produktionsstopp ab 15. Oktober 1978, Abfüllverbot ab 15. Februar 1979 und Verkaufsverbot ab 15. April 1979. Die Bundesregierung hält derartige Maßnahmen nicht für erforderlich – so der Parlamentarische Staatssekretär Baum auf eine Bundestagsanfrage des FDP-Abgeordneten Hoffie.

KONKRET-Titel 12/76



Fotomontage von Beate Gabrian-Wenke

Werner Maihofer: Kostbares Erbe Grundgesetz

Ist es nicht an der Zeit, einmal die grundsätzliche Frage zu stellen: Wer gibt dieser derzeit an der politischen Macht befindlichen Übergangsgeneration eigentlich das Recht, die freiheitliche Verfassung der Generationen von morgen in ihrem Grundbestand zu unterhöhlen? Sollte sie nicht im Gegenteil das äußerste tun: das kostbare Erbe, das uns mit dem Grundgesetz unserer Bundesrepublik Deutschland in einem glückhaften Augenblick zugefallen ist, unversehrt an die junge Generation zu überliefern, die erstmals in unserem Lande die Chance hat, in einer freiheitlichen Demokratie aufzuwachsen...

Wo die Gefahren heute für uns liegen, zeigt jedes zweite Gespräch mit prominenten Trägern öffentlicher Ämter, in dem man zu seinem Erschrecken nichts so häufig begegnet wie einem „Unbehagen" an eben dieser unserer freiheitlichen Demokratie, was sich in politischen Bekenntnissen solcher „staatstragenden Kräfte" wie dem äußert: daß zwar Diktatur eine schlechte Regierungsform, Demokratie aber eine nicht minder schlechte sei, man also nach etwas, was zwischen beiden „Extremen" liege, suchen oder streben müsse: nach einer „eingeschränkten" oder „gelenkten Demokratie", einer Art „Demokratur" nach ständestaatlichem spanischem oder portugiesischem Muster.

Aber blicken wir voraus, so steht bei nüchterner Einschätzung der derzeitigen demokratischen Situation in unserem Lande eines jedenfalls, nicht zuletzt auch nach den Erfahrungen dieser „Spiegel"-Affäre, unumstößlich fest: die Demokratie in Deutschland steht und fällt in einer künftigen Krise mit der vollen Aktionsfähigkeit des Parlaments und der Publizistik sowie der außerparlamentarischen Opposition in Intelligenz und Arbeiterschaft, als den tragenden Säulen des positiven Demokratisierungsprozesses in unserem Land.

Aus einer Stellungnahme von Prof. Dr. Werner Maihofer anläßlich des Bonner „Kongreß gegen die Notstandsgesetze" am 30. Mai 1965.

Studentenunruhen in Italien, Frühjahr 1977

Peter Kammerer

Prager Normalisierung?

Daß sich Kommunisten in einem kapitalistischen Land bei sozialen Unruhen auf die Seite der Polizei stellen, kommt nicht häufig vor. Aber in Italien ist alles anders. Peter Kammerer kommentiert die Entwicklung der letzten Wochen

Das Establishment aller Parteien, aller Gewerkschaften und die gesamte Regierung sind sich in der Verurteilung der neueren „Studentenkrawalle" einig. In einer Zeit, in der die Regierung Andreotti von den Kommunisten gestützt wird und unter dem Druck der Krise Gewerkschaften und Unternehmer zum ersten Mal sozialpartnerschaftliches Verhalten einüben wollen, sind Massendemonstrationen nichts anderes als Störungen des sozialen Friedens. Das ist ein grundlegender Unterschied zur Lage von 1968. Mit allen Mitteln versuchen heute auch die Arbeiterparteien zu verhindern, daß der Funke aus den Universitäten in die Fabriken überspringt, und gerade die kommunistische Partei gehört zu den energischsten Befürwortern eines „harten, aber korrekten" Polizeieinsatzes.

Als am 12. März vor der Universität in Bologna gepanzerte Fahrzeuge auftauchten, hatten die Studenten die Parole vom „Widerstand gegen die Prager Normalisierung" ausgegeben.

Die Proteste der italienischen Studenten richteten sich zunächst gegen die beabsichtigte Universitätsreform Malfatti (Numerus Clausus, Wiederherstellung der Professoren-Hierarchie, Organisation der Universität als staatliche Brutmaschine für Eierköpfe). Die Bewegung eskalierte, als Minister Malfatti über Nacht die Examensordnung ändern wollte und als in Rom eine Expedition faschistischer Schläger am 1. Februar auf Studenten schoß. Während der Protestdemonstration am folgenden Tag versuchten kleine Gruppen von Studenten das Parteilokal der Faschisten mit Molotowcocktails in Brand zu setzen, an mehreren Stellen und zum Teil unabhängig von diesen Ereignissen eröffneten Beamte in Zivil das Feuer auf die Demonstration.

Davon berichtete die kommunistische Parteizeitung „Unità" nur im Lokalteil. Auf der ersten Seite hingegen verurteilte sie die gewalttätigen Studenten als Provokateure und forderte die polizeiliche Schließung aller links- und rechtsextremistischen Vereinslokale. Wenige Tage darauf erklärte ein führendes Mitglied des ZK, Pecchioli: „Es gibt nur einen Extremismus, gegen den sich ein demokratischer Staat wehren muß, nämlich den, der die friedliche Auseinandersetzung der Ideen mit Gewalt verhindern will."

Wie diese friedliche Auseinandersetzung auszusehen habe, demonstrierte kurz darauf der kommunistische Gewerkschaftssekretär Lama. Zu einer Veranstaltung in der römischen Universität rückte er am 17. Februar mit einem massiven Ordnungsdienst an, der über die Lage in der Universität überhaupt nicht informiert war. Dieser Ordnungsdienst drang bereits frühmorgens gegen den Willen der Studenten auf das Universitätsgelände ein und übermalte alle Sprüche und Slogans, die der Partei- oder Gewerkschaftshierarchie mißfallen konnten. In der Diskussionsveranstaltung kamen oppositionelle Redner nicht zu Wort.

Warum hatte die PCI, wie sie dann selbst zugab, die Lage völlig falsch eingeschätzt? Es gibt dafür zumindest zwei mögliche Erklärungen.

1. Wie schon 1968 zeigte, ist die italienische kommunistische Partei blind für jede Massenbewegung, die sich unabhängig von ihrem Parteiapparat bildet und organisiert, sie wird daher von den Ereignissen überrascht und bedarf einiger Zeit, um sich zu orientieren.
2. Die Kommunisten sehen und haben gegenüber der Regierung Andreotti und ihrem Plan des „beschränkten Lohnabbaus" keine Alternative. Sie versuchen daher die Unzufriedenheit in den Fabriken, Schulen und Stadtvierteln mit allen Mitteln zu kontrollieren. Dennoch ausbrechende Demonstrationen werden als bedeutungslos, als undiszipliniert, als Werk von Provokateuren und – soweit sich der Unmut gegen die Partei und ihre Politik richtet –, sogar als antikommunistisch hingestellt.

Erst auf den Sitzungen des Zentralkommitees der Partei vom 14. bis 16. März kam diese Problematik zur Sprache. Während das Einleitungsreferat (Bufalini) die Ereignisse von Bologna und die Ausschreitungen bei der Demonstration der Hunderttausend am Abend des 12. März in Rom als eine allgemeine Verschwörung gegen die kommunistische Partei hinstellte, kam die Debatte zum Ergebnis, daß die Partei den Fehler begangen habe, den Burgfrieden im Parlament mit einem Burgfrieden in allen gesellschaftlichen Bereichen zu begleiten. Das habe nicht nur Provokationen den Weg geebnet, sondern auch einer wohlbegründeten Unzufriedenheit verwehrt, sich adäquat zu organisieren. Die Partei müsse zu einer härteren Opposition zurückkehren, das verlorene Terrain zurückgewinnen und in Zukunft klarer zwischen Provokationen und der Artikulierung echter Bedürfnisse unterscheiden. Im übrigen blieb die Linie der Partei auf dem eingeschlagenen Kurs: Ablehnung „jeder Gewalt, von welcher Seite sie auch komme" und Vertrauen in die Polizei unter Betonung ihrer demokratischen Funktion.

Die Studentenbewegung ist sich demgegenüber trotz aller Meinungsverschiedenheiten über folgendes einig: Die Provokateure sitzen im Staatsapparat, in der Polizei, bei den Faschisten. Die Verurteilung „jeder" Gewaltanwendung verschließt die Augen vor der institutionalisierten, legalisierten und auch illegalen Gewalt, deren Opfer vor allem die Arbeitslosen, die Jugendlichen, die Frauen usw. täglich werden. Die neue Studentenbewegung versteht sich als Ausdruck aller Unterprivilegierten, die als Randgruppen abgestempelt und an der Bildung eigener Organisationen gehindert werden. Eingeschränkte Gegengewalt wird bejaht. Auflehnung gegen unhaltbare soziale Mißstände sei eben kein friedlicher Wettstreit der Ideen. Entscheidend sei aber, daß die zahlreichen unterprivilegierten Gruppen der Gesellschaft sich in einer Bewegung solidarisch organisieren, daß sie als Teil der Arbeiterbewegung anerkannt werden, denn die antikapitalistische Zielsetzung, das Selbstverständnis und die Tradition seien gemeinsam.

Auf diesen Appell haben die Führungen der Gewerkschaften (mit Ausnahme der Metallarbeiter) und der Arbeiterparteien bisher negativ reagiert, die Arbeiter der großen Betriebe verhalten sich vorerst abwartend. Die bürgerliche Presse dagegen zeigt sich erstaunlich offen gegenüber den Studenten und ihren Forderungen – zum Teil aus liberalem Engagement heraus, zum Teil auch, weil sie ganz einfach an einer Schwächung der kommunistischen Partei interessiert ist.

Die Gefahr, daß die neue Studentenbewegung Italiens isoliert und kriminalisiert wird und daß die alten Institutionen durch zunehmende Repression ihr Überleben noch einmal sichern, ist außerordentlich groß. Aber es besteht auch die Möglichkeit, daß sich eine neue und große Basisbewegung entfaltet, wie sie in Qualität und Ausmaß noch in keinem industrialisierten europäischen Land zu finden war. ■

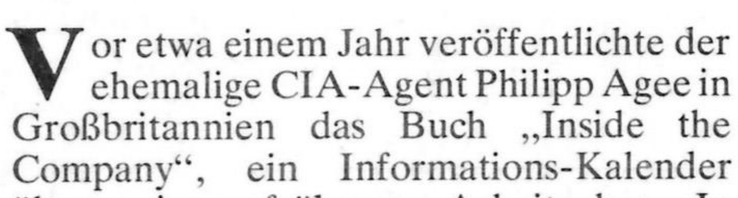
Angelica Griem

Insider raus

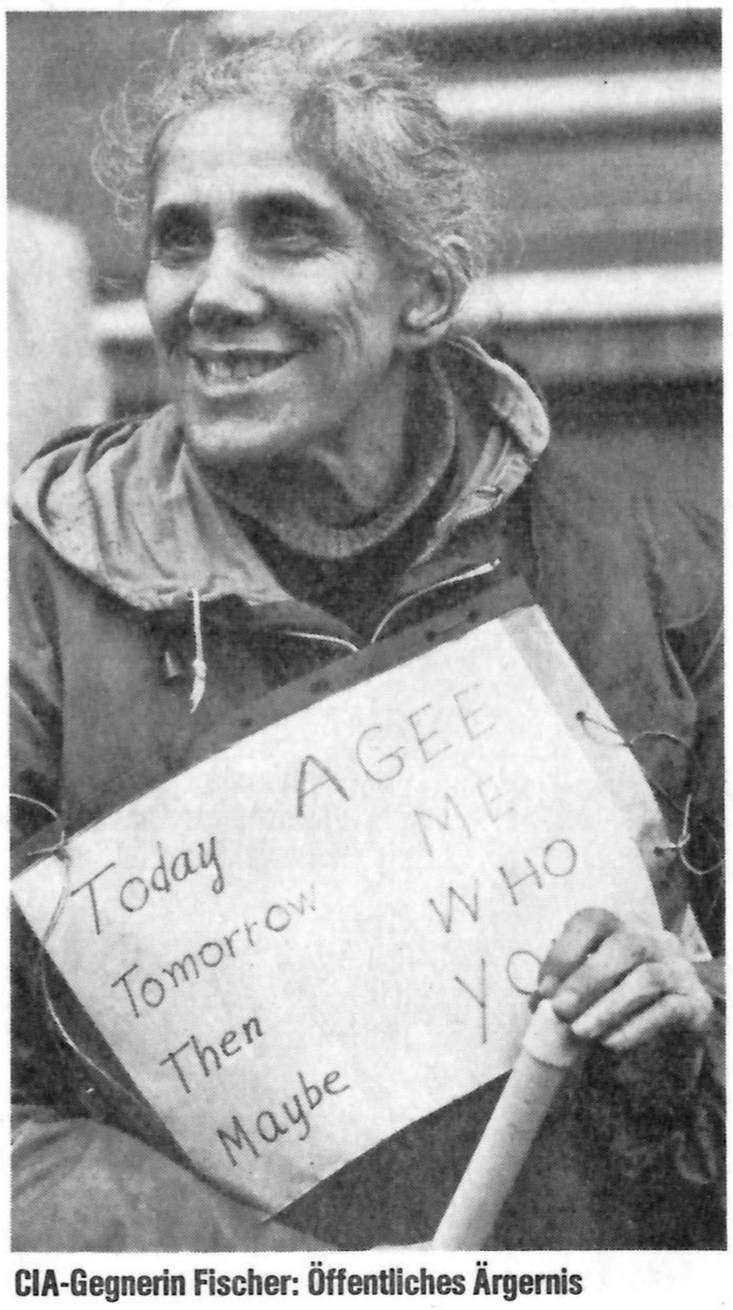
Tolerant und liberal – das sind die Engländer. Solange es der CIA gefällt. Aus London berichtet Angelica Griem, was dort gegenwärtig Gegnern des amerikanischen Geheimdienstes widerfährt

Vor etwa einem Jahr veröffentlichte der ehemalige CIA-Agent Philipp Agee in Großbritannien das Buch „Inside the Company", ein Informations-Kalender über seinen früheren Arbeitgeber. In „Time out", dem linken Londoner Veranstaltungsmagazin, ergänzte der Amerikaner Mark Hosenball die Enthüllungen seines Landsmannes Agee durch ein „Who is Who im CIA", eine Liste von CIA-Angehörigen in der Londoner US-Botschaft. Die britischen Behörden reagierten mit Ausweisungen. Doch nicht gegen die enttarnten Agenten, sondern gegen die Enttarner.

Hosenball und Agee wurden im November vergangenen Jahres kurzerhand zum Sicherheitsrisiko erklärt und verhaftet. Ein Tribunal aus drei Richtern sollte die Ausweisung beschließen. Zu ihrer Verteidigung gründeten „Time out"-Mitarbeiter ein Komitee. Und nun häuften sich die mysteriösen Zwischenfälle.



CIA-Insider Hosenball und Agee: Zuviel geredet



CIA-Gegnerin Fischer: Öffentliches Ärgernis

Am 7. Februar wird der Wagen des Finanzverwalters des Komitees aufgebrochen. Scheckhefte und Unterlagen der Organisation verschwinden. Vier Tage später wird das Auto eines weiteren Komitee-Mitglieds geknackt. Am 18. Februar werden die drei Initiatoren Duncan Campell, Crispin Aubrey und John Berry verhaftet, Frauen und Freunde der drei widerrechtlich festgehalten, ihre Wohnungen durchsucht. Der Wagen des Finanzmannes wird ein zweites Mal aufgebrochen, das Adreßbuch des Verteidigers des Komitees gestohlen.

Das Komitee erhält derweil immer größere Unterstützung in der Londoner Bevölkerung. So ist zum Beispiel auch Regina Fischer, die 63jährige Mutter des ehemaligen Schachweltmeisters Bobby Fischer aktiv geworden. Mit einem Hungerstreik vor dem Innenministerium protestierte sie Ende Februar gegen die Behandlung von Agee und Hosenball. Anwohner versorgten sie mit Tee und Decken – die Polizei verhaftete sie als öffentliches Ärgernis. So verbrachte Regina Fischer die erste Nacht ihres Hungerstreiks im Gefängnis. Die aber war im Vergleich noch gemütlich zur darauffolgenden. Frau Fischer zu KONKRET: „Plötzlich kamen einige Männer, ich vermute Mitglieder der faschistischen ‚Nationalen Front' auf uns zu und fielen über uns her. Ich rief um Hilfe. Sie schlugen auf uns ein. 50 Meter entfernt stand ein uniformierter Polizist und rührte sich nicht. Erst als die Kerle unseren VW-Bus anzünden wollten, ist er eingeschritten."

Bestraft allerdings wurde nur einer – wegen Unfug in der Öffentlichkeit, zu zweieinhalb Pfund Sterling. Kommentar der Polizei: „Das waren doch nur Betrunkene."

Trotz aller Proteste beschloß das Tribunal die Ausweisung von Agee und Hosenball. Sie legten Berufung ein und erhielten Unterstützung von John Marks, Mit-Autor des „Standardwerks" über die CIA (in der Bundesrepublik bei dva erschienen). Marks, dem die CIA „gefährlich hohe Intelligenz" bescheinigt: „Für mich steht außer Frage, daß Großbritannien hier von der CIA unter Druck gesetzt wird." Auch der ehemalige UN-Botschafter Sean McBride sagte vor dem Tribunal aus. Unter anderem legte er Beweise für die Agenten-Arbeit von CIA und BOSS (südafrikanischer Geheimdienst) in internationalen Organisationen wie amnesty international vor. Seine Enthüllungen wurden unterdessen von namhaften US-Politikern bestätigt, unter anderem auch vom ehemaligen Generalstaatsanwalt Ramsey Clark. „Dies ist eine absolut ungesetzliche Sache", kommentierte Clark die Arbeit des Tribunals. „Agee hat zu viel über Dinge, die sie nicht hören wollen, geredet und geschrieben."

Ende März wurde die Ausweisung von Mark Hosenball und Philipp Agee in der Berufungsverhandlung bestätigt. Die USA sicherten beiden Straffreiheit zu. Aber um sich darauf zu verlassen, haben Agee und Hosenball zu viele Erfahrungen mit ihrem Heimatstaat und seinem Geheimdienst. ■

verlag jakobsohn

Klaus-B. Vollmar
Landkommunen in Nordamerika

Ein Erfahrungsbericht über die Landkommunenbewegung in Nordamerika. Illustriert mit Fotos und Zeichnungen. „Für deutsche Interessenten keine flott übertragbaren Modelle, aber ein stark empfehlenswertes Buch." (Peter Knorr, pardon)
111 Seiten, DM 8.–

Murray Bookchin
Die Grenzen der Stadt

Konkretisierung zur Marx'schen Entfremdungstheorie und Lösungsversuch innerhalb der Alternativkultur. – Eine radikal kritische Analyse der historischen Entwicklung der Städte. „Wenn man die moderne Großstadt vor dem Hintergrund der urbanen Entwicklung betrachtet, wird man sie als eine vollständige Negation des Stadtlebens, so wie es während der zivilisierten Zeitalter der Vergangenheit verstanden wurde, erkennen." (Bookchin)
ca. 200 Seiten, DM 13.–

COUPON einsenden an: Verlag Jakobsohn, Glogauer Str. 22, 1 Berlin 36

Ich bestelle: .....

.....

Der Betrag von DM ..... ist auf das PSchKto. Eduard Jakobsohn 257212 · 106 Bln.-W überwiesen/Scheck liegt bei.

Name, Vorname .....

Straße .....

Ort .....

Karl August Wittfogel
Beiträge zur marxistischen Ästhetik
Aufsätze aus der Linkskurve 1930–1932
mit einem Vorwort des Autors
Berlin 1977, ca. 100 Seiten, DM 10,–

Robert Havemann
Berliner Schriften
3. Auflage! 10 neue Texte!
hrsg. von Andreas W. Mytze
Berlin 1977 160 S., DM 15.–

Heinz Brandt
Ein Traum, der nicht entführbar ist
Mein Weg zwischen Ost und West mit einem Vorwort von Erich Fromm
München 1967 Neudruck Berlin 1977
Ca. 450 Seiten, DM 20,–

Stefan Szende
Europäische Revolution
Zürich 1945. 400 S., DM 30,–,
Berlin 1977, mit einem aktualisierten Vorwort des Autors

Erich Mühsam
Gesamtausgabe
Prospekt anfordern!

Ernst Ottwalt
Ruhe und Ordnung
Berlin 1929, 307 S., DM 10,–
Reprint Berlin 1977

Verlag europäische ideen
1 Berlin 37, Postfach 246

Monthly Review
Deutsche Ausgabe

Herausgeber:
Paul M. Sweezy
Harry Magdoff
Franz-Joachim Gaber/
Wilhelm Klein

Erscheint ab Mai 77 mit eigenem deutsch en redaktionellen Teil.Ständige Mitarbe it u.a.Andre Gunder Frank,Brigitte Hein rich,Alex Demirovic,Dorothea Mezger so wie die international bekannten Autoren der amerikanischen Ausgabe.Bitte Probe exemplar und Informationsmaterial anfor dern bei:

MP megapress
Postfach 402
D-6078 Neu Isenburg Tel.: 06102/23817

Aktuelle Titel unseres deutsch/englisch en Verlagsprogramms:

Decke/Tüllmann,betrifft:RHODESIEN,240 S. ca.100 Fotos,DM 9,80

Technologie,Arbeitsprozeß und Arbeiterk lasse - 8 Essays zu Braverman,124 S,9,80

Harry Braverman,Labor and Monopoly Capi tal-Degradation of Work in the 20.Centu ry,440 S.,DM 19,80

Toward an Anthropology of Women
R.Reiter (ed) 418 S.,DM 16,80

The Sugarmill - Socioeconomic Complex of Sugar in Cuba,Fraginal,illus.DM 54,80

The Comunist Movement - From Comintern to Cominform,Claudin,770 S.,DM 34,80

Cambodia:Starvation and Revolution
Hildebrand/Porter,DM 16,80

CSE Pamphlet no.1:The Labour Process & Class Strategies,129 S.,DM 8,80

CSE Pamphlet no.2:On the Political Eco nomy of Women,37 S.,DM 3,20

VR China:Wirtschaft und Strategie,John G.Gurley,ca.240 S.,DM 16.--

und weiterer relevanter polit-ökonomisc her Titel aus den USA,England,Italien, Frankreich,Gesamtkataloge anfordern!

Verlag Association GmbH

Neuerscheinungen

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte

Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt, daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.

ca. 90 S. ca. DM 8.–

Uwe Herms
BROKDORFER KRIEGSFIBEL

An Brecht angelehnte Gedichte zu Bildern aus BROKDORF. In einer Mappe DIN A 4-Format. Insgesamt 12 Blätter DM 8.–

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD

Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten. ca. 150 S., ca. DM 10.–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84
Verlagsprospekt anfordern!

Dieter Braeg

Betriebsrat oder Betriebsfest

Wie sich die Unternehmer jetzt schon auf die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr vorbereiten, zeigt dieser Bericht an beispielhaften Fällen

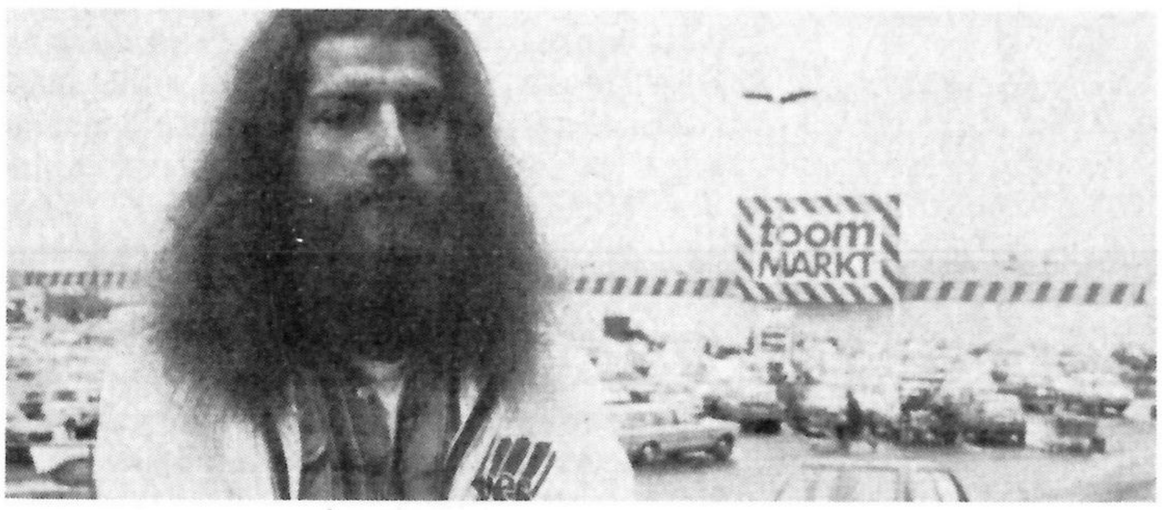
Nächstes Jahr sind wieder Betriebsratswahlen. Die Unternehmensleitungen bereiten sich jetzt schon drauf vor. Um unbequeme Arbeitervertreter rechtzeitig loszuwerden, werden astronomische (zumindest für den, der sie erhalten soll) Abfindungssummen gezahlt oder es wird Rififi gespielt. Wie etwa bei der Selbstbedienungskette „toom". Hier wurde ein Privatdetektiv eingesetzt, der eine Aktentasche mit Injektionsbesteck, mehreren Ampullen Morphin und einem Revolver im Schließfach 216 der Frankfurter Hauptwache deponierte und auch das Wichtigste nicht vergaß: einen Zettel mit dem Namen von „toom"-Betriebsrat Walter Zaschke.

Dem griechischen Betriebsrat Kelidis versuchten seine Chefs von der Firma Pierburg in Neuss auf andere Art beizukommen. Vor zwei Jahren fand er auf dem Verlängerungsantrag seiner Arbeitserlaubnis folgende Bemerkung des Arbeitgebers: „Herr Kelidis ist Mitglied des Betriebsrates. Aus betrieblichen Gründen ist eine Weiterbeschäftigung nicht erforderlich." Die Firma Pierburg beschäftigte Kelidis anschließend viel Monate überhaupt nicht. Er bekam keine Arbeitsaufträge. Im Herbst 1976 wurden ihm dann Arbeiten zugewiesen, die er nicht erledigen konnte, weil ihm dazu die nötige Kenntnis und Ausbildung fehlte. Folge: Antrag auf fristlose Entlassung beim Arbeitsgericht. In der ersten Instanz ersetzte das Arbeitsgericht Düsseldorf/Gerichtstag Neuss die Zustimmung des Betriebsrates. Anestis Kelidis hätte entlassen werden können. In der zweiten Instanz wurde diese Entscheidung vor kurzem revidiert. Vorher wurde aber an einem Vergleich gebastelt, der dem Betriebsrat Kelidis fast DM 100 000,– als Abfindung gebracht hätte, wenn er Pierburg verlassen hätte. Kelidis sagte: „Ich habe sieben Jahre mit meinen Kollegen zusammengearbeitet. Ich nehme kein Geld!"

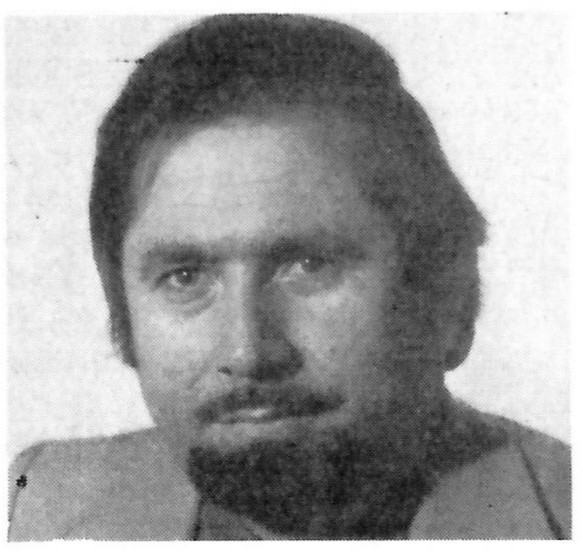
Ein weiterer Fall: Auf einer Betriebsversammlung der Firma Paul & Co in Oberwildflecken erklärte Geschäftsführer Anton Kunert Ende vergangenen Jahres schlichtweg, ein Betriebsrat würde nicht mehr gebraucht. Ein Vertrauensmann für Arbeiter und einer für Angestellte – das würde wohl ausreichen. Man könne so runde 100 000 Mark einsparen, die der Belegschaft zugute kämen – teils bar auf die Hand, teils für ein Betriebsfest. Die Firma (Jahresumsatz 50–60 Millionen Mark) sei ohnehin schon sehr sozial, so Kunert, seit 1952 habe sie über sechs Millionen Mark an freiwilligen Leistungen an die 500köpfige Belegschaft ausgeschüttet. Die Geschäftsführung setzte den Betriebsrat unter Druck, drohte mit dem Ausfall des Betriebsfestes, wenn der Betriebsrat ein Beschlußverfahren vor dem Arbeitsgericht durchführen würde. Dieses Beschlußverfahren war nötig geworden, weil Kunert sechs betriebsverfassungsrechtliche Grundpflichten verletzt hatte. Der Betriebsrat trat zurück, sein langjähriger Vorsitzender, Werner Mohr, wurde beurlaubt, rechtzeitig vor den nächsten Betriebsratswahlen. Kollegen wie Mohr müssen bis dahin vergessen sein.

Auch Bruno Belawa gehört zu ihnen, Betriebsratsvorsitzender der Firma Pittler Maschinenfabrik AG in Langen. Am 3. Februar 1977 erreichte den Betriebsrat folgendes Schreiben des Vorstands:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
wir sehen nach den Ihnen bekannten Vorkommnissen der letzten Zeit – insbesondere durch die dabei erwiesenen Pflichtverletzungen des Herrn Belawa – eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ihnen und uns als nicht mehr möglich an. Wir fordern Sie daher auf, Herrn Belawa –



Morphin im Schließfach: Betriebsrat Zaschke



Entlassen: Betriebsratsvorsitzender Belawa (links)

100 000 Mark Abfindung: Betriebsrat Kelidis

gegebenenfalls durch Beschluß – zu veranlassen, seine Betriebsratstätigkeit zu beenden."

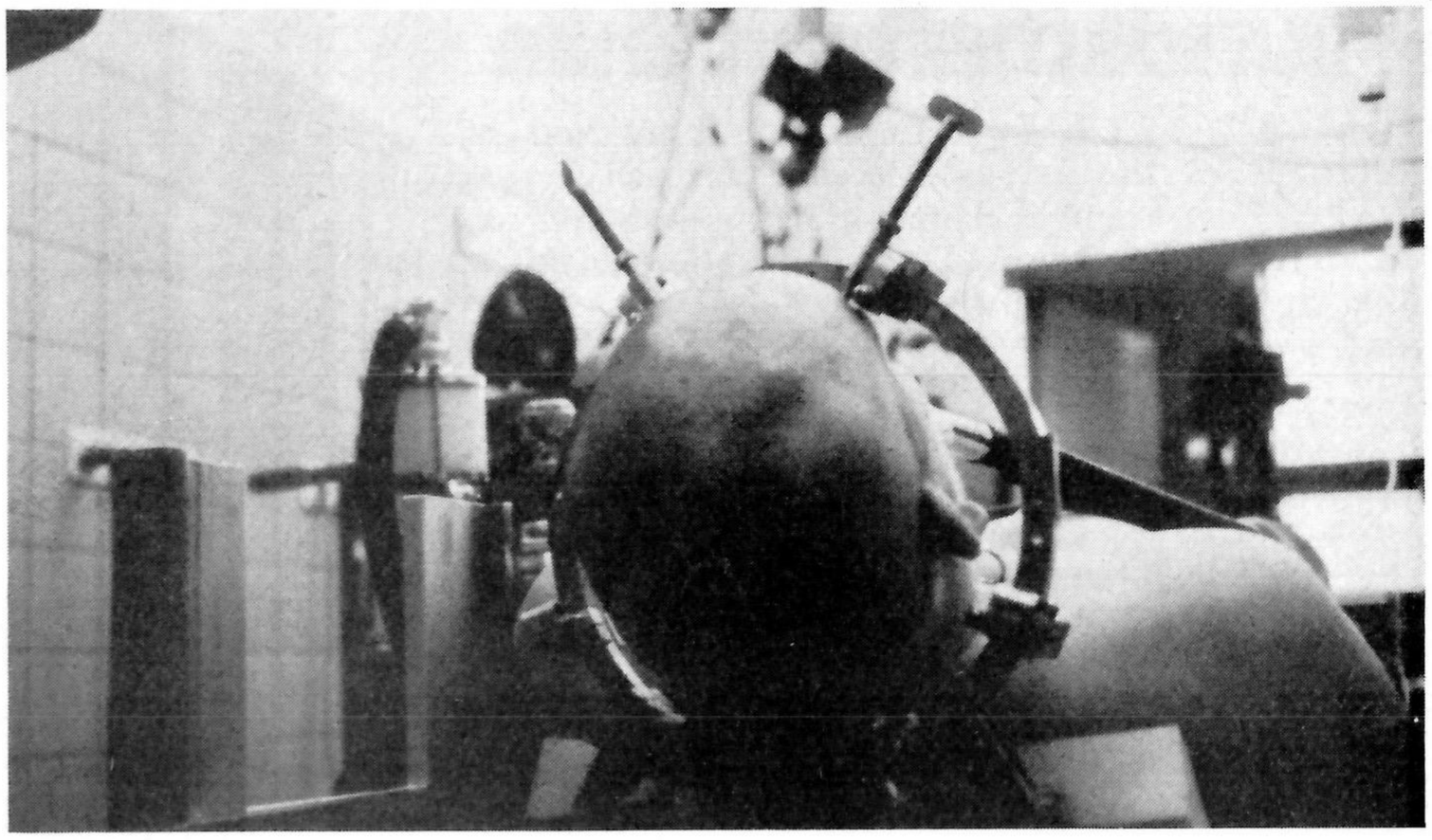
Belawa ist unbequem. Aber nichts anderes hatte er seinen Chefs vorgeworfen als was sie nicht bereits an den „Mismanagement"-Pranger des „Manager-Magazins" gebracht hatte. Aber Bruno Belawa kann man kündigen, das „Manager-Magazin" nicht (höchstens das Abo). Machtkämpfe im Vorstand, Deckungsbeitrags-Geschäfte und Managerfluktuation. Innerhalb von fünf Jahren schrumpfte die Mitarbeiterzahl von 2600 auf 2000 Ende 1976. Die Geschäftsleitung aber macht in Zweckoptimismus. Aus einem Schreiben an Kunden vom Januar 77:

„Unsere Zuversicht begründet sich in einem um 50 % höheren Auftragsbestand gegenüber Anfang 1976 und in dem auf sicherer Basis erstellten, um 18 % höheren Umsatzplan für 1977. Diese Steigerung in einer, wie wir erwarten, konjunkturell immer noch gedrückten Situation erfolgt insbesondere durch das Einfließen neuer Produkte – eine Tendenz, die wir in den nächsten Jahren mit Intensität fortsetzen werden."

Gleichzeitig wurde in Langen der Belegschaft am 21. 1. 1977 mitgeteilt, daß einige Betriebs-Bereiche vom 1. 2. bis 31. 7. 1977 wöchentlich einen Tag kurzarbeiten müssen. Außerdem wolle man „um der erforderlichen Kapazität gerecht zu werden" noch „42 produktive Mitarbeiter freistellen". Unternehmersprache. Erst ab 49 Entlassungen muß der Arbeitsplatzraub beim Arbeitsamt als Massenentlassung angemeldet werden.

Der Betriebsratsvorsitzende Bruno Belawa, der 49 Jahre alte Schleifer, der seit 1962 bei Pittler arbeitet, wollte hierzu seine Zustimmung nicht geben. Also wurde er entlassen. Der Betriebsrat befürwortete die Kündigung seines Vorsitzenden mit neun zu sechs Stimmen. Tags darauf verteilten die Langener Jusos vor den Werkstoren ein Flugblatt: „Weil er sich von der Geschäftsleitung den Mund nicht verbieten ließ, muß er gehen ... Daß der Geschäftsleitung ein aktiver Betriebsratsvorsitzender nicht gefällt, liegt auf der Hand: selbstverständlich behagt ihr nicht, daß der Kollege Belawa Kurzarbeit und Entlassungen nicht hinnehmen wollte ... Daß aber der Betriebsrat diesem rechtswidrigen Verhalten des Arbeitgebers auch noch seinen Segen gibt, ist der eigentliche Skandal."

Bruno Belawa erhielt Hausverbot. Am 7. März wurde seine Entlassung vor dem Arbeitsgericht Offenbach verhandelt. Richter Becker-Schaffner bot einen Vergleich mit einer Abfindungssumme an. Der Pittler-Anwalt erklärte: „Dazu haben wir aber nicht gekündigt." Auch Belawa lehnte ab: „Ich kann der Firma doch kein Geld abnehmen, um sie so noch schneller in den Bankrott zu treiben." Dennoch wurde eine „Güteverhandlung" anberaumt – für den 16. Juni. Zeit für Pittler, sich weitere Repressalien auszudenken – Zeit für die Belegschaft, sich zu überlegen, ob sich die Unterstützung für ihren Kollegen Belawa auf den IG Metall-Rechtsschutz beschränken darf. Ein Pittler-Vertrauensmann: „Wir müssen endlich mit anderen Kampfmitteln antworten." ■



Günter Amendt

„Fahrlässige Tötung"

Seit Günter Amendts massiver Kritik an der Psychochirurgie (KONKRET 10/76: Hirn, verbrannt) werden ihre Befürworter immer frecher

Die Unterhaltungssparte des Fernsehens gewinnt an Niveau. Jetzt haben sie schon Professoren als Hauptdarsteller. *„Die Szenerie erinnert an die utopischen Visionen eines Georg Orwell oder Aldous Huxley: Langsam fährt der Hamburger Chirurg Prof. Dr. Dieter Müller eine Sonde in das Gehirn seines Patienten Günther Bergmann."*

Der Film des NDR über Psychochirurgie (Stereotaxie) wurde als Dokumentation klassifiziert. In Wirklichkeit war es eine medizinisch verbrämte „öffentliche Hinrichtung", so der Hamburger Professor Eberhard Schorsch. Der Operierte, ein *„triebkranker"* Strafgefangener wurde fürs Publikum aufbereitet. Man sieht ihn in nachgestellten Szenen mit dem Schlapphut des Triebtäters, wie er sich an Jungen in der U-Bahn ranmacht. Was für ein Schwein, denkt der Zuschauer.

Dann die Operation. Eine klaffende und blutende Wunde, das barbarische Geräusch eines Knochenbohrers, das Justieren des Schädels in einem Metallrahmen. Eine Aneinanderreihung von Details, so genüßlich wie sinnlos. Danach die Gespräche mit dem Arzt. Heilung. Eine simple Dramaturgie: die Tat, die Strafe, die Vergebung. Fieser Sensationsjournalismus. Die beim Zuschauer ausgelösten Affekte sind befriedigt.

Was der Patient vor der Kamera erzählte, mußte selbst dem Operateur und den Psychiatern, die die Zustimmung zur Operation gaben, peinlich sein. Der Operierte produzierte sich mit Erfolgsergebnissen, die selbst die Propagandisten der Stereotaxie bisher nicht behaupteten. Gestern noch wurde seine Phantasie von pubertären Knaben gejagt. Heute will er auf reife Frauen onaniert haben. Das war zu perfekt.

Aber was sollte der strafgefangene Patient vor den Mikrophonen des NDR auch anderes sagen? Hing doch von den öffentlichen Erfolgsmeldungen die Entscheidung über Entlassung oder Haft, möglicherweise Sicherungsverwahrung oder Freiheit ab.

Herr Müller bedient sich aller Mittel, um seine zweifelhaften Eingriffe zu rechtfertigen. Aber der NDR hat mitoperiert. Denn die Fernsehleute sind sich der Wirkung ihres Mediums bewußt. Sie wissen, wie es die Realität beeinflußt und verändert, wie es Ereignisse mediengerecht deformiert, wie es Menschen Worte in den Mund legt, die sie nie aussprechen wollten. Es war „ein schwerer ärztlicher Kunstfehler", was da im dritten Fernsehprogramm des NDR lief. Gunter Schmidt, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung, erhebt diesen schwerwiegenden Vorwurf gegen den Operateur und die Fernsehleute, die das Ereignis zwangsläufig beeinflußten.

Eine Kommission des Bundesgesundheitsamtes ist einberufen worden. Sie soll die Vorwürfe, die bundesweit und auch von ausländischen Medizinern gegen die westdeutschen Operateure erhoben worden sind, untersuchen. Oberster Tagesordnungspunkt der zweiten Sitzung kann nur sein: Sofortiger Stop aller Operationen. Systematische Nachuntersuchung aller bereits operierten Patienten.

Es geht um Tote und Verstümmelte. Der Frankfurter Medizinprofessor Volkmar Sigusch sagt es unmißverständlich: „Es handelt sich ganz ohne Frage um medizinische Experimente am Menschen. Psychochirurgen haben in der Vergangenheit fahrlässig getötet und Menschen zu Hirnverletzten gemacht." Sigusch nennt auch die, die von den Methoden der Psychochirurgen bedroht sind: „Bedroht sind in erster Linie Frauen, Kinder und alte Menschen. Bedroht sind Anstaltsinsassen, Gefangene und Schwachsinnige, Farbige und Homosexuelle. Bedroht sind sogenannte Demonstrationstäter und politisch motivierte Gesetzesbrecher, das heißt Angehörige von Minoritäten, im Verhalten Abweichende und gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse Opponierende." ■

Freundschaft mit Chile

Freundschaft mit Chile und Freundschaft mit dem chilenischen Volk – das sind zwei Stiefel. Wer sich den ersten angezogen hat, wann er damit zur Junta gestiefelt ist, und was er dort sagte und tat, dokumentiert KONKRET ohne Anspruch auf Vollständigkeit

1973

Heinrich Gewandt, CDU-Bundesminister

Sagt: „Chile ist auf dem Weg, kreditwürdig zu werden." Und in einer Rede vor dem „Ibero-Club" in Bonn: „Der Putsch war ein erforderlicher Akt der Notwehr".

Hans-Jürgen Wischnewski, Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Sagt: „Ich hoffe, daß die Demokratie zu einem möglichst frühen Zeitpunkt wieder in Gang gesetzt wird".

Dr. Bruno Heck, CDU-Bundesminister, ehemaliger Generalsekretär der CDU und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sagt: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm".

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
5270 55 - 602 PschA Ffm
Kennwort: Chile - Solidarität

CHILES VOLK BRAUCHT HILFE!

1974

Jürgen Wohlrabe, westberliner CDU-Bundesminister

Sagt nach einem Besuch der KZ-Insel Dwason: „In humanitärer Hinsicht haben die Gefangenen keine Klagen gehabt".

Bruno Merk (CSU), bayrischer Innenminister

Sagt in einem Vortrag über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der Staatsuniversität Santiago: „Jede freiheitliche Demokratie muß sich davor schützen, daß ihre Feinde sich in ihren Institutionen einnisten".

Horst Prießnitz, wissenschaftlicher Assistent im Bundestag

Sagt, „daß nicht zuletzt Bürger aller Schichten in vielen Gesprächen ihre Zufriedenheit, ja teilweise Begeisterung, über die Junta zum Ausdruck brachten".

Hans Gröbe, Aufsichtsratsvorsitzender AEG-Telefunken und Erich Menzel, Chef der Transformatoren-Union

Trinkspruch beim Essen mit dem Bergbauminister der Junta: „Auf gute Zusammenarbeit!"

Friedrich Binder, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG

Verhandelt um Bau eines Lastwagenwerkes in Chile

Nochmal: **Hans-Jürgen Wischnewski, Staatssekretär im Auswärtigen Amt**

Äußert sich zufrieden über Verlauf seiner Gespräche mit Pinochet und Ministern der Junta. Stellt Kredit über 21,1 Millionen Mark in Aussicht

1975

Jürgen Gerhard Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fordert Einhaltung der Kreditzusagen seitens der Bundesregierung, sagt: „Die chilenische Militärjunta ist fest entschlossen, Chile zur Demokratie zurückzuführen und wieder Parteien zuzulassen".

Prof. Lothar Bossle, Präsident der Katholischen Deutschen Akademikerschaft, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Parteitagsredner der CDU 1975

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Gewandt überbringt Grüße und Hilfe der CDU/CSU für die chilenische Junta.

Sagt: „Genauso Allende wie Hitler begannen, als sie die Macht einmal erreicht hatten, ihren Weg mit einer verfassungsmäßigen Täuschung zu pflastern".

Kai-Uwe von Hassel, CDU-Bundesminister, ehemaliger Bundestagsvizepräsident

Sagt: „Von chilenischer Seite hat man mir zugesichert, mit Hilfe der neuen Verfassung die Demokratie wiederherzustellen. Sie wird sich in ihren Grundlagen nicht von den Verfassungen westlicher Demokratien unterscheiden und zum großen Teil in absehbarer Zeit in Kraft gesetzt werden".

1976

Otto Wolff von Amerogen, Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages

Sagt: „Wie das Nachkriegsdeutschland wird auch das heutige Chile denselben richtigen Weg einschlagen".

Karl Moersch, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Ministerialdirektor Lothar Lahn

Loben laut „Welt" die chilenische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Fritz Pirkl, bayrischer Arbeitsminister, Vorsitzender der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung

Führt Gespräche zur Errichtung einer Auslandsvertretung der Stiftung in Chile. Pinochet stimmte der Filiale „wohlwollend zu".

Die Geschäfte eines Junta-Diplomaten in Bonn

Chilenische Absolventen von Kursen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg bringen es zu was: Oberstleutnant Kraushaar wurde von Pinochet zum KZ-Kommandanten gemacht, und sein Kollege Christian Akkerknecht ist vor kurzem zum Militär-Attaché der chilenischen Botschaft in Bonn ernannt worden. Akkerknecht hatte seinen Kursus in Blankenese bereits 1970 absolviert. Hat er dabei etwas gelernt? Kurz nach dem Putsch der chilenischen Militärs jedenfalls erklärte er: „Bei uns herrscht der Geist der alten deutschen Wehrmacht, und darauf sind wir stolz und schämen uns nicht". In seinem Dienstzimmer hing ein Foto von Generalfeldmarschall Rommel.

Zur Zeit des Putsches war Akkermann Kommandant der Militärgarnison von Rancagua, zum Dank für Junta-treues Verhalten wurde er später zum Militärbefehlshaber der Provinz O' Higgins ernannt. Dort ist er unter anderem für den Mord am Provinz-Vorsitzenden des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT, Luis Almonacid, verantwortlich.

Chilenische Emigranten haben zuverlässige Informationen darüber, daß Akkermann heute als Militärattaché in Bonn als Beauftragter des Geheimdienstes DINA arbeitet und große Geldsummen für dessen Agententätigkeit in der Bundesrepublik verteilt. Die Bundesregierung hält ihn nicht für ein Sicherheitsrisiko.

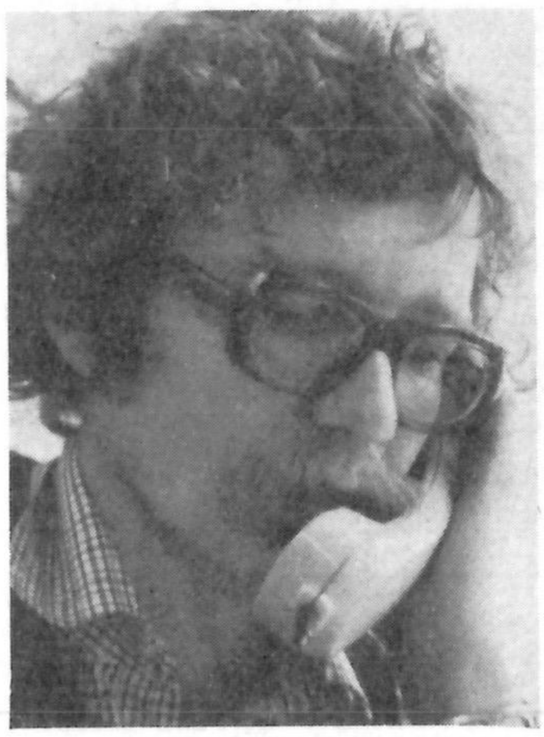
Auf den Point gebracht

Die CDU will einen Radikalen-Erlaß für den Rundfunk. Warum eigentlich?

Ganz offen fordert die CDU jetzt einen Radikalen-Erlaß auch für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Hans Hugo Klein, der Medienexperte der Union, nahm zwei WDR-Sendungen des ehemaligen SDS-Mitglieds Hannes Heer, der als Lehrer bereits vom Berufsverbot betroffen ist, zum Anlaß für eine Anfrage im Bundestag:

„Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Tatsache, daß ehemalige Extremistenführer, die eindeutig unter die Bestimmungen des Radikalenbeschlusses fallen, bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Möglichkeit der freien Mitarbeit erhalten und die Gelegenheit bekommen, sich in feste Anstellungsverhältnisse bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf dem Gerichtswege einzuklagen und mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dafür zu sorgen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr möglich sein werden?“

Aber auch ohne solche konkreten Maßnahmen sind die konkreten Maßnahmen gegen kritische Funkmitarbeiter heute schon kaum noch zu überblicken. Ein Fall von vielen aus den letzten Wochen: Hendrik Bussiek, der beim Südfunk Stuttgart seit zwei Jahren jeden Tag das zweieinhalbstündige Jugendmagazin „Point“ gestaltet, muß gehen. So lange es Point gibt, so lange schießt die baden-württembergische CDU gegen den Redakteur, „dessen journalistische Fähigkeit noch nicht einmal von seinen Feinden angezweifelt wird“, so die Zeitschrift der Deutschen Journalisten-Union. Nach einem Zwei-Minuten-Beitrag



Südfunk-Redakteur Bussiek: Abgang wegen Dutschke-Interview

über ein Schwulen-Kabarett und einem Interview mit Rudi Dutschke verfügte Intendant Bausch (CDU) jetzt Bussieks Abgang. Eine Hörer-Initiative fordert „Point und Bussiek müssen bleiben“. Sogar der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union ist einer von rund 7000 Hörern, die sich solidarisierten. Weitere Unterschriften an die Adresse Chris Glass, Krummenakkerstr. 44, 7300 Esslingen.

Junge Presse wehrt sich

Die Deutsche Jugendpresse e. V., Vereinigung der jugendeigenen Zeitschriften der Bundesrepublik und Westberlins, hat für den 3. bis 5. Juni 1977 nach Frankfurt einen Jugendpresse-Kongreß einberufen. Redakteure von Schüler-, Lehrlings-, Jugendhaus-, Studenten- und anderen Jugendzeitungen wollen Erfahrungen austauschen und über die vielfältigen Maßnahmen von Repression und Zensur beraten, die vor allem in jüngster Zeit ausgeübt werden. Zur Unterstützung des Kongresses und seiner Anliegen haben zahlreiche Persönlichkeiten aufgerufen, unter ihnen der Vorsitzende des bundesdeutschen Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier und der Deutschen Journalistenunion in der IG Druck und Papier, Carl Amery und Eckart Spoo. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehört auch der KONKRET-Herausgeber.

„Klein aber solide“

Eine Gruppe Marburger und Bremer Professoren (unter ihnen Wolfgang Abendroth, Georg Fülberth und Frank Deppe) haben einen neuen wissenschaftlichen Verlag gegründet: den Verlag Arbeiterbewegung & Gesellschaftswissenschaft in Marburg (Postfach 564). Einen Schwerpunkt des Verlagsprogramms wird der Bereich Gewerkschaftsgeschichte, Streikanalysen, Materialien für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit bilden. Geschäftsführer Flessenkemper zu KONKRET: „Zumindest haben wir nicht vor, langweilige Texte hektisch redigiert und schlampig gebunden, zu produzieren. Eher schon: klein, aber solide!“

Das erste Buch aus dem neuen „A&G“-Verlag

Bibliographie Polit-Lieder

Für die Erarbeitung einer Bibliographie über das „Politische Lied“ bittet Karl-Heinz Kammertöns, Karl-Zahn-Str. 5, 4600 Dortmund, die KONKRET-Leser um Mithilfe. Gesucht werden Liederbücher, Noten, Sekundärliteratur und Schallplatten zu politischen Liedern von 1848 bis heute sowie aus dem 30jährigen Krieg.

Lied
Chanson
Folklore
International

LIED HEFTE 1977

Nr.1: Kinderlieder
Nr.2: Deutsch-Rock
Nr.3: Songfestivals
Nr.4: Volkslieder
Nr.5: Schlagerindustrie
Nr.6: Politsong & Medien

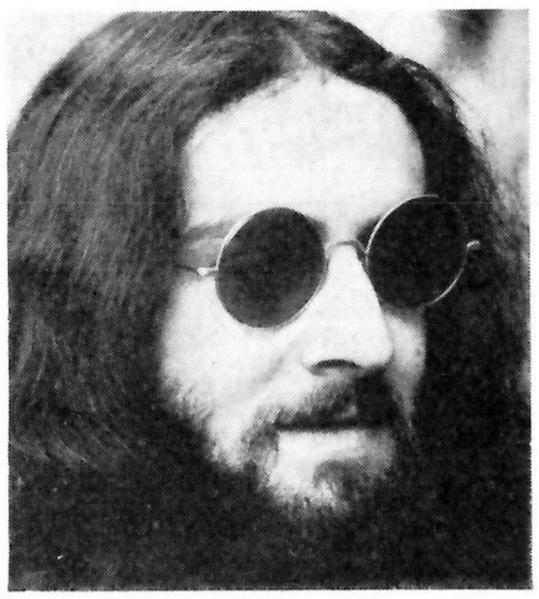
Zeitschrift
für die Folk-
& Songszene!

...leider noch
ziemlich unbekannt
und ökonomisch gefährdet,
aber dennoch ein wichtiges Organ der Szene...
JAHRESABO nur DM 10.-!

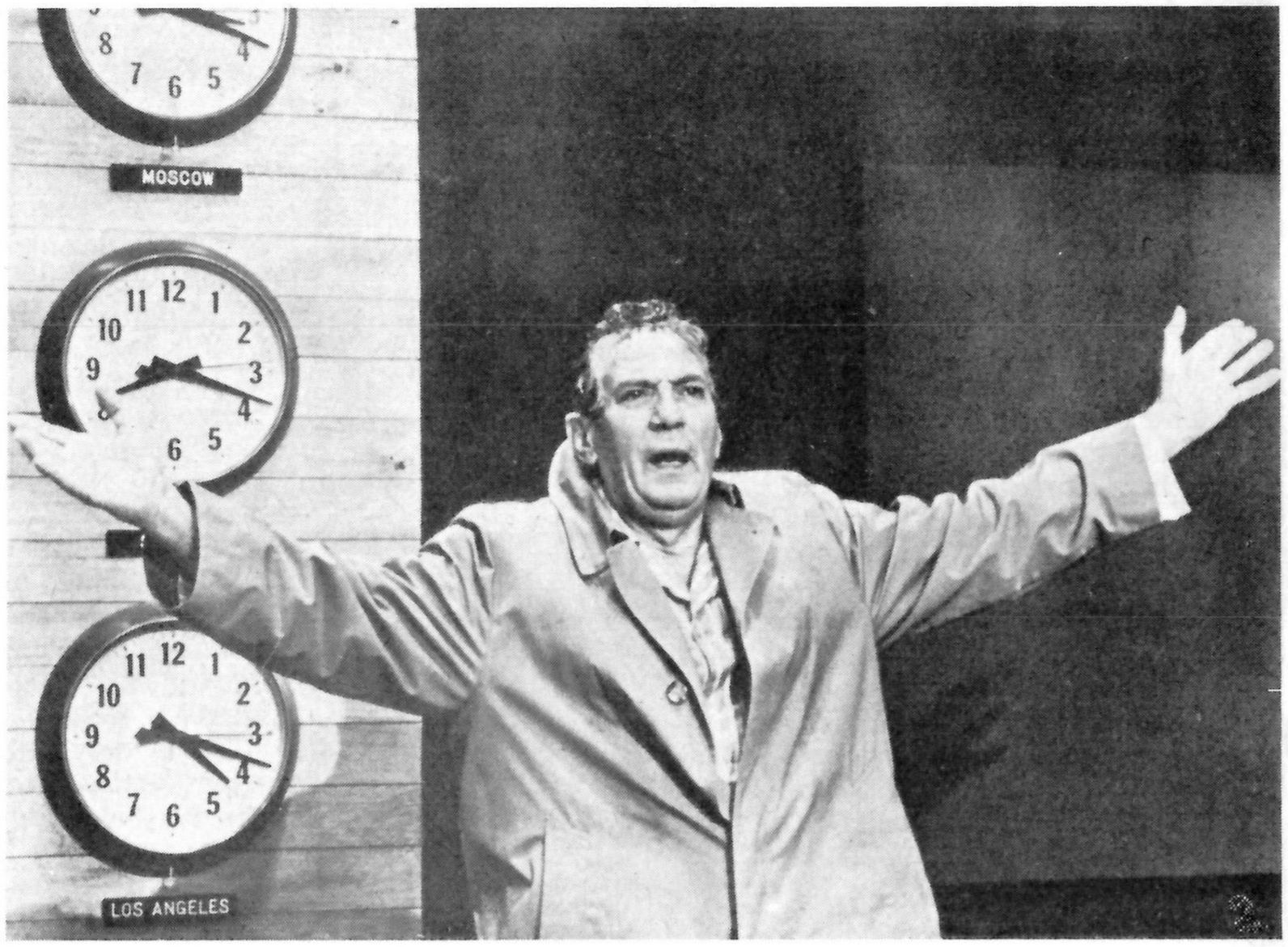
LIED SCHALLPLATTEN
über 500 Platten!
Politsong, Folk,
Volkslied etc...
Katalog anfordern
(DM 1.- in Briefmarken beifügen!)

"LIED"
Postfach 47
6524 Guntersblum

„Daß unsere TV-Stars nie große Scharlatane geworden sind, lag nicht an ihren Skrupeln“



Henryk M. Broder



Peter Finch in „Network“,

Demokratie in ihrer schmutzigsten Form

Der US-Film „Network“ ist eine Satire auf die Fernsehwirklichkeit. Doch sie enthüllt mehr als eine Dokumentation

Als Karlheinz Köpcke vor ein paar Jahren mit einem Schnurrbart, den er sich in den Ferien hat wachsen lassen, auf den Bildschirm zurückkehrte, da riefen hunderte von Tagesschauguckern beim NDR in Hamburg an, um sich über Köpckes verändertes Äußeres zu beschweren. Seinen nächsten Tagesschauauftritt bestritt Köpcke wieder glatt rasiert.

Als Rudi Carrell die Zuschauer seiner Sendung „Am laufenden Band“ im Scherz aufforderte, sein Konterfei auf die Bildschirme der Fernsehgeräte zu malen und die Apparate an den WDR in Köln zu schicken, dauerte es nur ein paar Tage, bis das Foyer des „Vierscheibenhauses“ mit Fernsehgeräten zugebaut war.

Als Dietmar Schönherr in seiner Show „Wünsch Dir was“ die Sieger dadurch ermittelte, daß er die Zuschauer in bestimmten Städten stromverbrauchende Geräte einzuschalten bat, um zu sehen, bei welchem Kandidaten mehr Kilowatte durch die Leitungen flitzten, da brachen die Stromnetze zusammen, so viele Zuschauer nahmen an der Fern-„Abstimmung“ teil.

Als Hansjürgen Rosenbauer von der Gastgeberrolle der Talk-Show „Je später der Abend“ entbunden wurde, in der er durch tappsiges Befragen von allerlei Prominenz selber für eine kurze Zeit zu unangemessener Popularität gekommen war, da verschwand er schnell und lautlos in der Riege jener namenlosen TV-Konfektionäre, aus der er zuvor aufgetaucht war.

Das Fernsehen macht aus Nieten Größen, aus Nichtigkeiten Ereignisse, aus Showeinlagen Plebiszite. Die Zuschauer, die ausschließlich als Verursacher von Einschaltquoten von Bedeutung sind, fühlen sich schon als Programm-Mitgestalter, wenn sich Köpcke ihnen zuliebe den Schnurrbart abnimmt oder Ivan Rebroff die Lottozahlen vorsingt („Wie hätten Sie es gern?“ – Hessischer Rundfunk); nichts bereitet ihnen mehr Vergnügen als der eigenen Verarschung lustvoll zu applaudieren. Das Fernsehen hat die Freizeitgewohnheiten und die Verkehrsformen der Menschen untereinander radikal verändert. Wissenschaftliche Institute befassen sich mittlerweile mit der Frage: „Was wäre, wenn es das Fernsehen nicht gäbe?“ Testfamilien werden angehalten, es vier Wochen lang ohne Fernsehen zu versuchen. Wie kein anderes Medium vor ihm hat das Fernsehen Besitz von den Menschen ergriffen – umso mehr, je fester die TV-Konsumenten daran glauben, *sie* würden sich dieses Mediums bedienen. „Das Fernsehen ist Demokratie in ihrer schmutzigsten Form“, sagt der amerikanische Autor Paddy Chayefsky.

Chayefsky, Fernseh- und Filmprofi alter Schule, hat aus dieser Erkenntnis einen Film gemacht wie ihn nur das kaputte und sich selbst immer wieder überholende Hollywood zu produzieren vermag: „Network“ (Regie: Sidney Lumet), ein Politstück mit hohem Unterhaltungswert oder ein starkes Unterhaltungsstück mit politischer Brisanz, die aber nicht auf eine platte „Aussage“ oder einen „korrekten Standpunkt“ reduziert werden kann.

Wer die neueren deutschen Filme kennt, die mangelndes handwerkliches Können mit sozialpädagogischem Engagement kompensieren, kann nur die Souveränität bewundern, mit der die Amerikaner ihre Filme drehen: technisch perfekt und im besten Sinne unterhaltend, mit einer politischen Moral aber nicht moralisierend, lehrreich aber nicht belehrend. Für Filme wie „Der Strohmann“, „Kuckucksnest“, „Nashville“ oder „Die Unbestechlichen“ gibt es in der deutschen Produktion kein Gegenstück.

Rudi Carrell in „ARD“: Wer zielt an der Realität vorbei?

Auch nach einem Pendant für „Network“ wird man bei uns nicht lange, aber vergeblich suchen. Und das liegt nicht nur daran, daß die Verhältnisse, die in „Network“ abgehandelt werden – die Organisationsform des Fernsehens und seine öffentliche Macht – in den USA weit ärger sind als in der Bundesrepublik. Es liegt vor allem daran, daß die deutsche Öffentlichkeit so weit abgestumpft ist, daß man ihr mit der Spitzhacke den Scheitel ziehen kann, ohne mit nennenswertem Widerstand rechnen zu müssen.

Folgerichtig läuft „Network“ bei uns in kleinen Studio-Kinos vor kleinem Publikum. Folgerichtig ist auch, daß die meisten Kritiker zwiespältig reagieren. Sie können nicht umhin die handwerkliche Qualität und die Unterhaltungswerte des Films anzuerkennen. Aber sie finden ihn „übertrieben“, meinen, daß er „an der Wirklichkeit vorbeizielt“. Vor allem bei den Kritikern in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, die sich schon deshalb dem US-Fernsehen überlegen glauben, weil ihre Sendungen nicht von Werbespots unterbrochen werden, führt das Sich-wieder-Erkennen zu einer Reaktion der Verdrängung: Man könne so ein ernstes Thema nicht mit den Mitteln der Satire angehen, erklären sie, oder: Schön, aber auf *unsere* Verhältnisse nicht anzuwenden.

Natürlich nicht – im Sinne einer simplen Übertragung. Selbstverständlich doch – wenn man einsieht, daß zwischen den Verhältnissen, wie sie bei uns herrschen, und denen, wie sie in „Network“ vorgeführt werden, nur graduelle aber keine prinzipiellen Unterschiede bestehen. Die Geschichte des Nachrichtenmoderators Howard Beale, der gefeuert werden soll, weil seine Einschaltquoten gesunken sind und der daraufhin ankündigt, er werde sich in einer Woche vor der Kamera das Leben nehmen, da seine Sendung das einzige ist, was er im Leben hat; der über Nacht zum populärsten TV-Akteur wird, den Selbstmordplan aufgibt, der nicht mehr als Nachrichtensprecher sondern als „zorniger Prophet Amerikas“ auftritt, sich alles erlauben darf, das Publikum beschimpfen und seinen Sender bloßstellen; die Geschichte des Howard Beale, der an seine „Botschaft“ glaubt, sie aber auf Weisung von oben von Fall zu Fall ändert – das ist die Extremausgabe der Tele-Läufe von „Stars“ wie Breiter, Rosenbauer, van Burg und wie die Bruchpiloten alle heißen, deren angenommene Bedeutung nie mit dem übereingestimmt hat, wodurch sie zu dieser Bedeutung gekommen sind.

Daß sie – im Gegensatz zu Howard Beale – nie wirklich große Scharlatane geworden sind, lag nicht daran, daß sie zu viele Skrupel gehabt hätten, sondern daß sie nicht das Zeug zum großen Wurf hatten, weder im guten noch im schlechten. Die Geschichte der Fernsehgesellschaft UBS, die ihre defizitäre Nachrichtenabteilung dadurch saniert, daß sie statt der News eine Show mit dem „zornigen Propheten Amerikas“, einer Wahrsagerin und einer Mata-Hari-Kopistin bringt; die eine Maotsetung-Stunde einrichtet, in der Stadt-Guerillas mit ihren letzten Aktionen sich selbst darstellen, nachdem sie zäh und geschickt über Honorare gefeilscht haben; die Geschichte der Fernsehgesellschaft UBS, bei der nur der Erfolg zählt, die Howard Beale, den zornigen Propheten, live erschießen läßt, als seine Popularität schließlich doch nachläßt, das ist eine radikale Satire auf das Gebaren jener Fernsehanstalten, die vor der letzten Konsequenz noch zurückschrecken. Die Machtkämpfe in den Kulissen, die Karriere-Trips, die Rivalitäten unter den Hierarchen, wie sie in „Network“ gezeigt werden, finden genauso schon heute statt.

„Network“ ist – nicht trotz, sondern wegen der satirischen Überzeichnungen – ein sehr realistischer Film. Die Satire kann der Zugang zu einer Wirklichkeit sein, die sich der dokumentarischen Darstellung entzieht. Wenn es dafür ein gelungenes Beispiel gibt – „Network“ ist es. ■

THEATERMANUFAKTUR

ZEIGT

Johann Faustus

VON HANNS EISLER

5.5. VILLACH, Festival
26.5. BONN, Bonn-Center
27.5. KÖLN, Schauspiel
28.5. MAINZ, "Brecht"
31.5. RECKLINGHAUSEN
bis RUHRFESTSPIELE '77
7.6. "1848" + "FAUSTUS"
1o.6. FRANKFURT, TAT
12.6. MARBURG, ASTA

Kontaktadresse für Gastspiele: Peter Wippermann
Bornstr. 3 · 2 Hamburg 13

Die ganze Welt des Horror-Films: Mythologie, Geschichte, Theorie, Regisseure, Stars, Spezialisten in einem Buchpaket für nur 54 Mark!

Roloff und Seeßlen (Philosophie: »Wie frei eine Gesellschaft ist, wie ängstlich sich die Menschen in ihr fühlen, das läßt sich am Unterhaltungsfilm und seinen Mythen ablesen. Unsere systematische Darstellung des populären Films hilft deshalb, den Menschen zu verstehen, denn die Ware Unterhaltung reflektiert seine Lebensnorm«) präsentieren das erste Lexikon und den ersten Einführungsband zum Horror-Film. Erleben Sie den Reichtum und die Phantasie eines Genres, dessen Mythen Ihnen eigentümlich vertraut sind: **Der Horror-Film** (A - L und L - Z). In zwei Bänden beschreiben die Autoren die großen Schöpfer des Horror-Films und ihre Filme. Über 140 ausgesuchte und phantastisch reproduzierte Fotos dokumentieren den Kosmos der optischen Mythologie des Horror-Films. Über 1000 Filme, 528 Seiten. nur 36 Mark.

Kino des Phantastischen. Der spannende Basisband führt in Mythologie, Geschichte und Theorie ein. 192 Seiten, 18 Mark.

Bei Ihrem Buchhändler können Sie die Bücher gleich einmal durchblättern, falls nicht möglich, bitte Coupon absenden: Roloff und Seeßlen, Adelsbergstraße 19, 8000 München 60.

COUPON (Bitte einsenden an: Roloff & Seeßlen, Adelsbergstraße 19, 8000 München 60)

Hiermit bestelle ich gegen Vorauszahlung:

☐ Das Horror-Buchpaket (3 Bücher für 54 Mark)
☐ Lexikon Der Horror-Film, 36 Mark
☐ Kino des Phantastischen, 18 Mark
(Katalog und Plakat erhalte ich bei Bestellung gratis.)

Name, Vorname
Straße/Nr.
Postleitzahl, Ort
(Lieferung in Österreich nur über HANNIBAL)

1

Am 2. Juni 1967 erschießt der Berliner Polizeibeamte Kurras den Studenten Benno Ohnesorg. Kurras wird freigesprochen. Er bleibt im Dienst. Er behält seine Waffe. Erst als er sich im normalen Außendienst, in Berlin-Spandau, an ein kleines Mädchen heranmacht, wird er vom Dienst suspendiert.

2

In Berlin-Charlottenburg liquidiert der Polizeibeamte Salzwedel einen Autodieb mit aufgesetztem Nackenschuß – das Opfer befand sich im festen Griff zweier Taxifahrer. Der Beamte erhält eine kleine Geldstrafe.

3

Beim Öffnen der Wohnungstür, völlig nackt, erschossen der Schotte McLeod in Stuttgart. Es kommt zu keinem Verfahren. Die Hinterbliebenen in Großbritannien werden „ausbezahlt".

4

„Auf der Flucht" von hinten erschossen der 17jährige Erich Dobhardt. Der BGH segnet den Todesschuß des Kriminalpolizisten ab. Der 17jährige sei außerordentlich kriminell gewesen – er hatte nach der Flucht aus dem Heim Kleidung, Moped und Nahrungsmittel gestohlen.

5

Erschossen G. Jendrian in München; aus nächster Entfernung erschossen ein junger Mann im Auto, dessen Vergehen darin bestanden hatte, ohne Führerschein mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren zu sein.

6

Zu Tode gekommen zwei Demonstranten bei den Osterunruhen 1968 in München. Die Polizei: sie seien von Mitdemonstranten getötet worden. Günter Wallraff ermittelte etwas anderes.

7

Erschossen Georg von Rauch, Petra Schelm, Tommy Weißbecker. Keine Verfahren gegen die, die töteten. Dafür ein Verfahren gegen den Verlag Klaus Wagenbach, weil dieser jene Tötungen „Mord" genannt hatte.

8

Die Treppen hinuntergeschleift, wobei der Kopf von Stufe zu Stufe polterte, G. Routhier in Duisburg. Von der deutschen Polizei. Kein Verfahren. Hunderte von Verfahren gegen jene, die den Tod des Bluters Routhier „Mord" nannten.

9

Der Ermordete ist immer schuld. In Deutschland. In der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

10

In Wagenbachs Taschenbücherei erschien als Band 26
DER STAATSFEIND – Leben und Tod des Anarchisten Franco Serantini, von Corrado Stajano, aus dem Italienischen von Peter O. Chotjewitz, Berlin, 1976, DM 7,50.

Peter-Paul Zahl

Tod eines Staatsfeindes

11

Italien ist anders.
Italien ist ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland ein kapitalistisches Land, mit kapitalistischen Polizisten, Staatsanwälten, Richtern, Machern und Politikern.
In Italien funktioniert zu großen Teilen noch etwas, was hier früher einmal „Öffentlichkeit" genannt wurde.

12

Stajanos Bericht erzählt Leben und Tod des Franco Serantini: geboren 1951 auf Sardinien, Vollwaise, Findelkind, ständiger Aufenthalt in Waisenhäusern und Besserungsanstalten, nie straffällig geworden. Bis zum Tod ständig interniert.

13

Stajano berichtet von jener ständigen Beleidigung, Menschen unmündig zu halten, und vom Reifeprozeß eines Waisen, mündig zu werden.
Der „Staatsfeind" war bis zum Tode Pazifist. Er gehörte einer anarchistischen Gruppe in Pisa an.
In Italien werden Anarchisten Anarchisten genannt, Marxisten-Leninisten werden Marxisten-Leninisten genannt. Keiner käme auf die Idee, einer MLer „Anarchisten" zu nennen. Die Anarchisten gehören zum politischen Spektrum. Basta.

14

Von der Polizei während einer Demonstration gegen eine faschistische Versammlung zusammengeschlagen, Franco Serantini.
Von der Polizei in den Knast verschleppt und angezeigt, wegen „Widerstand" (den S. nicht geleistet hatte), Serantini.
Im Knast krepiert: Serantini. Nicht behandelt vom Arzt. Leichenschein. Aus.
Ganz normale Geschichten in einer Welt der Gewalt, in der gewalttätigen Welt des Kapitals.

15

Polizei und Staatsanwalt versuchen, Serantini schnell und ohne Aufsehen im Grab verschwinden zu lassen.
Eine ganz normale Denk- und Handlungsweise von Polizei und Staatsanwaltschaft. Hier, in der BRD, dort, in Italien.

16

Was ist anders in Italien?
Eine Menge ist anders in Italien. Es gab die Resistenza. Es gibt Tausende von Kommunisten im Staatsdienst. Es gibt in der Bürokratie Beamte, die nicht bereit sind, die Ermordung eines Anarchisten zu decken. Es gibt Widersprüche im Staatsapparat. Es gibt eine Öffentlichkeit. Es gibt Richter, die ohne Ansehen der Person ermitteln. Wenn es sein muß, gegen den verzweifelten Widerstand eines sehr rechten Generalstaatsanwaltes.
Und es gibt eine demokratische Öffentlichkeit, die nicht zuläßt, daß ein von der Polizei totgeprügelter Anarchist verscharrt wird, ohne Aufhebens verschwindet, wie er ohne Aufhebens gekommen war: an der Beerdigung Serantinis am 9. Mai 1972 nahmen nicht nur Studenten, außerparlamentarische Gruppen und Anarchisten der ganzen Region, sondern auch der Oberbürgermeister, die Abgeordneten der linken Parteien, Gewerkschaftsführer, ja sogar Vertreter der Jugendverbände bürgerlicher Parteien teil.

17

Das Buch zeigt Leben und Tod eines sozialen und politischen Außenseiters. Es zeigt ein Leben in ständiger Repression und einen ganz normalen gewaltsamen Tod, dessen Normalität erst durchbrochen wird, als Öffentlichkeit geschaffen wird. Und geschaffen werden k a n n. In Italien. Übersetzer Chotjewitz empfiehlt dies Buch in erster Linie der westdeutschen Presse und dem hiesigen Richterstand zur Lektüre. „Das eigentliche Bemerkenswerte an dem Buch... ist die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik nie geschrieben werden und nie ungehindert erscheinen könnte, wenn Serantini Westdeutscher wäre und seine Mörder Westdeutsche wären."
Italien ist anders. Seine Züge verkehren vielleicht – wegen der vielen und berechtigten Streiks – nicht so pünktlich wie in der BRD, wo grauenvolle „Ordnung" herrscht. In Italien gehen die Züge a n d e r s.
Ein Beweis, unter vielen, dies Buch.
Scham, sagte Marx, ist ein revolutionäres Gefühl. ■

KONKRET-Autorin Swantje Storm arbeitet in der Nachrichten-Redaktion einer großen Rundfunkanstalt. Sie beschreibt, von wem, unter welchem Druck die Ware Nachricht wie zubereitet wird, bis sie jeden Informationswerts für die Mehrheit der Bevölkerung entkleidet ist

Die große Lüge mit den kleinen Wahrheiten

Am Abend des 26. November 1976 hat die Tagesschau-Redaktion 14 Themen ausgesucht und aufbereitet. Davon spielen zwei im Ausland, neun im Inland, und drei Themen berühren sowohl das Inals auch Ausland. Es gibt Wort- und Filmbeiträge, ergänzt durch erklärende Schautafeln. Ihre Reihenfolge: Havemann unter Hausarrest – Konferenz des Warschauer Paktes in Bukarest – Tito gegen ausländische Einmischung – Willy Brandt neuer Präsident der Sozialistischen Internationale – Streit zwischen CSU und CDU – Guiringaud in Bonn – Generalsaffäre – Angeblicher Sowjetagent festgenommen – Beginn des Weinhold-Prozesses – Auto-Haftpflicht wird teurer – IG Metall lehnt Unternehmerangebot ab – IG Bergbau für Vier-Tage-Woche – Mieterbund verlangt billige Wohnungen – Deutsche Hilfe für türkisches Erdbebengebiet und die Situation dort. Zum Schluß das Wetter.

Diese Themen hat die Redaktion aus einem wesentlich größeren Angebot der Nachrichtenagenturen herausgefiltert. Unter den Tisch gefallen sind mindestens 80 mehr oder weniger relevante Ereignisse: von „Filbinger kritisiert ‚publizistische Exzesse' wegen Biermann" bis hin zu „Collie-Kurzhaarhündin in Polen erfolgreich" (Inland), von „Französische Schriftsteller verurteilen Biermann-Ausbürgerung" bis hin zu „Franz Barsig von tunesischem Regierungsmitglied empfangen".

Für interessant und erwähnenswert hätte *ich* aus dem Agenturmaterial gehalten: Bonn rechnet mit mindestens 800 000 Arbeitslosen im Jahresschnitt 1977 – Studenten wollen streiken – Zwischenbericht über Erfahrungen mit Tempo 130 – CDU und FDP in Niedersachsen einigen sich auf „liberale Lösung zum Extremistenbeschluß" – Streik in Dänemark bringt Regierung in Schwierigkeiten – UNESCO vertagt Erklärung zur Rolle der Massenmedien.

Wie gesagt: Hätte ich. Denn die Auswahl der Nachrichten ist ein höchst subjektives Geschäft. Über den Wert jeder Meldung läßt sich streiten – bei der Tagesschau kommt im übrigen noch hinzu, welche Filme angeboten werden und von wem. So hört man, daß Herr Nowottny, wenn er Lust hat, mit Filmen über das Thema in die Sendung gehen kann, das er höchstselbst für selbstdarstellungsträchtig hält.

„Über die Arbeitswelt berichten Bild- und Tonausfall"

Zurück zu den Wortbeiträgen: Entscheidungen werden nicht in der Redaktion durch Diskussion getroffen. Sie kommen „von oben". Das erste Wort haben die Proporz-Chefredakteure der ARD, die sich nachmittags zu einer Konferenz zusammenschalten lassen, das letzte Wort (das nicht sein eigenes sein muß) hat der Redaktionschef. Über Auswahl und Richtung befindet weiter der jeweilige „Dienstleiter", der die Agenturtexte die Redaktionshierarchie nach unten weiterreicht, Weisungen gibt und kontrolliert. Schließlich sortiert der Redakteur aus dem ihm gebotenen Material aus, was ihm wichtig erscheint. Jeder verordnet also Meldungen nach seinen persönlichen Maßstäben.

Und in jeder dieser Meldungen stecken schon die Werturteile der Urheber, der Vermittler und der Bearbeiter in den Nachrichtenagenturen. Ehe sie in der Tagesschau-Redaktion verwertet wird, ist die Nachricht schon mehrfach vorgekaut, verformt, verändert. Die Handelsware „Nachricht" hat ihren Markt und ihre Monopole; marktbeherrschend sind im wesentlichen die großen US-Agenturen. In der Bundesrepublik kommt hinzu vor allem dpa (Deutsche Presseagentur). Sie arbeitet mit upi (United Press International) zusammen, in ihrem Aufsichtsrat haben die deutschen Verleger ihre Mehrheit. Die Inhalte – Verteidigung der herrschenden Ordnung – sind damit vorgegeben.

Denn die Repräsentanten dieser Ordnung fungieren meist auch als Urheber, als Quelle. Die Regierungen, Parteien, Verbände, also jene „gesellschaftlich relevanten Gruppen" der Rundfunkgesetze, veranstalten Nachrichten, deren größter Teil in neutrale Sprache verkleidete amtliche Verlautbarungen oder offiziöse Ansichten sind. Journalisten vor Ort erhalten oder besorgen diesen meist schon für sie aufbereiteten Stoff, häkeln ein bißchen daran herum und geben ihn an die Agenturen, die ihn ein drittes Mal bearbeiten und dann ausstoßen. Auswahl und Reihenfolge obliegt auch in den Agenturen einem Hierarchen – seit Einführung der elektronischen Nachrichtenvermittlung gibt es in der dpa-Zentrale eine Tendenz, die einlaufenden Berichte möglichst schnell umzuschlagen, was die Qualität nicht eben hebt. Beim Empfänger – hier also der Tagesschau – wird weiter sortiert und bearbeitet.

Der Sprecher verkauft das Ergebnis seinem Publikum, das das Ganze für objektiv hält. Jedoch: Nachrichten sind parteilich. Aus weiten Bereichen wird gar nichts berichtet oder nur dann, wenn etwas besonders Spektakuläres passiert. Auch in die nackteste Nachricht fließen im Laufe des Bearbeitungsvorganges Vorurteile ein. Ich erinnere mich an eine dpa-Meldung über die Festnahme eines BM-Verdächtigten. Der Mann sei gefaßt worden, stand da, ehe er seine Pistole habe ziehen können. Ja, wollte er denn?

Ein anderes Beispiel. Wenn 20 000 Menschen demonstrieren, dann handelt es sich um „Unruhen in Polen". Noch keine Agentur hat „Unruhen in Norddeutschland" gemeldet – dort gibt es „Zusammenstöße" in Brokdorf oder anderswo. Apropos: wer je an einer Demonstration in und um Brokdorf teilnahm, mag sich – ob-

Sozialismus-Strategien in Westeuropa

Die „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" erscheinen viermal im Jahr mit einem Umfang von ca. 250 Seiten pro Heft. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 12,–. Abonnementspreis für einen Jahrgang (4 Hefte): DM 44,– (incl. Porto).

Der wissenschaftliche Charakter der sozialistischen Theorie gründet weder in einem kanonisierten Lehrgebäude, noch auf bequemen Utopien. Marxistische Theorie betreiben, d.h. die Resultate von Marx und Engels zu verstehen und anzuwenden, setzt deshalb voraus: gegen jeden Idealismus kämpfen, die heißen Eisen anpacken und den offenen Streit der Meinungen fördern.

Inhalt der letzten Hefte:

- Von de Gaulle zur Volksfront Klassenkämpfe in Frankreich 1950–1975
- Vom Empire zum Staatsbankrott – Klassenstruktur Großbritanniens 1950–1975
- ZK-Diskussion in der KPI (Berlinguer, Peggio, Amendola, Longo)
- Kritik der neueren Krisentheorie
- Elend der marxistischen Philosophie
- Diktatur des Proletariats (Hincker, Sève, Balibar)

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Redaktionsanschrift: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, c/o VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26, Tel. 040/21 45 10
Bestellungen mit der in diesem Konkret-Heft beigehefteten Postkarte an Ihre Buchhandlung oder an: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin (West) 36

ARD-Redakteur Nowottny: Sagen Sie mir, was ich fragen soll

jektivitätsgläubig wie er vielleicht noch war – gewundert haben über die öffentlich-rechtliche Berichterstattung. Kein Wunder: die Nachrichtenagenturen verbreiten bevorzugt die amtlichen Versionen der Polizei, der Behörden, der Regierungen – diese sind ihnen seriöse Quellen. Und die Berichterstatter stehen auch auf der offiziellen Seite der Barrikade. Informationen sind halt eine Machtfrage. Neutral mitnichten.

Das ZDF zeigt auf seiner Europakarte stets ein Deutschland in den christlich-demokratischen Grenzen von 1937. Und für Politiker, die in Fernsehnachrichten buchstäblich eine Rolle spielen, gilt: sie sind sowohl Veranlasser der Nachricht als auch Objekt der Berichterstattung als auch schließlich noch Kontrolleur der Programme, da sie in den Aufsichtsräten sitzen. Glaubt jemand, daß der Gefreite Stephan tatsächlich den General Tandler interviewt? Er fragt ihn dessen Fragen.

Nicht souverän also handelt der Nachrichtenredakteur bei der Tagesschau, sondern abhängig und vielfach fremdbestimmt. Die Ausleseprinzipien sind so eingefahren, daß die Meldungen der Tagesschau am nächsten Tag in ähnlicher Aufmachung auch in den Zeitungen zu finden sind. Das System funktioniert, denn bei aller Subjektivität setzen sich zwei Kriterien immer durch: Aktuell muß die Geschichte sein, möglichst gerade erst passiert, und spektakulär. Höchste Aktualität hätte so etwa die Meldung: „In diesem Moment geht die Welt unter ..."

Nachrichten sind zum konsumieren und wegwerfen da. Kluge Wissenschaftler sprechen von „Karrierethemen" und von „Schaumkronenpublizistik" – und in der Tat: vom Wasser und den Wellen, von den Winden und Strömungen ist fast nie die Rede. In seiner berüchtigten Rede vor der Jungen Union in München hat Franz Josef Strauß es ausgesprochen: wenn tatsächlich immer alles wahrheitsgemäß an die Öffentlichkeit käme, dann wären die C-Parteien längst weg vom Fenster.

Man ahnt, wieviel Schein in den Informationen steckt. Vielleicht wird nur ein Prozent dessen publik, was da so gelogen, geschoben und gemeuchelt wird. Und wie es publik wird, ist auch schon wieder gelogen und geschoben – hat nicht Freiheit-Verwahrer Maihofer eigenmäulig mit dpa-Redakteuren abgesprochen, wie sie über seinen Tritt in den Mist zu berichten hätten, ohne ihm den Fuß abzuhacken?

Der Informationsanspruch endet vor Fabriktoren und Kabinettstüren. Diskretion bitte: Schleyers Drähte liegen im Verborgenen. Oder: Händeschütteln immer, Entscheidungsprozesse nie. Einflußnahme: keine. Bitte nicht stören in der Arbeitswelt: sie war unter rund 100 Themen des 26. 11. 76 gut gerechnet sechsmal vertreten, der Rest war mehr oder weniger hohe Politik. Nur wenn's spannend wird wie in Erwitte, dann ist eine Nachricht drin – ansonsten sei das BGB davor.

Hinter den Kulissen bleiben Machtstrukturen, Interessenkonflikte, die damit nicht existieren. Und wenn Konflikte nicht verschwiegen werden können, dann werden sie verlagert: Der Streik der Drucker richtet sich nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Zeitungsleser. Warum und wozu etwas geschieht, welche Interessen hinter einer Aktion stehen, wie die Probleme zusammenhängen, welche Auswirkungen welche Politik auf mich und dich hat oder ob es Alternativen gibt – all das ist nicht erkennbar.

Deshalb wird über Bürgerinitiativen nur berichtet, wenn es ganz spektakulär wird. Über Unterdrückung in Südafrika erfahren wir nur etwas, wenn reichlich Blut geflossen ist. Über die Zementarbeiter von Erwitte wird in einem Jahr weniger gesendet als über Staatssekretär Bölling an einem Tag. Die Nachrichten kennen weite Tabu-Zonen: die Arbeitswelt, die Schule, die Familie, die Gewinne, die Armen, die Frauen – und wenn diese Bereiche schon einmal gestreift werden müssen, dann im Behörden-Kauderwelsch oder im Wirtschaftsdeutsch für Chinesen. Keine Chance haben auch gesellschaftliche Minderheiten, da sprachlos und ohnmächtig, und politisch radikale Positionen fallen in der Proporz-Objektivität der politischen Mitte ohnehin unter den Tisch.

In Fernseh-Nachrichten werden Gegenstände, Personen, Ereignisse sichtbar gemacht, aber nicht durchschaubar. Wie in den eingangs zitierten Sendungen laufen Politiker vor den Kameras herum – die Information heißt: in Bonn herrscht allerlei Hektik, Bewegung und Geschäftigkeit. Dem Zuschauer und -hörer verschafft es aber das volksvertretende Gefühl, ganz intim mit den hohen Herren zu sein und die politische Wirklichkeit genau zu kennen. Er weiß aber nichts, denn: „Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt".

Man sieht nur, die sich ins Licht stellen: Personengruppen, Personen handeln, und zwischen diesen gibt es einige Meinungsverschiedenheiten – Privatsache also ist Politik. Etwa die Hälfte der Meldungen gibt Meinungen dieser Personen wieder, deren Anschauungen als Information über das Weltgeschehen erscheinen und – oft Lügen – der Form halber in den Konjunktiv versetzt werden, falls sie nicht im Originalton verbreitet werden. So erscheint Politik als Betätigung für ein paar Spezialisten, die schon wissen, was sie tun. Das befähigt uns nicht zum „danach richten", zum handeln. Das bleibt den Politikern überlassen. ■

Martin Walser

Der Grund zur Freude

99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

IX. Teil

81. Nachdem die Sinnfrage für überflüssig erklärt wurde:

Ach, das Hohe läßt nur hoch
das Tiefe nur tief sich sagen, das Gemeine gemein:
wer den Dichter will verstehen,
muß des Dichters Bankkonto ansehen.

82. Für einen Kollegen, dem ich Dank schuldig wäre:

Was kannst du dafür, daß du's besser weißt!
Du suchst dir deine Strenge nicht aus! Weil ich
dem Oberlehrer nicht folgte, hab ich
den Überlehrer gekriegt.

83. Unser Habitus:

Feindselig sind wir und süchtig danach,
Grausamkeit hervorzubringen,
jeder möchte der Schrecklichste sein und rufen
zum Selbstmord, den er selbst nicht begeht.

84. Dichter-Lizenz:

Nur zu, Wut, Ekel, Verzweiflung, nur zu,
nur buchstabiert unsere Gemeinheit, und mit Genuß,
daß man sieht: geborene Krüppel sind wir,
und: das läßt sich nicht ändern.

85. Marterl:

Wie lang willst du uns noch diesen Schrei
aus deinem Badzimmer verkaufen,
deinen Aussatz, vor Spiegeln gezüchtet, deine
ausgezeichnete Verzweiflung?

86. ...wächst das Rettende auch.

Wenn der Dichter wieder vom Tod spricht
läuft der Gnädigen Frau und ihm im Mund
das Wasser wieder zusammen. Dann spülen sie's
mit Champagner da capo hinunter.

87. Einem Verzweifelten in den Terminkalender:

Mir ist, ich gesteh's, das Lachen noch nicht vergangen.
So lang schon gehen wir gut essen und geben
unsere Verzweiflung bekannt. Darum,
liebe Mitesser, Mahlzeit.

88. An Nachkommen:

Was ihr von uns erfahrt, ist nichts gegen das
was gewesen ist. Jeder hat jeden gepeinigt,
wo's ging. Das Brot wurde gegessen
vor Hungernden.

89. Stichtag:

Wäre nichts mehr zu tun, alles wäre schon
gut eingerichtet, keiner drückte
den anderen, nur der Tod drohte noch,
dann dürftest du verzweifeln.

90. Das Endspielspiel:

Diese Minderheit von wunderbar ernährten
Menschen räkelt sich apokalyptisch,
übt vor getauften Kameras
den Belcanto Desparat.

aus unserem programm

AG SPAK
Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise

Materialien zu Theorie und Praxis der Arbeit im Reproduktionsbereich

M 19 Materialien zur alternativen Ökonomie 1

Ein Reader verschiedener, alternativ zur bestehenden Lebens- und Wirtschaftsform entwickelter, auch praktizierter Modelle; eine Kritik an den dargestellten Modellen. 196 S., DM 6,50, ISBN 3-88227-019-5

M 20 Empirie einer Subkultur – Obdachlosensiedlung Mühltal

Diese Arbeit stellt die Lebensformen von Obdachlosen als ein subkulturelles Interaktionsfeld dar, das sich in den Zusammenhang vorindustrieller Kulturtraditionen einordnen läßt. – 220 S., DM 8,50, ISBN 3-88227-020-9

M 24 Zur Praxis von Vorschul- und Schülerarbeit mit Obdachlosenkindern

Eine Zusammenstellung von Materialen und konkreten Anregungen zur Arbeit mit Kindern in Obdachlosengettos. – 160 S., ca. 50 Abb., DM 7,80, ISBN 3-88227-024-1

M25 Jugendwohnkollektive – zwischen Chance und Illusion

Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Arbeit in Jugendwohnkollektiven. Der Schwerpunkt der Aufsätze liegt auf der Beschreibung des stärker werdenden Einflusses der Sozialbürokratie sowie dem Entwurf von Gegenmaßnahmen. – 190 S., DM 8,–, ISBN 3-88027-025-X

M 26 Handbuch zur praktischen Medienarbeit in Initiativgruppen 1

Was man mit Farbe und Papier so alles machen kann, z. B. Zeitung, Flugblatt, Plakat, Briefe, Infostand. 190 S., zahlreiche Abb., DM 8,50, ISBN 3-88227-026-8

M 27 Plutonium und Polizeistaat oder Was kommt nach Wyhl und Brokdorf?

Dieses Buch unternimmt den Versuch, die Atomenergieproblematik im Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und Politik, von Ökologie und politischem Widerstand zu untersuchen. – 128 S., DM 6,80, ISBN 3-88227-027-6

D 5 „Selbst"-Mord in U-Haft – Briefe und Dokumente

Im Mittelpunkt dieser Dokumentation steht der Prozeß der sozialen Vernichtung eines Menschen in Untersuchungshaft. Anhand von Briefen, Beschlüssen und Beschwerden wird der aussichtslose Kampf gegen Justizapparat und Bürokratie gezeigt. *„Eine wichtige und deprimierende Aufklärung über Strafvollzugspraktiken hierzulande."* PARDON, 3/77
305 S., 8,50 DM, ISBN 3-88227-105-1

Erhältlich im Buchhandel. – Bestellungen über AG SPAK: nur gegen Vorauszahlung (plus Porto: DM 1,00 1 Expl., DM 0,50 für jedes weitere) auf das Postscheckkonto der AG SPAK Nr. 17651-104 PSchA Bln/W.

Katalog anfordern!

AG SPAK – Publikationen –,
Friesenstraße 13, 1000 Berlin 61

Offener Brief an Ernst Albrecht

Hans-Christoph Buch

Der Westberliner Schriftsteller Hans-Christoph Buch lebt zeitweise in Niedersachsen, unweit Gorleben. Er sah auch den Bürgerkrieg in Grohnde. Und das strahlende Lächeln des Strahlen-Kommandeurs Ernst Albrecht

Sehr geehrter Herr Dr. Albrecht,
nach sorgfältigem Studium Ihrer öffentlichen Ein- und Auslassungen zur Energiepolitik bin ich zu dem Schluß gelangt, daß Sie und die von Ihnen geführte Regierung für die Bevölkerung Niedersachsens ein unzumutbares Sicherheitsrisiko darstellen. Ich will hier gar nicht von der geplanten Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben sprechen, die mich besonders betrifft, weil sie praktisch vor meiner Haustür liegen wird; auch nicht von Ihren halbherzig dementierten Überlegungen zwecks Wiedereinführung der Folter in der Bundesrepublik (selbstverständlich nur in „extremen Ausnahmesituationen") oder von Ihrem Wortbruch in Sachen Kreisreform (das waren Wahlversprechen, an die hier sowieso keiner mehr glaubt): Ich will mich nur auf Ihre Erklärungen nach den „bürgerkriegartigen Ausschreitungen" in Grohnde beschränken, die mir frisch, sozusagen hautnah, in Erinnerung sind.

In der Tagesschau vom 19. März haben Sie die circa 30 000 Demonstrationsteilnehmer, die sich zu einer Protestkundgebung am Bauplatz in Grohnde versammelt hatten, als „Verbrecher" und „kriminelle Elemente" bezeichnet und die Hoffnung geäußert, daß die bestehenden Gesetze ausreichen mögen, um diese Verbrecher einer möglichst strengen Bestrafung zuzuführen. – Woran haben Sie dabei gedacht? An Folter? Oder vielleicht an die Todesstrafe? Daß es mit Ihrer Kenntnis von Recht und Gesetz nicht besonders weit her ist, bewiesen Sie am nächsten Tag mit dem kuriosen Ansinnen, der Bundesrat möge ein Verbot des KBW verfügen – wozu, laut Verfassung, allein das Bundesverfassungsgericht befugt ist.

Warum die ganze Aufregung? Herrschte in Grohnde wieder einmal ein „übergesetzlicher Notstand", der die Verfassung außer Kraft setzt? Oder sind Sie nach Ihrem Hubschrauberflug über das Gelände einfach nur aus der Fassung geraten? Vermutlich haben Sie von Ihrem schaumgummigepolsterten Sitz in 50 oder 100 Metern Höhe (niedriger dürfte sich der Pilot kaum gewagt haben, um Ihre innere Sicherheit nicht durch Papierdrachen gefährden zu lassen) eine Menge weißer Plastikhelme gesehen, die Sie wahrscheinlich für gefährliche Angriffswaffen hielten, weil Sie, außer bei einer Zechenbesichtigung, noch nie in Ihrem Leben einen solchen Plastikhelm tragen mußten.

Was sie von Ihrem luftigen Sitz aus nicht sehen konnten (oder vielleich auch nicht sehen wollten), waren die Schläge, die auf diese Plastikhelme niedersausten, und die Ihnen die Funktion dieser Schutzhelme vielleicht hätten verständlicher machen können. Was Sie ebenfalls von dort oben nicht sehen konnten, waren die Busdurchsuchungen und Verkehrsbehinderungen der Polizei auf den Zufahrtswegen, welche die friedlichen Bürger von Grohnde schließlich bewogen, aus Protest die Gleise der Bundesbahn zu besetzen. Durch diese Provokationen der Polizeiführung, die ja im Umgang mit Demonstranten gewiß nicht unerfahren ist, wurde das Klima für Gewalttätigkeiten überhaupt erst geschaffen, deren Ausbruch Sie hinterher den Demonstranten in die Schuhe schoben.

Ich will nicht leugnen, daß es unter den Demonstrationsteilnehmern auch Provokateure gegeben haben mag, die die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten. Schließlich hat die Atomindustrie und der mit ihr verbündete Staat ein handgreifliches Interesse an Handgreiflichkeiten, die es den Regierenden erlauben, harmlose Umweltschützer zu Verbrechern abzustempeln und die sogenannten „energiepolitischen Notwendigkeiten" mit dem Knüppel durchzusetzen. Aber einmal angenommen, es gab unter den Demonstrationsteilnehmern wirklich ein paar zu allem entschlossene Leute, die es in Kauf nahmen, sich blutige Köpfe zu holen: Worin besteht eigentlich das Verbrechen dieser Leute – abgesehen davon, daß sie Mitglieder nicht verbotener politischer Sekten sind? Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie versucht haben, einen bei Nacht und Nebel ohne Genehmigung errichteten Bauzaun wieder einzureißen. In Ihren Augen, Herr Albrecht, ist das sicherlich ein todeswürdiges Verbrechen, handelt es sich hier doch um einen eindeutigen Angriff gegen das private Eigentum – auch wenn der Eigentümer ein anonymer Großkonzern ist. In anderen Fällen, wo die Eigentumsverhältnisse noch klarer liegen, sind Sie da nicht so pingelig: als ein Gartower Landbesitzer, Graf Bernstorff, erklärte, er werde sich der Ansiedlung einer Atommülldeponie auf seinem Grund und Boden mit allen Mitteln widersetzen, sprachen Sie sogleich von Enteignung.

Aber zurück zum Bauzaun. Gibt es Ihnen nicht zu denken, Herr Albrecht, daß Ihre Partei, die sonst immer mit markigen Protesten gegen Minenfelder, Elektrozäune und Selbstschußautomaten schnell bei der Hand ist, gleichzeitig mit Hand anlegt, wenn Bauplätze sich über Nacht in militärisch gesicherte Festungen verwandeln? Eine einschlägige Firma hat zum Schutz von Atombauplätzen bereits die Errichtung von Mauern mit Stacheldraht vorgeschlagen. Vielleicht könnte die DDR hier etwas technisches Know-how beisteuern! Und wenn eines Tages der Schießbefehl kommt, würden die Gewehre hier wie dort auf die eigene Bevölkerung gerichtet sein.

Das einzige, was mir angesichts dieser Zukunftsperspektive Mut macht, ist die politische Energie, Disziplin und Phantasie der Bürgerinitiativen, in denen jetzt schon mehr Menschen als in den großen Parteien zusammenarbeiten, freiwillig und unentgeltlich, über Weltanschauungs- und Generationsgrenzen hinweg. Ihre Sorgen gelten nicht allein der Verseuchung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt, sondern ebenso der Verkalkung und Erstarrung un-

Zweitausendeins No 5. „Für einen Spottpreis ein fast kompletter Chopin."

„Wer für einen Spottpreis einen fast kompletten Chopin nach Hause tragen möchte", schrieb das Collegium Musicum, Bonn, „findet so schnell kein gleichwertiges Angebot und sollte auf dieses zurückgreifen." Als diese Zeilen geschrieben waren, kostete die Mammut-Kassette mit nahezu dem Gesamtwerk von Frédéric Chopin noch immerhin 98 Mark. Jetzt, bei uns, kostet die Kassette mit 14 Langspielplatten nur noch 74,90 DM.

Doch nicht der Preis, Umfang und Ausstattung dieser gewichtigen Kassette (14 Stereo-LPs in bester Philips-Qualität, dreisprachiges Begleitbuch, Efalin-Kassette) verdient das Lob. Vor allem der Interpret, der Pole Adam Harasiewicz wird allseits gerühmt.

„Der charmante Pole gilt augenblicklich als der hervorragendste Interpret Chopins. Bei Kennern unter Schallplattenfreunden sind die Harasiewicz-Aufnahmen heiß begehrt." Schreibt die Neue Rhein Zeitung.

Die Kollegen vom Kölner Stadtanzeiger geraten ins Schwärmen: „Was sonst oft Routine geschickter Virtuosen ist, wird unter seinen Händen beseelte Kunst. Seine perlende Technik klingt wie selbstverständlich. Sein Anschlag verliert selbst bei großer Kraftentfaltung nichts von seiner Feinheit und zeigt im gehauchten Pianissimo Fülle." Die Rheinische Post in Düsseldorf findet „Harasiewicz eine außergewöhnliche Begabung. Sein Forte ist kräftig und sonor, nie hart, seine Kantilenen blühend, seine Passagen ausgeglichen, brillant und klar."

„Die Kassette ist ein Geschenk für alle Chopin Freunde!" Schreibt das Internationale Podium. „Technisch klavierfest, klar und mit sicherer Hand ausgesteuert."

Der so Gerühmte blieb auch sonst nicht unbelohnt: In Warschau gewann er den ersten Preis im Internationalen Chopin Wettbewerb. Vom Paderewski Fonds erhielt er die Goldmedaille.

Was Sie auf den 14 Stereo-LPs hören werden, insgesamt fast 10 Stunden lang.

Die Impromptus Nr. 1 bis Nr. 4. Die Balladen Nr. 1 bis 4. Die Etüden, op. 10, Nr. 1 bis 12 („Revolutions-Etüde"). Die Etüden „Méthodes des Méthodes". Barcarolle. Tarantelle. Bolero. Die Sonaten 1 bis 3. Die Nocturnes Nr. 1 bis 21. Die Préludes, die Polonaisen, die Walzer, die Scherzi, Fantaisie, Berceuse, Ecossaises, Andante spianato und Grande Polonaise Brillante. Mazurken. Das Klavierkonzert Nr. 1. Das Klavierkonzert Nr. 2. Und mehr.

Adam Harasiewicz.

Bis auf wenige Stücke das Gesamtwerk Chopins. Zum Spottpreis von nur 74.90 DM.

Schon der bisherige Verkaufspreis von 98 Mark war eine Glanzleistung. Man bedenke für 14 LPs, die als Einzelstücke in dieser Qualität nur für weit über 200 Mark zu haben gewesen wären. Wir freilich haben es uns nicht nehmen lassen, den Preis nochmals zu senken. (Geschäftsprinzip bleibt Geschäftsprinzip, auch wenn die Lieferanten stöhnen und die Konkurrenz ächzt.) Durch beherzte Großabnahme bekommen Sie bei uns die Chopin-Kassette mit 14 Stereo-LPs schon für bare 74,90 DM.

Entweder persönlich in unseren Zweitausendeins-Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Eschersheimer Ldstr. 5, *Freiburg* Schiffstraße 10, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.

Oder per Post direkt ins Haus.

Der Coupon dafür steht unter diesen Zeilen.

Zweitausendeins No. 5: Chopin/Harasiewicz. 14 Stereo-LPs in einer gewichtigen Kassette. Bei uns zusammen nur noch 74,90 DM.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand, Hahnstraße 54-56, Postfach 710507, 6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der Schallplattenkassette Chopin/Harasiewicz mit 14 Stereo-LPs für zusammen nur 74,90 DM incl. Mehrwertsteuer. Lieferung solange der Vorrat reicht.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____DM plus 2,50 Versand.
☐ Schicken Sie die Kassette bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

_____
Name, Vorname

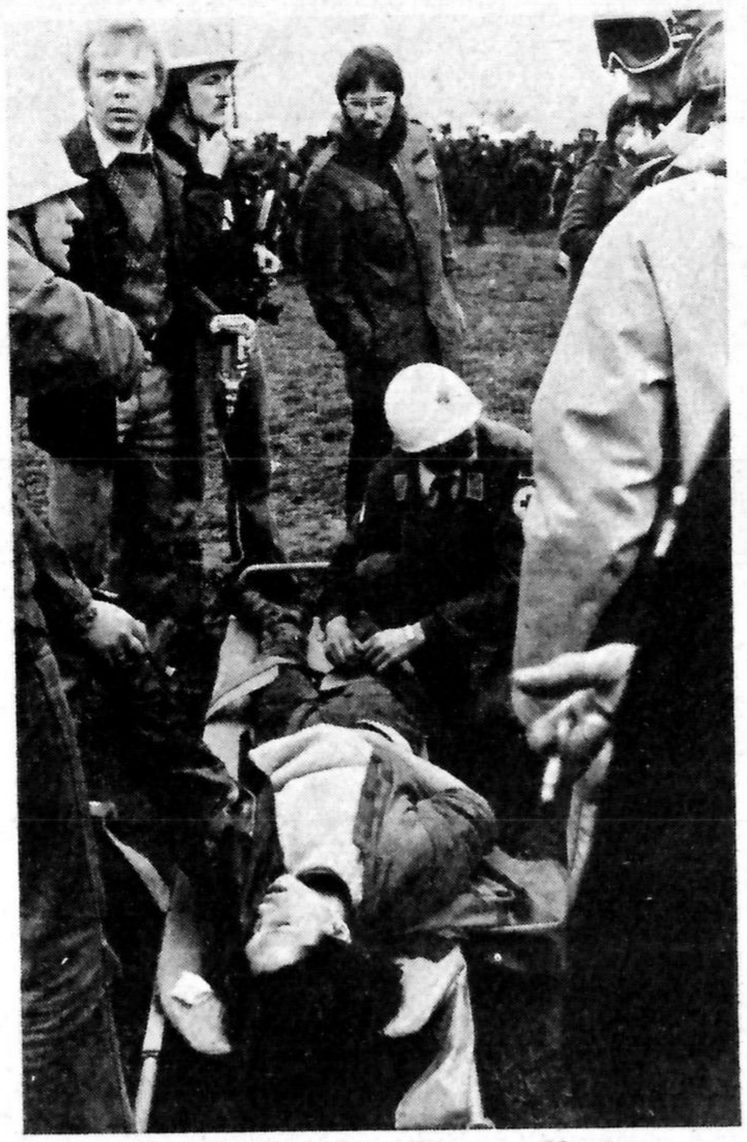
_____
Straße, Nummer

_____
Postleitzahl, Ort

_____
Meine Unterschrift, Datum CK5

serer parlamentarischen Demokratie, in deren verrosteten Gleisen sich kaum noch etwas bewegt. Sie sollten die Sorgen dieser Bürger ernst nehmen, Herr Albrecht, sofern Sie in Ihrem Regierungshubschrauber in 100 Metern Höhe überhaupt noch in der Lage sind, Signale von der Basis wahrzunehmen. Ich bin da eher pessimistisch. Außer durch Ihr Mona-Lisa-Lächeln unterscheiden Sie sich nämlich in nichts von Ihren Parteifreunden Stoltenberg, Strauß und Filbinger, die Bürgerinitiativen für kommunistische Tarnorganisationen halten und ordentliche Gerichte, die sich für den Schutz unserer Umwelt entscheiden, regelmäßig für „überfordert" erklären. Anscheinend sind diese Politiker selbst nicht überfordert, denn sie beziehen ihren Sachverstand, außer von den Lobbyisten der Atomindustrie, vor allem aus der Grauzone des Verfassungsschutzes.

Doch sind auch Sie, Herr Albrecht, und Ihre Kollegen stets notorisch fehlinformiert: das fängt bei den Demonstrationsziffern an, die regelmäßig auf dem Weg durch die Polizeiberichte und Medien auf mehr als die Hälfte zusammenschrumpfen: so werden aus 30 000 Demonstranten in Grohnde 15 000 oder 10 000, und so werden aus Pappschildern mit Autonummern, die zur Orientierung von Busbesatzungen hochgehalten werden, militärische Geheimcodes und planmäßige Vorbereitungen in Trainingslagern, von den Zahlenangaben über Verletzte ganz zu schweigen: jedes Kind weiß, daß ein Polizist sich bei der kleinsten Schramme krankschreiben läßt, während verletzte Demonstranten nur dann registriert werden, wenn sie auf Bahren vom Platz getragen werden.



Opfer in Grohnde: Da werden Bürger zu Chaoten

Durch Polizeischlachten wie die von Brokdorf und Grohnde werden friedliche Bürger selbst zu Chaoten. Die Ordnung gebiert das Chaos, das heißt der zur Verteidigung der Atomprofite geschaffene Ordnungsstaat schafft sich selbst die Terroristen, die er braucht, um seine Existenzberechtigung zu beweisen. Das wirkliche Sicherheitsrisiko sind Sie, Herr Albrecht, und die schnellen Brüter in den Ministerien von Bonn, Hannover und anderswo.

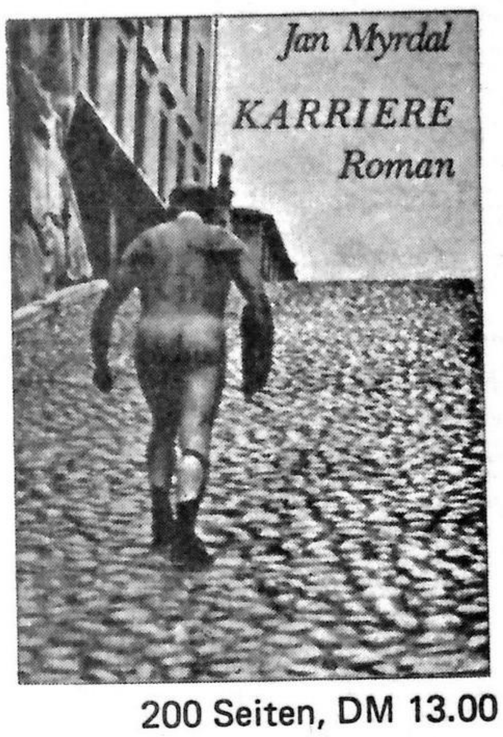
Wie sieht die von Ihnen den Bürgerinitiativen versprochene „rückhaltlos offene" Informationspolitik eigentlich aus? In Sachen Atommülldeponie Gorleben erinnert sie eher an ein Pokerspiel oder an eine heiratslustige Jungfrau, die Blütenblätter rupft: „Es wird gebaut, nein, es wird nicht gebaut, es wird in USA gebaut, nein, es wird nirgendwo gebaut", usw. usf., bis dann in Gorleben, Grohnde und anderswo, das heißt überall, gebaut wird.

Einerseits berufen Sie einen parteilosen Professor und prominenten Atomkraftkritiker in Ihr Kabinett, um den Bürgerinitiativen Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, während sie gleichzeitig über Nacht vollendete Tatsachen schaffen. Hinterher haben Sie wieder einmal von nichts gewußt.

Ich weiß, Herr Doktor Albrecht, daß ich bei Ihnen eigentlich an der falschen Adresse bin. Ich weiß, daß Sie selbst in der Zwickmühle sind und lieber gar kein Atomkraftwerk bauen würden, als Ihre mühsam gewonnene Popularität wieder zu verlieren. Und ich weiß, daß Ihre sozialdemokratischen Kollegen, die in den Aufsichtsräten mit dem Großkapital gemeinsame Sache machen, allen voran der derzeit noch amtierende Bundeskanzler, um keinen Deut besser sind als Sie – von den sogenannten Liberalen, die sich im Zweifel immer *gegen* die Freiheit entscheiden, ganz zu schweigen. Letzten Endes sind sie alle nur Statisten, die auf dem Schachbrett der Profitinteressen hin- und hergeschoben und bei Bedarf ausgewechselt werden. Nur die Physiognomien ändern sich von Zeit zu Zeit: Ihr Mund, Herr Albrecht, zeigt derzeit noch nach oben...

Lüchow-Dannenberg im März 1977 ■

„Der Roman ist keine Form, die dazu dient, x Seiten zu füllen. Er ist eine Form, die die Wirklichkeit verdeutlicht, indem sie diese auf die Ebene der Fiktion verschiebt."
Dieses Motto hat Jan Myrdal seinem 1975 in Schweden erschienenen Roman vorangestellt.
Er schildert das trügerische Treibhausklima der „Ost-West-Entspannung" am Vorabend der KSZE-Konferenz von Helsinki. Hochgestellte schwedische Sozialdemokraten und repräsentative Vertreter der neuen Ostblock-Bourgeoisie begeben sich auf die Suche nach einer neuen Legitimationsbasis ihrer Herrschaft, die sich im Zustand beginnender Auflösung befindet.
Aus fiktiven Dokumenten, Tagungsprotokollen von Ost-West-Konferenzen und einem fabrizierten Briefwechsel zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten und seiner sozialdemokratischen Kumpanei in der UNO und UNESCO schlägt uns die verlogene Sprache der Herrschenden entgegen. Was sich vordergründig als gleichberechtigter Ost-West-„Dialog" ausnimmt, entpuppt sich als Farce.
Myrdals Roman „Karriere" nimmt das heute offenkundige Scheitern sozialdemokratischer Entspannungspolitik gegenüber dem militärischen und vor allem auch ideologischen Vormarsch der russischen Sozialimperialisten vorweg.



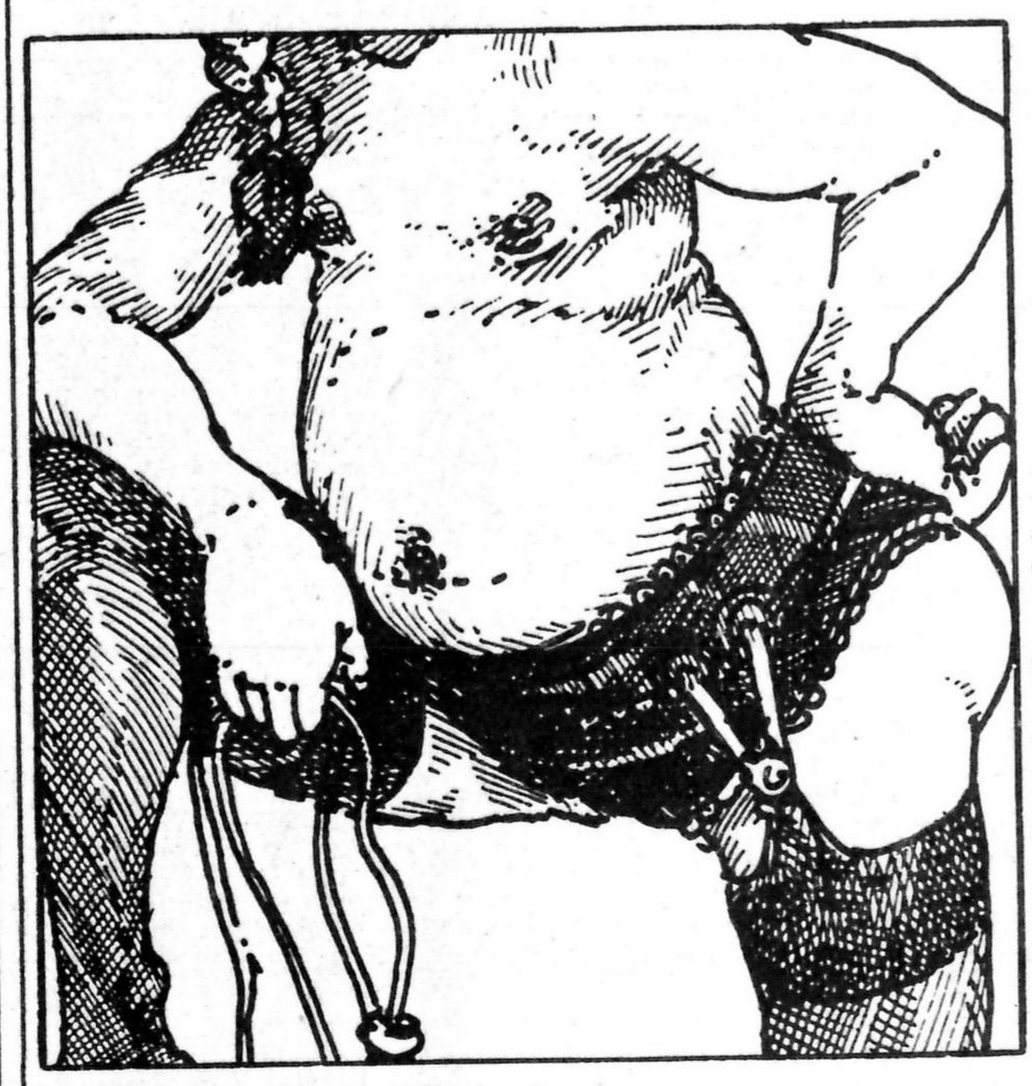
200 Seiten, DM 13.00

Weitere Informationen über das lieferbare Programm bitte beim Verlag anfordern!

Postfach 127
D-1000 Berlin 21
Tel. 395 30 99

OBERBAUMVERLAG

Neu in der Reihe Hanser:



Amerikanische Erzählungen 9.80 DM

Charles Bukowski
Fuck Machine

Wolfgang F. Haug über Wolfgang Abendroth:

Der glückliche Intellektuelle in der Arbeiterbewegung

Er wurde aus der KPD ausgeschlossen und wurde doch kein Antikommunist. Er wurde aus der SPD ausgeschlossen und wurde doch kein Anti-Sozialdemokrat. Er blieb ein konsequenter, ebenso kritischer wie gelassener Sozialist. Heute mit 70 Jahren, ist Wolfgang Abendroth einer der wenigen, von denen junge Sozialisten mehr lernen können als den selbstzerfleischenden Kampf linker Fraktionen

„Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert, der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein."

Dieser grundrichtige Satz stammt von Lenin. Wolfgang Abendroth versteht sich seiner Herkunft nach eher als „Luxemburgianer" denn als Leninist. Aber mit den Erinnerungen an die Geschichte seiner Bewegung, der deutschen Arbeiterbewegung, die er im siebzigsten Lebensjahr auf Tonband gesprochen hat, leistet er den besten Beitrag, Lenins Forderung heute und für uns zu erfüllen. Abendroths Buch* „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" kann helfen, einen großen Mangel der Linken der BRD zu verringern: Den Mangel an Klassenerfahrung, an erinnerter Geschichte der Basisdemokratie, an marxistischer Tradition.

„Ein Leben in der Arbeiterbewegung" – es sollte mich wundern, wenn sich in Deutschland niemand fände, der Anstoß nimmt an diesem Titel. Wolfgang Abendroth, ausgeschlossen aus der alten KPD, ausgeschlossen aus der bundesrepublikanischen SPD (1961), seit anderthalb-Jahrzehnten wieder einmal „parteilos" – beansprucht er zu recht, *in der Arbeiterbewegung* gelebt zu haben?

Sein Leben beweist: die Arbeiterbewegung ist umfassender als die Geschichte der Arbeiterparteien, auch wenn das Schicksal der Arbeiterbewegung entscheidend von Politik und politischem Erfolg ihrer Parteien abhängt. Der junge Abendroth hatte seine ultralinke Phase. Aus den Niederlagen zog er die Lehre: In der Aktionseinheit ist die Arbeiterbewegung unschlagbar.

Seine Erinnerungen sind Erinnerungen vom Standpunkt der Aktionseinheit. Dies ist auch die einzige Perspektive, die für uns Zukunft hat. Sie gibt dem Buch seine besondere Aktualität, seinen Gebrauchswert für die westdeutsche Linke.

Die Perspektive der Aktionseinheit ist parteilich. Für die Geschichtsschreibung erweist sie sich als produktiv. Sie läßt einen nicht zurückscheuen, die Geschichte als eine von Kämpfen zu zeigen, in denen es oft sehr widersprüchlich zugeht. Fehler und Lehren, Niederlagen und Siege, Verfolgungen und Erfahrungen können nur ohne falsche Rücksichten umfassend analysiert werden. Abendroth wertet sie sozusagen für unsere Zukunft aus.

Ein solches Auswerten der Geschichte auf orientierende Erfahrungen und Lehren hin würde sehr erschwert, sollte sie, wie zumeist üblich, als Geschichte der Parteiführungen geschrieben werden. Sozialdemokraten wie Kommunisten haben eine solche, jeweils für die zuletzt herrschende Führung besonders rücksichtsvolle Geschichtsschreibung hervorgebracht.

Wer die Erfahrung weniger geschmälert braucht, der kann nicht umhin:

> *„...Legenden der Geschichtsschreibung in der BRD und der DDR entgegenzuwirken. Die einen schreiben antikommunistische Apologien, die anderen verfochten lange Zeit hinsichtlich der Faktendarstellung die gleichen Thesen, um die abstrakte Richtigkeit jeder kommunistischen Politik zu behaupten, die es natürlich nicht gibt." (S. 86)*

Gibt es das, eine Geschichtsschreibung, die nicht auf die Parteispitzen Rücksicht nimmt und doch nicht organisationsfeindlich ist? Denn Organisationsfeindschaft wäre bei weitem destruktiver als jede Unterwerfung unter Rechtfertigungszwänge es sein könnte! Abendroth zeigt: Die Orientierung an der notwendigen Aktionseinheit in Verbindung mit einer Betrachtung, die der Parteienbasis den Vorrang vor der Spitze einräumt, ermöglicht die umfassendste Wahrheit – die unangenehmen Wahrheiten einschließend.

Das Verhalten und Bewußtsein der Arbeitermassen in bestimmten historischen Situationen – das ist es, was Abendroth zunächst interessiert. Dadurch macht er einigen zählebigen Mythen den Garaus. Vor allem dem Mythos von der durch Moskauer Sendboten dirigierten Bolschewisierung der KPD. Er zeigt, daß die z. T. linkssektiererische Politik von der Parteibasis ausging:

> *„In Wirklichkeit sind alle Thesen über die Kommunistische Partei, in denen behauptet wird, die Fehler der Partei damals seien in Moskau ‚ausgebrütet' worden, falsch. Zwar werden alle Fehler in*

* Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von B. Dietrich und J. Perels. Frankfurt/M. (edition suhrkamp) 1976 (279 S., 9,– DM). – Ungerechterweise wird von den Herausgebern und auch von Lisa Abendroth, denen wir dieses Buch verdanken, im folgenden nicht mehr die Rede sein. Daher sei ihnen wenigstens in dieser Fußnote gedankt.

Erkenntnisse des verantwortlichen Hofnarren der Revolution Karl Radek

Die Liquidierung Radeks
durch Stalin
war der Schluß punkt eines geistigen,
politisch-sozialen und
persönlichen Zerstörungsprozesses.
Wer nicht rechtzeitig einer
terroristischen Praxis widersteht,
wird als Person mit seinen
Prinzipien ihr Opfer.

Karl Radek – ein exemplarischer Fall
für das Praxis- Defizit
der Linken, für Steffen und Wiemers
Anlaß zu einer prinzipiellen
Erörterung linker Positionen und Irrwege
der Gegenwart, die Radek bereits
alle vorweggenommen hat.
Ein geschliffenes
Plädoyer gegen den Staatssozialismus
jeglicher Couleur.

370 Seiten
34,– DM

C. Bertelsmann München

der Geschichte dieser Partei von Intellektuellen in Ideologie umgewandelt, das gehört zu den negativen Rollen jeder Intelligenzschicht. Aber das, worauf es ankommt, ist, daß ein solcher Umschwung, ein Mentalitätsumschwung, jeweils breite Schichten der Parteiarbeiter ergreift. In Wirklichkeit sind ja die Darstellungen von bürgerlichen Historikern und die selbstbestätigenden Parteilegenden der verschiedenen kommunistischen Parteien nur zwei Seiten derselben Medaille: Sie gehen alle an der Realität vorbei, weil sie immer nur vom Standpunkt der Spitzenfunktionäre ausgehen, nie aber die Basis analysieren." (S. 73)

Die Dinge von der Basis aus betrachten muß nicht heißen, die Basis zu heroisieren und zu beschönigen, wie das der (wieder unter Intellektuellen verbreitete) organisationsfeindliche Basiskult tut. Im Gegenteil, die Basis verlangt keine Rücksicht. (Wenn der Basiskult der Spontis Rücksicht auf sie zu nehmen scheint, so nur, um seine eignen, desorganisierenden Ziele zu verfolgen.) Abendroth zeigt, daß die Basis nicht nur eine sektiererische Politik getragen hat, sondern nach den dadurch eingebrockten Niederlagen regelmäßig der Führung die Schuld gab. Als die KPD von Mai 1924 bis April 1925 aufgrund ihrer linkssektiererischen Politik ihre Wählerschaft halbiert und „fast allen innergewerkschaftlichen Einfluß verloren" hatte, melden die Parteiarbeiter Kritik an der Führung an:

„Zwar haben sie die ultralinke Wendung in den letzten Monaten mitgetragen und mitvollzogen, sie wälzen aber die Verantwortung auf die Parteizentrale ab, so, wie sie es auch 1923 getan hatten." (S. 75)

Abendroth zeigt, wie es immer wieder Wählerbetrug und gegen die Arbeiter gerichtete Maßnahmen von SPD-Regierungen waren, was sozialistische Arbeiter ins Linkssektierertum trieb, war wiederum – in jeder nichtrevolutionären Situation – letztendlich die Sozialisten isoliert und die rechten Führungen der SPD und der Gewerkschaften stärkt.

Was hat Abendroths für uns heute so aktuelle Sichtweise und Haltung geformt? Da ist der rote Großvater. Er lehrt:

„Du darfst nicht von der Bewegung, sondern du mußt für die Bewegung leben."

Und Abendroth führt diese Auffassung weiter aus:

„Es ist immer problematisch, wenn du in Spitzenpositionen aufsteigst, denn das kann deine Sichtweise verändern. Diese Einstellung objektiviert gewissermaßen auch die eigene Stellung in der Bewegung, ebenso wie sie die kritische Auffassung der eigenen Fehler möglich macht. Das führt zwar zur Identifikation mit der Bewegung, nicht aber notwendig mit jeder politischen Wendung der Spitze."

Die Lehre des Großvaters hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen. Aber sie kann gefährlich werden. Es geht nicht ohne Organisationen, also nicht ohne Organisatoren, Funktionäre. Wenn die Lehre von Abendroths Großvater Schule machen würde, fänden sich bald nur noch Karrieristen für die Funktionärslaufbahn. In Lenin haben wir das Leitbild des Parteiführers, dessen Sichtweise nie durchs eigene Rechtfertigungsbedürfnis bestimmt war, der „die kritische Auffassung der eigenen Fehler" immer möglich zu halten bestrebt war. Allerdings waren Leninisten dünn gesät, nachdem der stalinistische „innerparteiliche Terror", wie Abendroth jüngst in KONKRET (März 1977, S. 13) schrieb, „sein Ziel, die Partei völlig diskussionslos zu machen, erreicht (hatte)... In der Partei war der Karrierist an die Stelle des kritischen Leninisten getreten." – Der Stalinismus hat in der Sowjetunion heute, wie Abendroth in seiner soeben zitierten Elleinstein-Rezension unterstreicht, keine Basis mehr und ist bis auf gewisse „Reste" geschwunden; aber der Mangel an Leninisten, trotz allem verbalen Leninismus, hat sich nicht von gestern auf heute behoben.

Stärken und Schwächen hängen oft zusammen.

Eine gewisse Schwäche Abendroths scheint sich mir darin auszudrükken, daß er die orientierende Theorie den „Spitzfindigen" überließ. Aber diese Schwäche ist nur die andere Seite seiner Stärke: Immer ist er tätig *in* der und *für* die Arbeiterbewegung – zumeist an mehreren Fronten zugleich. In der Weimarer Republik ist es vor allem die Mitarbeit in der „Roten Hilfe". Obwohl von der SPD „formell verteufelt", arbeiteten Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten unterschiedlicher Orientierung in ihr zusammen. Abendroth: „De facto bestand durch die Rote Hilfe eine Einheitsfront zwischen KPD und SPD." (S. 102) Diese Aussage mag etwas übertrieben klingen, aber sie treibt in die richtige Richtung.

Einheitsfrontpraxis zu den Zeiten der höchsten Verfeindung der beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung – Abendroth schaffte es, „gleichzeitig bei Reichsbanner und Eiserner Front einerseits und bei Rotem Frontkämpferbund und Antifaschistischer Aktion andererseits Schulungen" zu veranstalten (S.102). Also in Massenorganisationen der miteinander verfeindeten Arbeiterparteien; nicht nur gehörte er beiden nicht an, sondern er kann sagen: „In beiden Parteien war ich verfemt." Es gehört unter solchen Bedingungen eine Kunst dazu, ein hilfreiches und nützliches Leben in der Arbeiterbewegung zu führen.

In aber nicht *von* der Bewegung leben – eine Bedingung war der erlernte Beruf, die Juristerei.

Abendroth wurde ein ausgezeichneter Jurist. In der Haftanstalt machte er sich mit seinen Fachkenntnissen unentbehrlich für die „Kriminellen", was wiederum für die „Politischen" von Vorteil war. Und wieder Einheitsfrontpraxis, in einem Klima einer für uns Bundesdeutsche unvorstellbar intensiven Solidarität: Schulungen, Diskussionen, Zusammenhalt trotz Differenzen. Und später, im Strafbataillon 999: Wie selbstverständlich gehört Abendroth zur illegalen Leitung neben einem Kommunisten.

Nach dem Krieg wurde ihm in der Sowjetzone die Möglichkeit geboten, das von den Nazis verunmöglichte juristische Abschlußexamen nachzuholen. Dann drohte er zwischen die Mühlräder zu geraten, zwischen denen die Überlebenden seiner Generation (bzw. ihre Hoffnungen) zum großen Teil vollends zerrieben worden sind.

Im Westen die Restauration, im Osten die Restalinisierung. An der Uni der BRD war die Restauration um 1950 abgeschlossen.

„Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben." (S. 216)

„Diese Entwicklung im Westen hatte auf der anderen Seite die Wiederbelebung sturer klassisch-stalinistischer Herrschaftsmethoden und Denkweisen in den Köpfen vor allem der Geheimdienst-Offiziere der Sowjetischen Militäradministration zur Folge." (S. 202 f)

Es kam „bald wieder zu Schnüffelei nach früheren ‚Abweichlern'." Und Abendroth war ja immer dann „abgewichen" von einer Parteilinie, wenn sie weg führte von Einheitsfrontpolitik: von ihr wich er nie mehr ab. Er wurde damals gar zum „pseudomarxistischen Trotzkisten" gestempelt, obwohl er sah, daß der Trotzkismus überhaupt keine tragfähige Position bieten kann.

„Grotesker konnte es auch in einer stalinistischen Partei nicht zugehen...", als jetzt in der SPD. Das allmähliche Abwürgen und Verteufeln langfristig orientierender, interessenanalytischer, theoretisch klarer und fundierter Tradition und Diskussion – hierfür fehlt uns der Ausdruck. Wir reden geläufig vom „Stalinismus" – aber wie heißt sein unbegriffenes Gegenstück in der SPD, mit dem nie auf einem 20. Parteitag abgerechnet worden ist? Dieses namenlose Gegenstück war unblutig, aber es zerstörte den Lebenssinn einer ganzen Arbeitergeneration, erstickte das Klassenbewußtsein, trieb eine ganze Generation erfahrener Kader in die Resignation (was nicht einmal die Nazis geschafft hatten) und brachte die Überlieferung der Klassenerfahrungen weitgehend zum Stillstand.

Abendroths Erinnerungen helfen, diese Überlieferung wenigstens in Buchform wieder zu beleben. Er gibt keine „Memoiren" in irgend einem üblichen Sinn. Sondern hier strengt ein Altgenosse bewußt seine Erinnerung an um die Erfahrungen weiterzugeben. Hier findet keine neue oder alte Splittergruppe ihren Geheimtip (auch nicht die KPO, der Abendroth zeitweilig angehörte). Hier findet auch das organisationsfeindliche Spontitum keinen Fürsprecher. Sondern hier werden die Kräfte in den Arbeiterparteien und sonstigen linken Organisationen bestärkt, die zu Trägern von Aktionseinheit werden können. Denen, die bedingungslose Unterwerfung fordern, wird er immer unheimlich bleiben. Auch denen, die hoffen, er würde sich, wenn er schon nicht akklamiert, wenigstens als ihr bedingungsloser Feind abstempeln lassen. Er kritisiert Linkssektierertum und Stalinisierung, wo sie auf kommunistischer Seite auftraten; aber weder seine Enttäuschung noch die opportunistische Hauptströmung in der BRD machten ihn zum Antikommunisten. Er ist prinzipieller Anhänger der sozialistischen Länder, der gerade deshalb ohne weiteres Zurückgebliebenheiten und Verstöße gegen sozialistische Legalität kritisiert. Einer vor allem unter jungen Intellektuellen verbreiteten Haltung der „ideologischen Abdichtung" gegen widersprüchliche Realität wird zunächst sauer aufstoßen, was Abendroth zu sagen hat:

„Nur dann, wenn es gelingt, die Arbeiterbewegung und die Bewegung der jungen Intellektuellen zusammenzuführen, um Klassenbewußtsein zu bewahren und zu entwickeln und um für die Erhaltung demokratischer Rechte zu kämpfen, nur dann wird es möglich sein, jene Legalität zu wahren, innerhalb derer man das Klassenbewußtsein so weit entfalten kann, daß die nächste schwere Krise nicht zugunsten eines Obrigkeitsstaates, sondern zugunsten der sozialistischen Demokratie entschieden wird. Diese Chance besteht objektiv; im Moment gibt es allerdings keine organisierende politische Partei, die diese Chance wahrnehmen könnte. Denn selbst wenn man die DKP völlig positiv bewerten wollte: sie ist viel zu schwach, um eine solche Rolle spielen zu können. So notwendig eine kleine, realitätsbewußte Partei des proletarischen Klassenbewußtseins ist – sie allein genügt nicht." (S. 278)

Wie steht es mit der sozialdemokratischen Linken, mit den Jusos? Ihr Einfluß schwindet zur Zeit. Ihnen schreibt Abendroth die Lehre ins Stammbuch:

„Der linkssozialdemokratische Teil wird unter zwei Voraussetzungen zu einem sehr bedeutenden Faktor: zum einen bei Verschärfung der realen Klassenkämpfe, bei Angriffen des Kapitals auf die Arbeiterklasse, also vor allem in Krisenperioden, zum anderen unter den Bedingungen einer richtigen, d.h. auf Einheitsfront gerichteten Politik der kommunistischen Partei, denn dadurch wird der linke SPD-Flügel gestärkt." (S. 110)

Diese Gesetzmäßigkeit ist abgelesen an den Kämpfen der Weimarer Zeit, sie ist nicht einfach übertragbar auf die Gegenwart. Aber man kann für heute die Lehre daraus ziehen: Was immer die DKP niederhält, hält auch die SPD-Linke nieder. Die Rechte weiß das. Weiß es die Linke?

Abendroth hat eine Sprache gefunden, die auch von einigen derer angenommen wird, denen er unangenehme Wahrheiten sagt. Zum Beispiel wurden Beiträge von ihm, worin er Fehler der Kommunisten diskutierte, im theoretischen Organ der DKP, den „Marxistischen Blättern", veröffentlicht. Bei der SPD sind es nur die Jusos, die ihn heranziehen. Der Unterschied ist bedenkenswert.

Abendroths Erinnerungen zeigen ihn frei von dem verbreiteten Selbsthaß von seinesgleichen. Obwohl immer wieder ausgeschlossen, ist er der glückliche, ausgeglichene Intellektuelle in der Arbeiterbewegung. Gerade deshalb, weil er mit sich einverstanden ist, interessiert er sich in den „Gesprächen" nicht weiter für sich selbst. Die Erinnerung ist ständig bei der Bewegung. Aber er selber kommt nicht nur *in* der Bewegung, sondern auch immer in *Bewegung* vor. Hier blickt kein Standbild vom Sockel auf die Welt herab. Fehler, Schwächen, Unheldisches – sie können die Identität dieses Marxisten in der Arbeiterbewegung nicht gefährden. Diese Haltung zeigt Weisheit. Abendroth ist der freundlichste, liebenswerteste marxistische Lehrer Westdeutschlands. Sein Buch ist nicht fehlerfrei, wie es seine Position nicht sein kann. Historiker mögen berechtigte Kritik im einzelnen üben. Wir können es unbeschadet solcher Schwächen benutzen, um uns in einer Weise an die Geschichte unsrer Bewegung zu erinnern, die Zukunft hat. ■

»Eine Demokratie ist schließlich nicht nur für die Qualität ihrer Panzer, Bomben und Fernsehapparate verantwortlich, sondern auch für die Qualität ihrer Ideen.«
(Paul Feyerabend)

Einladung ins Syndikat

Das »Syndikat« hat durch seine »Autoren- und Verlagsgesellschaft« im vergangenen Herbst ein erstes Verlagsprogramm vorgelegt. Jetzt legt es durch seine »Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur« das erste Buchclub-Programm vor.
Wie die Verlagsinitiative neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Autoren sucht, will auch die Buchgesellschaft mehr sein als eine andere Möglichkeit, mit Büchern Geschäfte zu machen. Die Organisation eines Buchclubs ist für uns Mittel zum Zweck.

Wir wollen kritische Literatur verbilligt anbieten.

Wir wollen wichtige Bücher wieder zugänglich machen.

Wir wollen große Ausgaben zur Subskription stellen.

Wir erwarten uns aber mehr als Buchbestellungen: Anregung und Kritik, Kommunikation der Leser untereinander und mit den Autoren des Syndikats.

Der Buchclub des Syndikats interessiert mich. Schicken Sie mir unverbindlich und kostenlos Informationsmaterial

Name _____

Adresse _____

_____

SYNDIKAT
Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur
Savignystr. 63 Postfach 17 40 03
6000 Frankfurt/Main 1

Materialien zur Reaktion in Deutschland

Staeck/ Adelmann

Eine Zensur findet gelegentlich statt

Im Wahlkampfjahr 1976 wurden in der Bundesrepublik mehr als 1000 Ausstellungen mit Staeck-Plakaten durchgeführt. Mehr als 50 weitere Ausstellungen wurden untersagt.

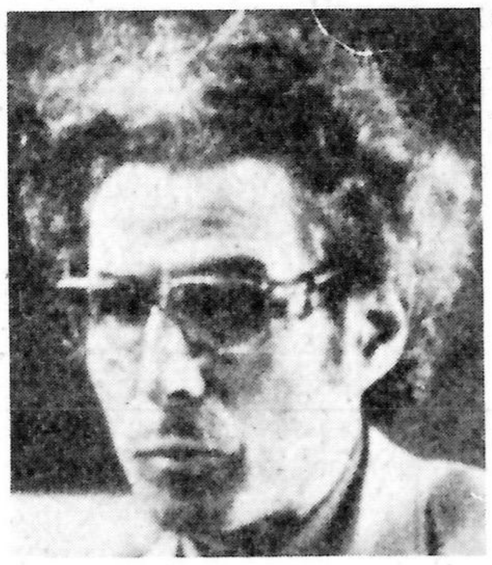
Die Begründungen für diese Ausstellungsverbote sind verschieden. Aber sie geben den Blick frei, in dem die Reaktion bereit ist, sich über geltende Gesetze und über den Geist der Verfassung selbst hinwegzusetzen. Die in diesem Buch zusammengetragenen Materialien zeigen, wie sehr es an der Zeit ist, die Politik der reaktionären Flügel der CDU/CSU zurückzuweisen.

Staeck/Adelmann
»Eine Zensur findet gelegentlich statt«
156 Seiten mit Abb. (Paperback) DM 10.00
Steidl Verlag · Göttingen 1977

Sofort bestellen!

Briefmarken, Scheck oder 10.-DM-Schein im Briefumschlag (Absender- und Titelangabe nicht vergessen) an Verlagsbuchhandlung Steidl, Angerstraße 3b, 3400 Göttingen senden. Lieferung erfolgt portofrei!

Verlag Steidl · Göttingen



Wolfgang Abendroth

Fritz Lamm – ein Stück unserer Geschichte

Mitte März starb in Stuttgart Fritz Lamm, der Referent für Kultur und Bildung in der Bundesleitung der „Naturfreunde". Daß er, der bis vor wenigen Jahren Betriebsratsvorsitzender der wichtigsten Stuttgarter Tageszeitung war, dann diese Funktion übernommen hatte, war kein Zufall. Die „Naturfreunde" sind (neben Resten des Arbeiter-Radfahrbundes „Solidarität") der letzte (aber auch wichtigste) Teil der Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung aus der Zeit vor dem Dritten Reich, der nach 1945 in Westdeutschland wieder aufgelebt ist.

Als Fritz Lamm – in der nichtzionistischen jüdischen Jugendbewegung, im Bund „Die Kameraden" groß geworden – Ende der zwanziger Jahre begonnen hatte, sie sozialen Realitäten des Deutschen Reiches zu begreifen, kam es zum „Schwarzen Haufen", den der damals junge Jurist Hans Litten (bald einer der besten Verteidiger in den unzähligen politischen Prozessen der frühen dreißiger Jahre, er wurde im Dritten Reich ermordet) und Max Fürst, der noch immer in Stuttgart lebt, zur revolutionären Arbeiterbewegung geführt haben. Er ging zum Sozialistischen Jugendverband und zur SAP, zur sozialistischen Arbeiterpartei.

Zu Beginn des illegalen Kampfes nach dem 30. Januar 1933 hat er seinen Mann gestanden. Doch wurde er bald – weil er allzu „jüdisch" aussah – darum „unverwendbar" (aus konspirativen Gründen) – und in die „Emigration" geschickt. Zuletzt ging er nach Kuba.

Der brutale Terror Stalins gegen die alten Kämpen der sowjetischen bolschewistischen Partei von Trotzki bis Bucharin, die Lamms marxistischen Lernprozeß einst mitbestimmt hatten, hat in diesen Jahren bei ihm antikommunistische Vorbehalte erzeugt, die er niemals gänzlich überwunden hat. Erst sehr spät wurde es ihm – und auch das nur sehr begrenzt – möglich, diese inneren Widersprüche der sozialistischen Revolution objektivierter zu werten. Deshalb ging er, als er – sehr spät – nach Deutschland zurückkehren konnte, in die (spätere) Bundesrepublik, nicht in die spätere DDR, und dort in die SPD, nicht in die KPD. In Westdeutschland waren machtpolitisch die Würfel längst zugunsten der Restauration gefallen. Aber er hat sich keinen Tag – wie leider viele andere Emigranten – der neuen Machtlage und der antikommunistischen (und eben deshalb auch antimarxistischen) Ideologie angepaßt, die bald die BRD und ihre sozialdemokratische Partei und weiterhin die Gewerkschaftsführung und die Massen übermannt hat. Sein Leben wurde nun zu einem wichtigen Teil des Kampfes um die Bewahrung und um die Wiederherstellung von Klassenbewußtsein in der abhängig arbeitenden Klasse. Lamm wurde Funktionär und bald Betriebsrat, rasch darauf Betriebsratsvorsitzender.

Es war unvermeidlich, daß er mit der SPD-Führung bald in unversöhnlichen Konflikt kam (und also auch mit ihren Repräsentanten im Gewerkschaftsrahmen). Es gab in diesen drei Jahrzehnten keine Wiederstandsaktionen gegen den weiteren Vormarsch der Restauration, vom Kampf gegen das erste Betriebsvertretungsgesetz bis zur Mobilisierung gegen die Wiederbewaffnung, vom Kampf gegen die atomare Bewaffnung bis zur Mobilisierung gegen die Notstandsgesetze, in dem er nicht an vorderster Stelle gestanden hätte. Die Zeitschrift, die er gemeinsam mit seinem Freunde Fritz Opel seit Beginn der fünfziger Jahre herausgab, wurde eines der wenigen Zentren marxistischer Opposition in jener finsteren Zeit des Kalten Krieges, in der erstes Strafrechtsänderungsgesetz und KPD-Verbot das Feld beherrschten. Energisch hat er dann geholfen, die Ostermarsch-Bewegung zu organisieren.

War es ein Wunder, daß er nach dem Ausschluß des SDS aus der SPD diese Partei verließ? So stand für ihn außer der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bald die Arbeit bei den „Naturfreunden" im Vordergrund. Hier konnte er in einem Vortrag nach dem anderen seine reichen Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, seine materialistische Naturerklärung und das breite theoretische Wissen vermitteln. Welche Differenzen man auch in dieser oder jener Frage immer mit ihm haben mochte – an einem blieb nie ein Zweifel: Es gibt nur wenige aus seiner Generation, die sich mit gleicher Selbstaufopferung, ohne jeden Willen zu öffentlicher „Geltung" oder Karriere und unkorrumpierbar mit aller Kraft für die Wiederherstellung von Klassenbewußtsein und für den Sozialismus eingesetzt haben.

Deshalb sollte Fritz Lamm nicht vergessen werden.

Gerhard Zwerenz

Der Held, der Siggi heißt

Für feine Leute ist der Profi-Fußballer ein Depp, der mit schnellen Schlitten protzt. Genaueres Hinsehen trübt das Klischee – wie bei Siggi Held vom Zweitligisten Kickers Offenbach

Fußball ist was Unanständiges, denn er hat mit Profit zu tun. Zwar hat bei uns alles mit Profit zu tun, aber der Profi-Fußballer gibt's auch noch offen zu. Darüber ist mancher Kritiker so ergrimmt, daß er ganz vergißt: Profi kommt von professionell und nicht von profitlich. Jedenfalls reagieren die guten Linken sauer. Am sauersten reagieren die bürgerlichen Linksintellektuellen. Zwar haben sie längst gelernt, sich gut zu verkaufen, doch sind sie Akademiker und da ist's ihnen erlaubt. Fußballer aber entstammen, in der Regel, dem gemeinen unstudierten Volk, und das soll gefälligst die darbende Arbeiterklasse darstellen.

Wir fahren raus nach Seligenstadt am Main, hinter Offenbach, wo Siggi Held wohnt. Vor dem Neubauhaus im Neubauviertel parkt ein prächtiger Jaguar.

„Gewiß der Wagen vom Siggi", murrt der Beleuchter. Der Ton-Techniker sagt: „Hm!" Der Kameramann lächelt befriedigt. Der Kamera-Assistent nickt beflissen. Alle Vorurteile bestätigt. So sind sie, die Rasen-Asse. Nichts im Kopf und alles im Bein, dazu einen teuren Schlitten mit 'ner Latte Extras.

Frau Held empfängt uns. Ein drei Monate altes Baby versucht sich auf ihren Armen in ersten Trainingsübungen. Siggi trainiert noch im Stadion am Bieberer Berg. Also doch nicht Held's Jaguar vorm Haus? Mag sein, mag nicht sein, unleugbar bleibt: der Fußball-Profi spielt für Geld, viel Geld.

Zwar denkt der Wissenschaftler für Geld, spricht der Jurist Recht oder Unrecht für Geld, lehrt der Lehrer für Geld, doch ein Akademiker verkauft sich nicht, sondern wird vom Staat oder von sonstigen ehrbaren Institutionen honoriert. Die Scheine gelangen auf Umwegen zum Intellektuellen-Profi. Der Fußball-Profi jedoch kassiert schandbar glatt und direkt.

Fast lautlos tritt Siggi Held ins Zimmer. Ein Mann in Grau. Grauer Wollpulli, graue Hose. Guten Tag. Bescheidenes Lächeln. Natürlich profihaft. So ein Fußballgreis von 34 Jahren hat alles schon so oft mitgemacht, ihn haut kaum was um, bringt nichts mehr in Rage. Siggi verhält sich wie ein Profi-Schriftsteller, der alle Wochen Fernsehbesuch hat. Kamera läuft, Ton läuft, Herr Held, was sagen sie zu...

Er antwortet darauf und darauf. Auskunftsbereit. Die Fernsehintellektuellen haben zu tun und halten den Schnabel. Natürlich gefallen ihnen meine Fragen überhaupt nicht. So einen Fußballprofitgeier hat man hart anzugehen. Ich habe aber nichts gegen Siggi und frage so ruhig und gemütlich, als plauschten wir angelegentlich übers Wohlergehen einer lieben gemeinsamen Verwandten.

Eigentlich sollte das Interview schon am Vortag laufen. Siggi Held aber laborierte an einer Grippe. Man sieht's ihm heute noch an. Gestern Besuch beim Doktor, der verpaßte ihm eine Spritze. Heute wieder leichtes Training erlaubt.

Ein wenig mitgenommen wirkt er noch, der Herr Held. So überaus frisch sieht er schon lange nicht mehr aus. Mit 34 und bei dem Job schaut einer nicht in die Welt wie ein rosenwangiges Baby.

„Es gibt keine jungen und alten Fußballspieler, nur gute und schlechte." Das hatte er mal im Trainingslager Erbismühle gesagt. Es gefiel mir. Ein ziemlich einfacher Satz mit dem Vorzug, daß er stimmt. Fußballprofiweisheit.

Man lernt immer mehr junge Greise kennen. Dafür gibt's unter den Alten ein paar jugendliche Typen. Die Jahre werden gewogen und nicht gezählt. Auch ein schöner Spruch. Vielleicht weigern sich manche der Jungen, älter zu werden. Man hat sie so oft um ihre Jugend beschissen, daß sie die Luft anhalten. Dem Held-Baby auf dem Mutterarm wird die Filmerei jetzt zu bunt. Wenigstens ein halbstarkes Wesen in dem wohlausstaffierten Raum, der jedem Banker Ehre machen würde. Die Wohnung ist mit viel Geld und Geschmack eingerichtet. Ganz modern, aber solide. Für meinen Geschmack etwas zu modern. Und für mein Geld etwas zu solide. Kein Möbel bei uns daheim könnte mithalten. Darüber würde ich gern mit Siggi reden.

Da fielen meine Fernsehteamleute gewiß um. Über Möbel reden! Statt den Profit-Fußball rücksichtslos zu demaskieren! Die Herren vom Team nehmen mir übel,

daß ich's nicht versuche. Ich versuche es nicht nur nicht. Ich will es nicht.

Professioneller Fußballer ist ein Beruf wie viele andere. Nur schwerer und gefährlicher. Sollen sie den Ball-Artisten doch die zerschundenen, zertretenen Beine vergolden. Immer noch besser und gerechter als die Diätenerhöhung unserer Abgeordneten. Oder die Privilegien der Bankherren und Politiker. Na lassen wir das. Mir kann diese Gesellschaft sowieso auf dem Buckel schaukeln.

Vom Fenster aus sieht man die Spessart-Berge. Dahinter, eine halbe Stunde Autofahrt, liegt Markt-Heidenfeld. Schon im Bayerischen. Schwarz wie die Nacht. Von dort, hinter den schwarzweißblauen Bergen, kamen die beiden Helds – Mann und Frau – herüber. Eigentlich stammen sie noch viel weiter aus dem Osten. Böhmen, Böhmen ist verloren. Frau Held wurde in Böhmen, Siggi noch weiter östlich geboren. Altvatergebirge, sagt er. Mühsam erinnere ich die Gegend. Dicht beim Riesengebirge. Er ist nie mehr dort gewesen, der Ball-Künstler.

Aus Markt-Heidenfeld brach er auf zu den Offenbacher Kickers. Von denen zu den Dortmunder Borussen. Dann zurück zu den Kickers. Das ist wenig Bewegung. „Ich bin ein seßhafter Typ", erklärt Herr Held und zwinkert. Ist das nun Show oder Nervosität?

Zwar gibt's keine alten und jungen, nur gute und schlechte Fußballer, aber der Vierunddreißigjährige hat sein Trainerpatent schon in der Tasche. Sicherheitshalber. Falls ihm beim Spiel die Gegner weglaufen sollten oder ihn zu oft einholen. Dann eben umsatteln vom Stürmer zum Trainer.

Held liefert seine Erklärungen ganz ruhig, ein bißchen heiter, als ob er zu Schalke gehörte (schalkhaft also, ein blödes Wortspiel, weil zu naheliegend), er gehört zu den Offenbacher Kickers, und die sind abgestiegen aus der Bundesliga.

Das ist nichts Neues. Sie stiegen schon mehrmals ab und auf. Ihr Stadion liegt auf dem Bieberer Berg, dem höchsten Berg Offenbachs, mit seinen 130 Metern offenbar auch der höchste deutsche Berg, „weil eben die Kickers immer ein Jahr Zeit brauchen, um den Aufstieg und den Abstieg zu schaffen – aus der Bundesliga." So die „Frankfurter Rundschau".

Na, denke ich, Frankfurt, das ist ein duftes Reizwort. Ich frage Held nach den berüchtigten Lokalderbys, den blutigen Schlachten zwischen Kickers Offenbach und Eintracht Frankfurt. „Von mir aus könnte alle vierzehn Tage Lokalderby sein. Da ist das Stadion voll. Das Spielen macht Spaß." So wehmütig-sehnsüchtig, der jugendlich dahinalternde Vollprofi. Die Lokalderbys zwischen den verfeindeten Bundesligamannschaften der verfeindeten Städte ließen alle mainischen Fußballherzen höher- und manche Fan-Fäuste dreinschlagen. Die Polizei bekam zu tun. Der Deutsche Fußballbund warnte. Die Presse heizte zugleich an und suchte das entflammte Feuer zu löschen. Die Schwierigkeiten des Feuerwehrmanns, der zündelt, um bei den Löscharbeiten zu glänzen. Man brauchte ein volles Stadion. Es sollte auch kochen. Nur überkochen sollte es, bitteschön, nicht.

Siggi Held weiß nicht mehr, wie oft ihn die Gegner hart hernahmen. Wie oft er die Gegner hart hernahm. Profi-Duelle. Schnell vergessen.

Kriegte er schon mal Ärger, wenn er privat drüben in Frankfurt auftauchte?

„Ärger, ich? Nein. Manche wollen von mir Autogramme."

Außer Dienst haben die Fans alles abgelegt: Wut & Waffen. Außer Dienst ist Siggi Held ein ziemlich o-beiniger Schlenkermann mit nervös zuckenden Augenlidern und einem so richtig herzlichen, guten Lächeln. Halb Humor, halb Unsicherheit. Die aber spielt er nur, meisterhaft. Betont bei jeder Gelegenheit, er sei kein Intellektueller, wisse da und dort nicht Bescheid, könne dies und das nicht. Der geborene Tiefstapler.

Seine Bewegungen, im Wohnzimmer, sind gemächlich. Im Trainingslager, in den Pausen, latscht und wackelt er mit Vorliebe übers Spielfeld als wär' er dreimal so alt wie er ist. Beim Training kann er (darf er?) sich auch mal zurückhalten. Gewohnheitsrecht des Senioren-Routiniers.

Im Spiel: „Seiler und Held schickten Augsburg schon nach 10 Minuten auf die Verliererstraße... OFC-Senior Siggi Held lief auf seinen bekannten Innenpfaden, schoß... Ex-Kapitän Held wieder ein Vorbild..."

So die „Offenbach Post". Und Merkel, Trainer der gegnerischen Mannschaft: „Der Siggi Held ist zehn Jahre älter als unsere Deckung. Und doch rannte er denen allen davon..."

Was ist das? Geheimnis von Ginseng? Können? Ein starker Wille? Frischzellentherapie? Fragt mal den Siggi. Der wird euch auslächeln. Der weiß mit den Massen umzugehen. Das könnten die Linken bei ihm lernen – den Umgang mit den Massen. Die Nicht-Arroganz.

Der Kämpfer und die Fans: Der Intellektuelle wendet sich mit Grausen

Fußballzuschauer. In den Sportsendungen erscheinen sie je nach Spielstand als aufgeladene, begeisterte oder trauernde Menschenmasse. Das Volk in seinen breiten Affekten: Ein einziger Aufschrei.

In gesellschaftskritischen Filmen agieren die Fußballzuschauer als Trupps: aufgeschwemmte Gesichter, Coladosenschwenker, Bierflaschenwerfer, Fahne in der Hand und Fahne aus den aufgerissenen Mäulern; Gröl & Krause, Schlag & Meier, das jugendliche Proletariat der Vorstädte signalisiert Blut und Banditentum, so sehen Unmenschen aus.

Der Intellektuelle wendet sich mit Grausen. Er hat andere Vergnügungen. Das Volk, dumm gehalten, dumm gedemütigt, dumm geprügelt, wird von ihm ein weiteres Mal abqualifiziert und verdammt. Panem et Circenses. Wir dagegen, wir sind gebildet. Eingebildet. Einbildung is' auch 'ne Bildung, weiß seit je der fixe Berliner.

Man ist zu fein, zu charakterwindig, zu feige, den breiten Schichten eine menschenwerte, menschenwürdige Gesellschaft zu erkämpfen. Es ist ja doch viel leichter, den Massen mit Spott und Verachtung zu begegnen.

Die Freude an der Kunst der 22 Feldherren im Stadion, der Genuß am Fußballspiel ist wie der beim Karl-May-Lesen. Wer May schmökert, erlebt auch keine eigenen Abenteuer. Der Karl-May-Leser, der Krimi-Konsument, der Buchleser, sie sind

Trittbrettfahrer wie die Fußballzuschauer. Zwischen Bücherlesern und Fußballzuschauern besteht die heilige Einigkeit der Mitesser. Der Leser schreibt seine Bücher nicht selbst. Der Fußballzuschauer spielt die Spiele nicht selbst. Beide benötigen Gladiatoren. Fußballprofis und Literaturprofis arbeiten in grundverschiedenen Milieus und sind doch die gleichen Typen: Vorturner. Produzenten von Ersatzleben, Ersatzwissen, Ersatzgefühlen.

Gewiß doch, ein Fußballstar ist am Körper mit Narben übersät. Das Spiel verweist Jungfrauen vom Platz. Hier wird gekämpft, getäuscht, gefoult. Der Unterschied zwischen Fußball und Literatur ist einzig der: Was den Fußballer physisch trifft, verwundet den Schriftsteller psychisch. Gefoult wird hier wie dort. Hier vielleicht bösartiger als dort. Fußballer hauen sich und haben beim Abpfiff fast alles schon vergessen. Schriftsteller bleiben untereinander lebenslänglich beleidigt, was heißt, sie beleidigen ständig zurück: Oh, du ehrlicher Fußballspieler!

Und noch eins: Fußballzuschauer, die im Stadion außer sich geraten, empfangen ihre Aggressionen nicht bloß vom Fußballfeld, die bringen sie vom Arbeitsplatz und von daheim mit. Hier werden Fragen der Kausalität flink zugeschmiert. Die Wut über die Niederlage der eigenen Mannschaft ist nur ein Gleichnis, in ihr drücken sich Zorn und Verzweiflung mit aus, die der Rasende in seinem Alltag runterwürgen mußte. Daß die Leute dabei das Maß verlieren, zeigt, wie sehr sie in ihrem seelischen Haushalt Tag und Nacht zum Maßhalten gezwungen sind. Wer friedliche Fans wünscht, müßte ihnen von Kindesbeinen an eine Souveränität vermitteln, die der anständigen materiellen und psychologischen Basis bedarf. Der Teufel, kurz gesagt, käme beim großen Fußballmatch aus Tausenden von Leuten nicht raus, wenn er vorher nicht in ihnen drin gewesen wäre.

Im tiefverzweifelten Offenbacher Fußball-Lager bahnt sich wiedermal Zuversicht an. Wir schaffen es. Steigen auf.

Ein Insider, der es wissen muß: „Wir steigen auf und wissen, wir können uns in der Oberliga nicht halten. Also kalkulieren wir den nächsten Abstieg schon mit ein. Dabei verjüngen wir unsere Mannschaft. Und verbilligen sie soweit, daß wir sie bezahlen können, ohne in die Pleite zu geraten."

Fußball und Finanzen. Die Arbeiterstadt am Main ist chronisch unterfinanziert. Jetzt feiert sie ihr tausendjähriges Bestehen: 1000 Jahre und kein bißchen Mäuse.

Die Kickers haben nichts so reichlich wie Schulden. Die einzelnen Spieler, heißt es, seien von Privatleuten bis an die Halskrause kreditiert. Soviel, wie jeder Ballartist wert ist und an der Börse bringen könnte, soviel hat er Kredit, und der Kredit ist ausgeschöpft.

Die Kickers müssen runter von den hohen Unkosten. Und rauf in die erste Bundesliga. Jetzt sammeln sich um die fünftausend Schlachtenbummler am Bieberer Berg. Das Zehnfache brauchte es, damit die Kasse wieder stimmt. Ein Pessimist: „Wenn die nicht aufsteigen, bricht alles zusammen. Der Untergang der Kickers ist der Untergang Offenbachs als selbständige Stadt."

Das könnte dem großen Frankfurt so passen. Tausend Jahre Selbsterhaltungskampf und am Ende Offenbach zur Vorstadt degradiert wie Bergen-Enkheim. Aber die Bergen-Enkheimer hatten auch keine Bundesligamannschaft. Nur einen Stadtschreiber. Der lief nach der Eingemeindung zu Frankfurt herum und erklärte frostig: „Mein monatlicher Scheck bleibt aus."

In Offenbach will niemand einen Scheck von Frankfurt. Aber nahezu jeder will Offenbacher bleiben.

Held und Frau: Läuft und läuft

Siggi Held: „Die Stadt muß wissen, was sie will. Ob ihr der Fußball soviel wert ist wie das Theater."

Hier kennt sich Siggi in Offenbach nicht recht aus. Das Theater wird seit Jahrzehnten von Tournee-Truppen bespielt. Ein einheimisches Offenbacher Ensemble gibt's gar nicht. Nur ein großes Theater. (Früher war der Bau die Synagoge. So ausgedehnt brauchte man sie nach dem Krieg nicht mehr. Das walteten Adolf und die Seinen.)

Die Offenbacher rüsteten kulturell ab, bevor sie auch im Fußball abrüsteten.

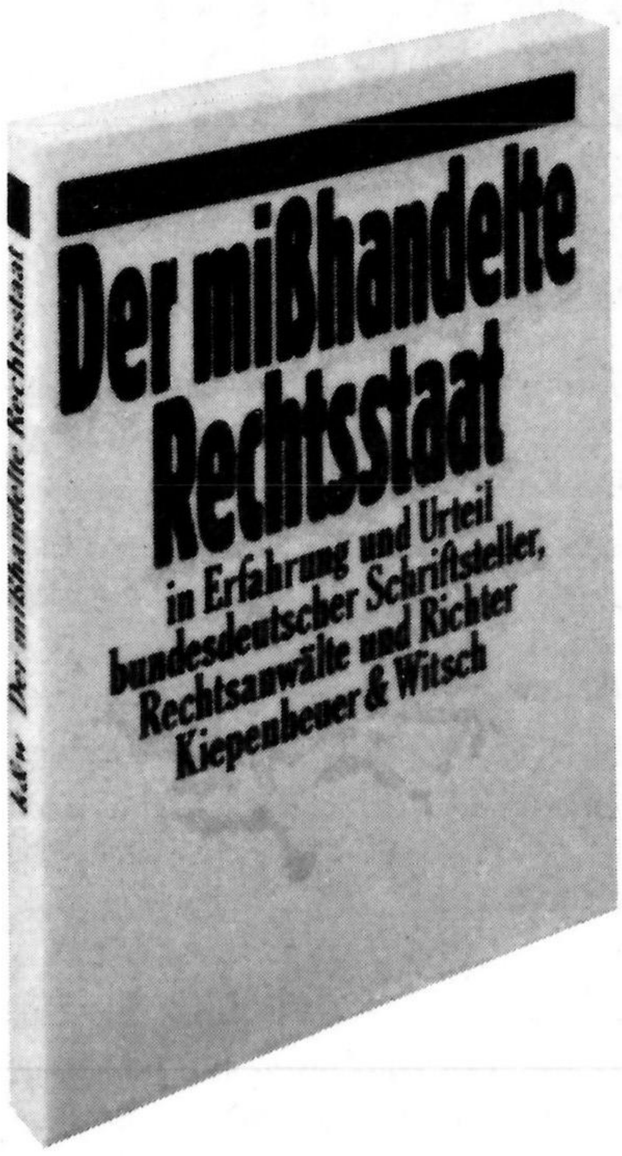
Schwer ist es in der Bundesliga. Und teuer. Den Siggi Held, heißt es, will eine reiche Bundesligamannschaft gern als Trainer anwerben. Siggi schweigt dazu und lächelt so auf seine ganz eigene Weise.

Held, mit drei Jahren daheim im Böhmischen davongejagt. Im Bayerischen niedergelassen. Ausbildung: Gehilfe für wirtschafts- und steuerberatende Berufe. Ebenso die Frau, mit der er seit zehn Jahren verheiratet ist. Zwei Kinder: Axel: neun Jahre alt. Jana: vier Monate.

Siggi Held: 41facher Nationalspieler. Wer ein Herz hat für Fußball, der kennt ihn, den blonden Wirbelstürmer. Nationalspieler ist er nun nicht mehr. Man kann älter werden und als Stürmer noch genug Atem haben. Aber die Zusatzbelastungen in der Nationalmannschaft verlangten zuviel.

In seinem Verein aber kann und will man Held noch nicht missen. Das mit dem Trainer kann noch gute Weile haben. Denn Siggi Held, der läuft und läuft. ■

Neuerscheinungen bei Kiepenheuer & Witsch



Dieser Band enthält Texte und Gedichte von Arnfried Astel, Wolfgang Bächler, Heinrich Böll, Martin Buchhorn, Sebastian Cobler, Hans Ch. Dechêne, Ossip K. Flechtheim, Erich Fried, Helmut Gollwitzer, Heinrich Hannover, Hans Heinz Heldmann, Margarete Hannsmann, Heliander Herdenreich, Dietrich Kittner, Christoph Meckel, Helmut Ostermeyer, Theo Rasehorn, Richard Schmid, Wilfried F. Schoeller, Ulrich Sonnemann, Ulrich Wickert, Birgitta Wolf und Paul Wühr.
168 Seiten, Broschur DM 16,80

Wolf Biermann
Nachlaß 1
Noten, Schriften, Beispiele
Der Band enthält eine vollständige chronologische Sammlung aller bisher erschienenen Bücher von Wolf Biermann
480 Seiten, Leinen DM 28,–

Exil
Die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR
Eine Dokumentation
Herausgegeben von Günter Wallraff und Peter Roos
200 Seiten, Broschur DM 10,–

Heinrich Böll
Einmischung erwünscht
Schriften zur Zeit
Ein neues Buch des großen Autors und Zeitkritikers von bedeutender Aktualität
404 Seiten,
Leinen DM 29,80

k&w Verlag Kiepenheuer & Witsch

berliner EXTRA dienst

Willy Brandt hält dafür, wir seien kein Organ, in dem „Sozialdemokraten sich artikulieren sollten".

Nachdem wir jüngst „dasda" auf die Finger klopften, orteten uns die Röhl-Brothers als in Richtung SED/DKP driftend.

Die SEW meinte anläßlich der Biermann-Diskussionen in unserem Blatt, uns in der „widerlichen Mitte"(Lenin) ansiedeln zu müssen.

Die Trotzkisten der GIM vermuten, wir seien nun auf „Kurs Eurokommunismus".

Für die Maoisten sind wir das Zentralorgan des KGB schlechthin. Für den „Bayernkurier" Bolschewisten. Und für Pg Frey von der „Nazionalzeitung" mal die Nachhut Willy Brandts, mal die Vorhut Leonid Breschnews.

MACHEN SIE SICH SELBST EIN BILD.

Vielleicht halten Sie' s dann mit dem Westberliner „Tagesspiegel", der mal schrieb, EXTRA-Dienst sei ein „Organ für höherenorts unerwünschte Nachrichten". Zweimal die Woche. Dienstags und freitags randvoll mit aktueller Information, Hintergrund, Analyse, Dokumentation. Exklusivem. 56 Seiten pro Woche. 9 DM pro Monat.

DAS KÖNNEN SIE SICH LEISTEN.

☐ Ich bestelle den berliner EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. Ich nehme zur Kenntnis, daß das Abonnement sich um jeweils 3 Monate verlängert, wenn es nicht spätestens einen Monat vor Ablauf der Verpflichtungszeit gekündigt wird.

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum . . . . . .

Unterschrift . . . . . .

☐ Ich möchte noch kein festes Abonnement aufgeben, sondern erst eine Probenummer haben.

Ausschneiden und einschicken an:
Verlag + Druck Informdienst GmbH,
Pfalzburger Straße 20, 1000 Berlin 31

Hans Conrad Zander/Georg Bungter

Wer einen Polizeihauptvogel mißachtet

Erstens: Der Fall.

Der nicht vorbestrafte Versicherungskaufmann Dieter St. wurde in München zufällig Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen einem Zuhälter und einer Dirne. Eine Polizeistreife griff ein und legte den Zuhälter kunstgerecht aufs Pflaster. Dieter St. war aber leider einer von denen, die einen Polizeieinsatz nicht auf Anhieb von einer Schlägerei unterscheiden können, und wollte sich aus dem Staub machen.

Einer der Beamten hielt ihn auf und verlangte seine Papiere zu sehen. Dieter St. war aber leider einer von denen, die einen Polizeibeamten in Zivil nicht auf Anhieb von einem Straßenräuber unterscheiden können, und verlangte seinerseits den Dienstausweis zu sehen.

Der Beamte wollte zunächst gar nicht; dann klappte er ganz kurz ein Mäppchen mit einem Stückchen Papier auf. Dieter St. war aber leider einer von denen, die einen Dienstausweis nicht auf Anhieb von einer Monatskarte unterscheiden können, und blieb skeptisch.

Eine zweite Zivilstreife kam hinzu, wies sich ordentlich aus und überzeugte ihn endlich von Recht und Ordnung. Dieter St. war aber leider einer von denen, die den Mund nicht halten können: Er zeigte seinen Paß, wandte sich zum Gehn und sagte zu dem ersten Beamten: „Sie sind ein lustiger Vogel!"

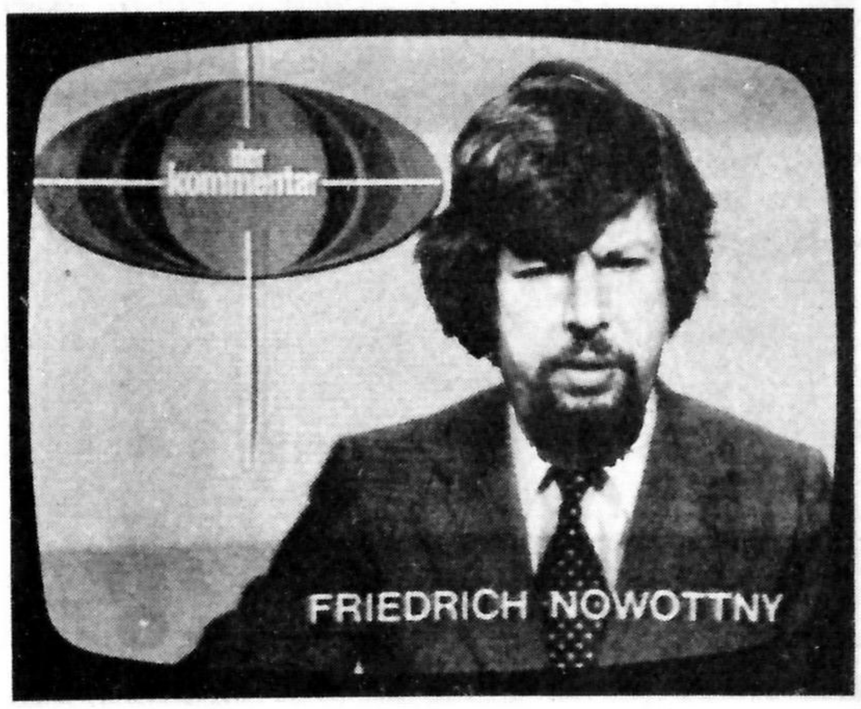
Zweitens: Das Urteil.

Ein Münchner Amtsrichter verurteilte Dieter St. aufgrund seiner Einlassung „Sie sind ein lustiger Vogel" zu 250 Mark Geldstrafe – wegen „Mißachtung der Persönlichkeit" des Polizeihauptmeisters.

Drittens: Unser Tip.

Sollten Sie glauben, aus irgendeinem Anlaß irgendeinen Grund für irgendeine Kritik an einem Polizeibeamten zu haben, so kleiden Sie dieselbe tunlichst in die Worte: „Sie sind mir vielleicht ein trauriger Vogel!"

Ein ziemlich ausgelogener Fernseh-Kommentar von Helmut Ruge



Plädoyer für eine freiwillige Selbstkontrolle

Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ist unsere Demokratie eine Wanzokratie, und warum heißen Wanzen Trauben, das sind einige Fragen, mit denen ich mich heute beschäftigen möchte. Was die erste Frage betrifft: Was geht vor, die Freiheit oder der Verfassungsschutz? – so würde ich sagen: Die Freiheit, wenn der Verfassungsschutz *nicht* vorgeht.

Trotzdem, wenn auch manches an der Kritik dran ist, oder auch alles, sollte man nicht übertreiben. Wer weiß, was noch kommt. Anders gefragt: Liegt es nicht an unserer falschen Einstellung zum Verfassungsschutz, daß es so kommen mußte? Oder: Haben wir nicht immer nur unsere eigene, kleine, banale, persönliche Freiheit im Auge gehabt und den Verfassungsschutz draußen vor der Tür gelassen, so daß er einfach einbrechen mußte. Noch anders gefragt: Warum öffnen wir nicht gleich die Tür, wenn er sowieso rein muß. Und er muß rein – bei jedem von uns, wenn wir als Volk überleben wollen. Und wir überleben nur, wenn wir Atomkraftwerke bauen. Und je mehr Atomkraftwerke wir bauen, umso verdächtiger wird jeder, weil dann jeder in der Nähe eines Atomkraftwerkes wohnen kann, so daß jeder zuviel weiß, weil er aus der Gegend stammt – und diese Informa-

tionen könnte er ja weitergeben – an wen und was dann?

Liebe Zuschauer, finden wir uns damit ab. Das ist das Beste, was wir aus unserer Situation machen können. Das gilt besonders für die Befürworter von Atomkraftwerken – weil es bei den Gegnern noch klarer ist. Wer dagegen ist, sucht Kontakt. Kontakt sucht man zu Gruppen. Und was können das für Gruppen sein? Von Gruppen zum Sprengstoff ist der Weg ja gewöhnlich nicht weit.

Warum zwingen wir den Verfassungsschutz, bei uns einzubrechen, statt daß wir gleich immer einen Drittschlüssel für den Verfassungsschutz machen? Und bei der Abgabe lernen wir gleich unseren Kontaktbeamten kennen, der sich allzu oft als ganz normaler, sympathischer Mitmensch herausstellt, der persönlich nicht das Geringste gegen uns hat. Im Gegenteil. Oder warum ersparen wir den Beamten nicht das peinliche Dampfbad mit unseren Briefen? Durchschlag genügt.

Oder diese ganzen entsetzlichen Fragen, die wir uns immer stellen lassen, wenn wir in den öffentlichen Dienst hinein wollen, bis wir es zugeben, und dann nicht mehr hinein können. Warum geben wir es nicht gleich zu? Da wäre vieles leichter.

Liefern wir selbst unser Belastungsmaterial, dann kann uns nichts Unvorhergesehenes mehr passieren. Eine freiwillige Selbstkontrolle, die auf der freiwilligen Selbstbeobachtung beruht, entspricht sowohl dem Geist der Eigeninitiative wie auch unserem modernen Freiheitsbegriff. Schon Goethe sagte in einem unveröffentlichten Gedicht: Die größte Freiheit ist, sie sich selbst zu beschneiden. ■

Wir sind eine höhere Bundesbehörde mit Sitz in Köln. Wegen erheblicher Ausweitung unseres Betätigungsfeldes suchen wir zur sofortigen Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

40 EINBRECHER

für die Laufbahn des einfachen Dienstes. Bevorzugt werden Herren, die neben einer umfassenden Berufserfahrung auch Referenzen der einschlägigen Justizorgane vorweisen können. Aufgabenbereich: Schutz der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

15 EINBRUCHSRÄTE SOWIE 9 OBERAMTSEINBRECHER

für den gehobenen Dienst. Bevorzugt werden hochqualifizierte Schloßknacker, Fensterdreher und Fassadenkletterer. Aufgabenbereich: Erbrechen von Vorhängeschlössern, Blindschlössern, Zylinderschlössern, Kastenschlössern, Überfallschlössern, Bastardschlössern, Defensorschlössern, Stechschlössern, Vexierschlössern, Chubb-Schlössern, Brahmaschlössern, Zeitschlössern und Dornschlössern zum Schutze der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

28 DIPLOM-SCHRÄNKER

möglichst mit eigenem Schweißgerät zum sofortigen Einsatz. Dynamit kann amtlicherseits gestellt werden. Aufgabenbereich: knallharter Schutz der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

3 KLOFENSTER-SPEZIALISTEN (REGIERUNGSDIREKTOREN)

Bantam-Gewicht erforderlich. Liliputaner angenehm. Strickleitern und Atemschutzgeräte werden behördlich gestellt. Einsatz nur bei übergesetzlichem Notstand der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

150 SCHMIERESTEHER UND FLUCHTAUTOFAHRER

als Beamte des mittleren Dienstes. Führerschein erwünscht, aber nicht erforderlich zum Schutze der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

10 ERFAHRENE KOPFHINHALTER

bevorzugt werden Herren mit liberalem Anstrich und sicherem Auftreten. Pensionsanspruch des höheren Dienstes auch bei kürzester Amtszeit zugesichert. Aufgabenbereich: Schutz der Schützer der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

1 RENTNER

halbtags, zur verfassungsrechtlichen Kontrolle aller oben genannten Operationen zum Schutze der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Sämtliche Bewerber müssen Gewähr dafür bieten, jederzeit und überall einzutreten, einzusteigen und einzuschleichen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Agentur Bungter & Zander
Köln

Wagenbach:

Frauenhäuser. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun
Herausgegeben von Sarah Haffner
WAT 25. 224 Seiten. DM 10.–

Maria-Antonietta Macciocchi Jungfrauen, Mütter und ein Führer Frauen im Faschismus.
Politik 73. 112 Seiten. DM 7.50

E.A.RAUTER
VOM FAUSTKEIL ZUR FABRIK
Warum die Werkzeuge die Menschen und die Menschen die Werkzeuge verändern.
192 Seiten. Illustriert. Ab 16 Jahre. DM 12.80

Weismann Verlag Jugendbücher

sozialmagazin
Heft 5/77

Was aus den entlassenen Bergarbeitern wurde und warum über sie nicht mehr geredet werden soll – Fotos, Protokolle

Über den ersten Versuch einer selbstorganisierten Arbeiter-Volkshochschule

Selbsthilfe arbeitsloser Jugendlicher – eine Bestandsaufnahme

Dieter Duhm kommt wieder ins Geschäft – diesmal offen antimarxistisch

An den Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Ich möchte SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle ab lfd. Nr. ein

Probeabonnement zum Kennenlernen

(4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,– inkl. Versandkosten und MwSt.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Bitte beachten: Nach Ablauf des Probeabos liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabo DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des 3. Heftes keine Abbestellung bei uns erfolgt. 1047

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Es gibt immer noch Leute, die behaupten, alle Staatsgewalt gehe vom Volke aus. Die **„Frankfurter Allgemeine"** kann da nur lachen:

Wer heute in irgendeinem Land Premierminister, Bundeskanzler, jedenfalls „Chef" der Regierung ist, muß vor allem eines lernen, daß er nämlich für alles die Verantwortung trägt, aber nicht die Macht besitzt, jene Zustände zu ändern, die ihm angelastet werden.

Fast wäre die „FAZ" so weit gegangen, jene zu nennen, die die Macht besitzen. Aber dann wären sie vielleicht aus der SPD ausgeschlossen worden. So beschränkt sie sich auf listige Hinweise wie diesen:

Sogar der Karosserieschneider Colani hat einem Produkt im Sanitätsbereich seinen Stempel aufgedrückt. Ein Aussteller bietet das „Colani-Klosett" als „Augenweide" an, die nach Ansicht des Ausstellers in keinem Badezimmer fehlen dürfe.

Während in jeder fünften Wohnung ein Badezimmer fehlen darf, produziert die Industrie Augenweiden für die herrschenden Arschgesichter. Scheiß Kapitalismus.

Hiermit ergeht Meldung beim Landesamt für Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gegen den Redakteur **Herbert Kremp** von der Tageszeitung „Die Welt" wegen Verlassens des Bodens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. In der „Welt" vom 25. 3. 1977 hat besagter Kremp unter der an sich schon verfassungsrechtlich bedenklichen Überschrift

Natürlich hat Genscher recht

des weiteren ausgeführt:

Grund genug, die Partei (gemeint sind die Parteitagsdelegierten der FDP) nicht zu Wort kommen zu lassen. Genscher hat natürlich recht. Besonders demokratisch, um ein Modewort zu gebrauchen, handelt er freilich nicht.

Eine Observation des Verdächtigen Kremp wird dessen Kontakte zu nostalgischen Gruppen beweisen, die ebenfalls Demokratie für neumodischen Kram halten, dem sie ältere Moden vorziehen. Und zwar verfassungsfeindliche, um ein Modewort zu gebrauchen.

Unter anderem steht Kremp in ständigem Kontakt zur Gruppe um den Schriftleiter **Enno von Loewenstern** der sich, ebenfalls in der „Welt", wie folgt einläßt:

SPD und FDP haben am Beispiel demonstriert, daß sie national wie demokratisch unzuverlässige Parteien sind.

Mehr noch: Die FDP will nicht einmal eine Nationaldemokratische Partei sein, und die SPD ist nicht nur national, sondern auch sozialistisch unzuverlässig.

In den – um noch ein Modewort zu gebrauchen – Sympathisantenkreis dieser Gruppen gehört auch der zeitweilig in die SPD-Bundestagsfraktion abgeordnete Wehrsportler **Conrad Ahlers,** der in einer auf „sozialdemokratische Grundhaltung" verpflichteten Regionalzeitung schreibt:

Jeder der etwas auf sich hält, möchte jetzt auch gern abgehört worden sein.

Ahlers ist seiner Verpflichtung nur zur Hälfte nachgekommen. Die Verhöhnung des Kampfs um die letzten Rechtsstaat-Reste ist eigentlich noch nicht sozialdemokratisch. Aber schon Grunzhaltung.

Diese nimmt auch **Otto Wolff,** Präsident des Industrie- und Handelstages, aus Amerongen, ein:

Ich stehe erstaunt und erschrokken vor der Tatsache, daß diese Dinge sogar von Leuten zu einer Staatskrise hochgespielt werden, die selber jahrelang an Orten gewohnt haben, an denen das Abhören gang und gäbe war.

Daß so jemand gerade deswegen eine besondere Abneigung gegen solche Praktiken hat, ist verständlich, nicht zu verstehen aber ist, daß ausgerechnet diese Person die Sache zu einem öffentlichen Drama macht.

Diese Person ist Herbert Wehner. Doch selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Führer der Sozialdemokratie nicht schuldlos daran sind, wenn die Unternehmer sie anreden wie's Personal, würde ich an Wehners Stelle einen solchen Amerongen bei seinem nächsten Lobby-Besuch warten lassen, bis er sich einen Wolff sitzt.

Von der Penetranz zu Penetration, von Otto zu **Alice:**

Eine Erschütterung der zentralen Bedeutung des Koitus wüchse zur Lawine, die vieles, was für die Männergesellschaft heute so bequem ist, mit sich reißen würde. Darum ist das so tabu.

Tabu heißt unberührbar. Und Alice wollte doch sicher im Gegenteil sagen, daß es für die Männer so bequem ist, alles antatschen zu dürfen. Also sicher nur ein Lapsus cunnilingus. Denn

wir Frauen haben ein Interesse an der Infragestellung, wir haben nur zu gewinnen... Das theoretische Wissen um seinen Körper

Mann, Alice: *ihren* Körper!

ist eins, das praktische Nachvollziehen ein anderes.

Für manche Frau ist der Koitus vielleicht wirklich nicht das Gelbe vom Ei. Wenngleich ich fürchte, daß er sich gegenüber der Infrage-Stellung (wie geht die gleich nochmal?), dem Wissen um und dem Nachvollziehen noch ein Weilchen halten wird. Und daß erst eine mutig aufgeworfene Hinterfrage den feministischen Angriff auf die deutsche Sprache so komplettieren könnte, daß sich der Koitus beschämt auf sein Fremdwort-Dasein zurückziehen wird. Dann endlich ist, umsonst, Frühling im Kalender.

Wir können also gleich zum **Sommer** kommen, bei dem die feministischen Herbstzeitlosen offenbar das Schreiben gelernt haben. Hier etwa:

Zum dritten aber ist keineswegs gesagt, daß die linke Welle weiter anschwellen wird. Und schließlich könnte der stärkste, eindrucksvollste Mann, der heute auf der Pariser

Er hat also auch schon von ihnen gelernt!

Bühne agiert, mit seiner Stabilitätspolitik das Blatt wenden.

Auf der wogenden Bühne – es scheint sich um Proben zu „Der alte Mann und das Meer" zu handeln. Wie wendet der Ministerpräsident? Indem

er das Loch im Haushalt wieder schließt – es sähe im Spätherbst alles anders aus.

Trocken? Wenn aber nicht?

Wenn aber nicht? Wenn die Macht Giscards weiter verebbt, der Funken Chiracs nicht überspringt,

In die Ebbe? In die Wellen? Ins Loch?

der Ankurbelungsversuch Barres sich festläuft? In Paris, das florentinische Winkelzüge und machiavellistische Gedankenfügungen liebt, ist das Rätseln über die Antwort auf diese Frage derzeit beliebtes Gesellschaftsspiel. Man denkt sich „Szenarios" aus.

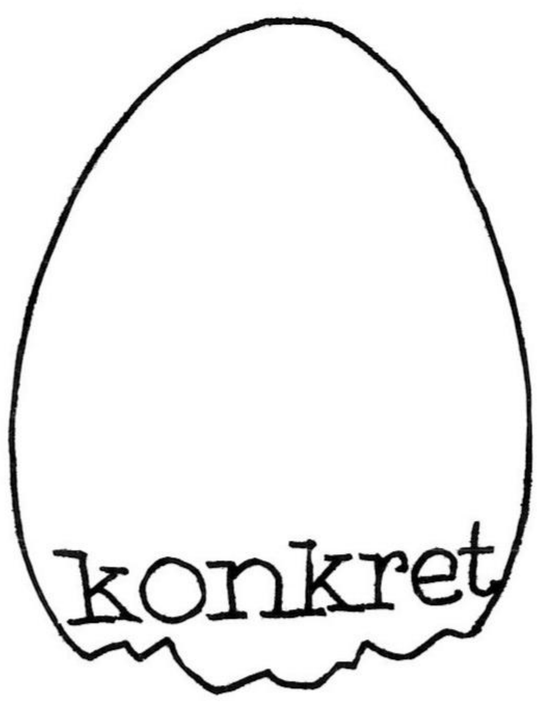
Szenarien hätten's auch getan, aber so findet er letzten Endes zum Anfang, zur Bühne zurück, durch Ebbe und Flut, Löcher und Funken, Kurbeln und Winkelzüge, naß, angesengt, verrenkt und bekleckert steht er da, die Zunge hängt ihm aus der Madeira, und – „Szenario II":

Die Linke wird diskreditiert, Giscard siegt.

Famose Leistung, junger Mann. Aber warum haben Se das nicht gleich gesagt!

konkret Heft 6 erscheint am 26. Mai 77

Das andere Ei des Columbus

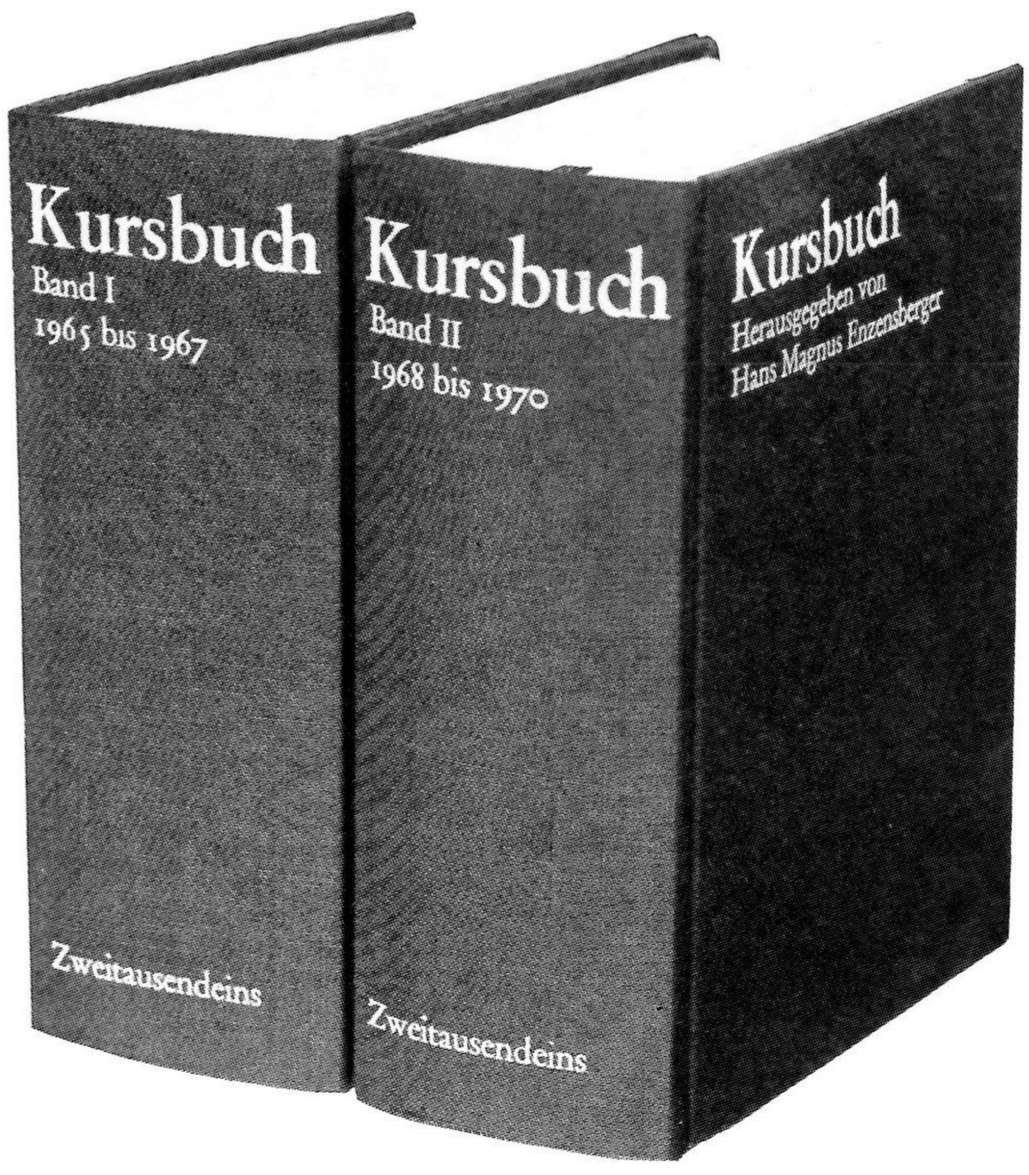


1 Mark 45 billiger

erhalten Sie KONKRET, wenn Sie bis zum 31. Mai (Poststempel!) die Bestellkarte ausfüllen und einsenden. Für den Gesamtpreis von 79 Mark 20 bekommen Sie ab Juli 1977 bis inklusive Juni 1979 die nächsten 24 Ausgaben der wichtigsten Zeitschrift für Politik und Kultur (Wert: 84 Mark) jeweils pünktlich ins Haus sowie als Bonus einen kompletten Nachdruck der ersten zwanzig Bände KURSBUCH (Kaufpreis: 29 Mark 90) in 2 Dünndruckbänden im handlichen Schuber dazu!

Bei uns bekommen Sie demnach

113 Mark 90 für nur 79 Mark 20!



Damit können Sie die Leute jahrelang aufregen.

Wenn schlecht verarbeitete, farblose Hosen für Sie ein rotes Tuch sind, werden Ihnen die neuen Cord-Jeans von Wrangler passen.

Denn Wrangler ist Qualität. Die echten Wrangler Jeans & Jackets gibt es in allen möglichen Formen, Farben und Größen.

Wrangler®

Home office: Greensboro North Carolina USA.